

Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen

DIE LINKE. Hessen

Entwurf Landtagswahlprogramm - Beschluss des Landesvorstands vom 16.12.2017
Redaktionskollektiv: Janine Wissler, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz, Jan Schalauske, Jörg Cezanne und Willi van Ooyen

Gliederung

1. Einführung
2. Gute Arbeit und solidarisches Wirtschaften
 - Von Arbeit muss man leben können
 - Öffentlich ist wesentlich: Den öffentlichen Sektor stärken
 - Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient
3. Bezahlbare Wohnungen für alle
4. Soziale Gerechtigkeit und gute Gesundheitsversorgung
 - Armut bekämpfen
 - Landesaktionsplan gegen Kinderarmut
 - Gesundheit darf keine Ware sein
 - Jugendpolitik
 - Selbstbestimmt und in Würde altern
 - Für eine andere Sucht- und Drogenpolitik
 - Universitätsklinikum Gießen-Marburg zurück zum Land
5. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle
 - Beitragsfreie hochwertige Kindertagesbetreuung garantieren
 - Schule vom Kind aus denken
 - Berufsausbildung verbessern – Ausbildungsplätze schaffen
 - Lebenslanges Lernen ermöglichen
 - Wissenschaft und Hochschulen
6. Mehr Demokratie
 - Mehr Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung
 - Ehrenamtliche Arbeit unterstützen
 - Bunt statt braun – Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen
 - Für einen echten Verfassungsschutz – Inlandsgeheimdienst abschaffen
 - Datenschutz und Netzpolitik
 - Rechtsstaat gut ausgestalten und demokratisieren
 - Eine bürgernahe Polizei
 - Hessische Verfassung verteidigen
7. Gleichberechtigte Partizipation – Flüchtlinge schützen
 - Gleichberechtigte Partizipation ermöglichen
 - Flüchtlinge schützen
8. Verkehrswende für Hessen
 - Öffentlichen Personenverkehr ausbauen – Verkehr sozial und ökologisch gestalten
 - Luftverkehr sinnvoll planen – Gesundheit vor Profite
9. Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

- 51 10. Umwelt schützen –Agrarwende für Hessen
52 ▪ Wälder als Rohstoffquelle und Ressource erhalten
53 ▪ Bodenversiegelung und Flächenverbrauch verringern
54 ▪ Gesunde Nahrungsmittel
55 ▪ Tierschutz voranbringen
56 11. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in lebenswerten Kommunen
57 ▪ Lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum
58 ▪ Kommunen demokratisch gestalten
59 12. Kultur, Medien und Sport für alle
60 ▪ Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang
61 ▪ Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
62 ▪ Demokratisierung digitaler Kommunikation
63 ▪ Stärkung von Medienkompetenz
64 ▪ Kultur für alle
65 ▪ Breitensport fördern
66 13. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen – linke Politik von und für Frauen
67 ▪ Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen
68 von Wirtschaft und Gesellschaft
69 ▪ Für die Überwindung partriarchaler Strukturen
70 ▪ Mutter werden – oder nicht
71 ▪ Frauen vor Gewalt schützen
72 ▪ Frauenräume unterstützen
73 14. Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen
74 ▪ Gleichberechtigung aller Lebensweisen
75 ▪ Inter- und Transsexualität
76 15. Hessen muss inklusiv werden
77 16. Frieden, Europa und Internationales
78 ▪ Friedliches Hessen
79 ▪ Für ein soziales und friedliches Europa
80 ▪ Internationale Entwicklungszusammenarbeit
81 17. Für Investitionen in Hessens Zukunft
82 ▪ Breitbandausbau voranbringen
83 18. UmFAIRteilen: Für eine sozial gerechte Steuerpolitik
84 19. Links wirkt – auch im Hessischen Landtag

88 1. Einführung

90 **Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen**

92 Hessen ist ein reiches Land. Die Wirtschaft wächst und die Steuereinnahmen des Landes
93 steigen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig wächst die Schere zwischen
94 arm und reich. Während 1.400 Hessinnen und Hessen ein Einkommen von über einer Million
95 Euro jährlich beziehen, sind rund 900.000 Menschen von Armut betroffen oder bedroht und
96 über 500.000 Menschen müssen für Niedriglöhne schuften. Leiharbeit, Minijobs, Schein- und
97 Soloselbstständige breiten sich weiter aus.

99 Auch zwischen dem Ballungsraum Rhein-Main und den ländlichen Regionen Hessens wächst
100 die Kluft. In den Städten mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, während im ländlichen Raum
101 der Leerstand wächst und Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Schule, Verwaltung usw.)
102 zusammengestrichen und andere wie Breitband nicht aufgebaut werden. Busse und Bahnen in

Rhein-Main platzen aus allen Nähten, während viele Dörfer vom ÖPNV abgehängt werden. Viele Schulen und öffentliche Einrichtungen sind marode oder werden heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Die Bildung ist nach wie vor unterfinanziert, der Ausbau der Ganztagschulen kommt nicht voran, Kita-Plätze fehlen und der Bildungserfolg ist weiterhin stark abhängig vom Einkommen, Vermögen und der Herkunft der Eltern. Unter diesen Vorzeichen fällt die Bilanz der schwarzgrünen Landesregierung mehr als düster aus. Vielfach haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen an die neoliberale Politik der vorherigen CDU-FDP-Regierung angeknüpft. Trotz richtiger Forderungen im Einzelnen ist leider auch von der SPD keine grundlegende Abkehr von dieser Politik zu erwarten.

DIE LINKE ist die entscheidende sozial-ökologische Opposition gegen die schwarzgrüne Landesregierung. Wir werden den Druck von links gegen diese Landespolitik verstärken, um einen Politikwechsel für Hessen zu erreichen. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres Handelns.

DIE LINKE ist überzeugt: Hessen braucht eine andere Politik – einen Politikwechsel für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen.

Gute Arbeit in einem sozialen Hessen

DIE LINKE setzt sich für ein Land ein, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert in Würde leben können. Dafür müssen Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekämpft und soziale Sicherheit ausgebaut werden.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für aktive Armutsbekämpfung und einen wirksamen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut;
- für ein Gesetz zur öffentlichen Auftragsvergabe, das soziale und ökologische Standards angemessen berücksichtigt und keine Schlupflöcher lässt sowie einen landesspezifischen Mindestlohn einführt;
- für einen Ausbau öffentlicher Beschäftigung und mehr Wertschätzung für die Landesbeschäftigten, unter anderem Rückkehr in die Tarifgemeinschaft (TdL) und Senkung der Wochenarbeitszeit für die Beamten;
- für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie durch konsequenten sozial-ökologischen Umbau und ein entsprechendes Verkehrskonzept gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften;
- für den Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und Dienststellen;
- für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und im Sozialwesen sowie der Pädagogik, auch um der Altersarmut von Frauen zu begegnen.

Bezahlbar Wohnen – Der Wohnungsnot entgegenreten!

In den Ballungszentren, Universitätsstädten und kleineren Städten fehlt es an allen Ecken und Enden an bezahlbarem Wohnraum. DIE LINKE bekämpft Wohnungsmangel konsequent. Wir setzen uns für den Bau von mindestens 10.000 Sozialwohnungen jährlich ein, um der neuen Wohnungsnot zu begegnen. Wir entwickeln ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Barrierefreiheit berücksichtigt und auch alternative sowie genossenschaftliche Modelle und

Beschlagnahmung von spekulativem Leerstand miteinbezieht. Dabei stellen wir stets die grundsätzliche Frage „Wem gehört die Stadt?“ Und wem gehören Grund und Boden? Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für die Errichtung von mindestens 10.000 Sozialwohnungen und 2.000 Studierendenwohnungen im Jahr;
- für die Nutzung von Landesflächen für den sozialen Wohnungsbau;
- für die Unterstützung öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften;
- für ein Landesgesetz, das es Kommunen ermöglicht, gegen Leerstand vorzugehen.

Sozial- und Gesundheitspolitik für mehr Lebensqualität

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert sein können. Armut muss konsequent bekämpft werden. Soziale Dienstleistungen wie Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Betreuung HIV-Positiver, Erziehungsberatung, Hilfe für Wohnungslose und ambulante Drogenhilfe müssen wieder stärker öffentlich gefördert werden. Wir wollen, dass allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Deshalb muss Hartz IV abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte, sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden.

Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand. Privatisierte Krankenhäuser müssen zurück in öffentlichen Besitz. Alle Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen so ausgestattet werden, dass die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege aller selbstverständlich ist. Auch auf dem Land muss eine wohnortnahe ärztliche und pflegerische Betreuung gewährleistet werden. Gesundheitsversorgung muss nicht profitabel, sondern sozial sein. Auch öffentliche Krankenhäuser dürfen deshalb nicht rein betriebswirtschaftlich geführt werden. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle Menschen einbezahlen, und gute Arbeitsbedingungen für Menschen in der Pflege.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für die öffentliche Förderung für Beratungsstellen und soziale Unterstützungsangebote;
- Für eine bedarfsgerechte Mindestsicherung statt Hartz IV;
- Für die bestmögliche Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE LINKE strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen. Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen bürger*innennah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gefördert, Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote erhalten bleiben. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, der den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum;
- für die Ansiedlung von Einrichtungen der öffentlichen Hand im ländlichen Raum;
- für den Erhalt der Infrastruktur (wie etwa Gesundheitsversorgung, ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, Grundschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder);
- für flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau (5G).

Digitalisierung sozial gerecht gestalten

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Die Nutzung digitaler Netze und Medien erfordert den flächendeckenden Breitbandausbau. Der Netzzugang muss für alle Menschen möglich und finanzierbar sein. Die Städte und Gemeinden in Hessen sollen auf öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Einrichtungen kostenlosen Netzzugang möglich machen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum;
- für eine ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen;
- für einen barrierefreien Zugang zum Internet für Alle.

Bildungsgerechtigkeit von Anfang an verwirklichen

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch muss ein Leben lang freien Zugang zu Bildung haben. DIE LINKE setzt sich für gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse ein. In dieser „Schule für alle“ wird jedes Kind so gefördert, wie es den individuellen Bedürfnissen entspricht. Der Ausbau von Ganztagschulen muss beschleunigt werden – nicht einmal ein Prozent aller Grundschulen in Hessen sind echte Ganztagschulen. Der Lehrermangel und die Überlastung der Lehrkräfte müssen ein Ende haben. Wir wollen, dass die Lehrkräfteausbildung verbessert wird und dass alle Lehrerinnen und Lehrer die gleiche Bezahlung erhalten. An allen Schulen sind multiprofessionelle Teams unerlässlich. Dafür sollen ausreichend Schulpsychologinnen und -psychologen und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt werden. Nur so können Integration und Inklusion tatsächlich gelingen. Inklusion ist nicht als Sparprogramm realisierbar. Daher spricht sich DIE LINKE vehement gegen Schwerpunktschulen in so genannten inklusiven Schulbündnissen aus. Zudem fordern wir, dass die Lernmittelfreiheit, die die Hessische Verfassung vorschreibt, auch tatsächlich verwirklicht wird und der Schülerverkehr kostenfrei zur Verfügung steht. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Berufsausbildung gilt der Grundsatz: Bildung darf niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für längeres gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention als Menschenrecht definiert;
- für den Ausbau der Ganztagschulen;
- für die Umsetzung von Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt und die bedarfsgerechte Ausstattung aller Schulen;

- für freien Zugang zu Bildung in einem inklusiven Bildungssystem;
- für die Beitragsfreiheit von Kitas, Kinderkrippen und Kindertagespflege und die Verbesserung der personellen Mindeststandards bei Kostenübernahme durch das Land;
- für die gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte mindestens nach A13.

Für ein Hessen mit Kultur

Künstlerische Leistungen, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. Kultureinrichtungen und -initiativen dürfen nicht angeblicken Finanznöten geopfert werden.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für den Erhalt von Kulturangeboten und Ausbau der kulturellen Bildung vor Ort in den Kommunen (Bibliotheken, Musikschulen, kommunale Kinos, Museen);
- für eine ausreichende Finanzierung der Landeseinrichtungen, für langfristige Planbarkeit und gute Arbeitsbedingungen an den hessischen Staatstheatern und Landesmuseen;
- für die Förderung der Soziokultur und der freien Kunstszene.

Für ein buntes statt braunes Hessen

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben zusammen mit der großen Koalition auf Bundesebene das Asylrecht verschärft und tragen die europäische Abschottungspolitik mit. DIE LINKE lehnt die beschlossene Aushöhlung und weitere Verschärfung des Grundrechts auf Asyl kategorisch ab und wird sich an Protesten dagegen beteiligen. DIE LINKE. Hessen steht ein für das Menschenrecht auf Asyl.

Das bundesweite Erstarken rechtsradikaler, faschistischer, rassistischer, antisemitischer, islamfeindlicher, frauenfeindlicher und nationalkonservativer Ideologien macht auch vor Hessen nicht halt. In immer mehr Teilen der Gesellschaft hat der Hass gegen Migrantinnen und Migranten, Homo- und Transsexuelle und Linke zugenommen. Gewalttätige Übergriffe sind die Folge. DIE LINKE wird die freie Gesellschaft gegen AfD und Konsorten verteidigen und Schulter an Schulter mit Betroffenen rechter Gewalt stehen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für einen humanitären Umgang mit Geflüchteten;
- für einen konsequenten Einsatz gegen Rassismus;
- für eine Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer;
- für gleiche Rechte und gute Lebensbedingungen für alle hier lebenden Menschen;
- für das Wahlrecht für alle hier ansässigen Menschen ab 16 Jahren;
- für eine drastische Anhebung der Mittel für die internationale Flüchtlingshilfe zur Verbesserung der Perspektiven der Flüchtlinge in ihren Herkunfts- und Zufluchtsländern;
- gegen jegliche Abschiebungen und für ein Bleiberecht für alle;
- gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und im Parlament;
- für eine unabhängige Beratungsstelle von Opfern rechter Gewalt.

Für die Verkehrswende in Hessen

Jeder Mensch hat ein Recht auf barrierefreie Mobilität. Aber Busse und Bahnen in Rhein-Main platzen aus allen Nähten und viele Dörfer in Hessen sind vom ÖPNV mittlerweile abgehängt. Nicht nur dem Recht auf Mobilität sieht sich DIE LINKE. Hessen verpflichtet, sondern auch dem Klima- und Umweltschutz. Damit verbunden ist eine dringend erforderliche Verminderung von gesundheitsgefährdenden Abgasen und klimaschädlichen Emissionen. Die Reduzierung der Notwendigkeit des Individualverkehrs spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Landesregierung aus CDU und Grünen hat die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe wenig unterstützt.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für den Ausbau und die Förderung des barrierefreien ÖPNV auf der Straße und der Schiene in Hessen mit dem Ziel des Nulltarifs;
- für die gezielte Anbindung des ländlichen Raums an das ÖPNV-Netz;
- für die Förderung der Elektromobilität aus erneuerbarer Energie und alternativer Antriebstechnologie (z.B. Brennstoffzellen) in Hessen;
- für den Ausbau des Fahrradstreckenfernnetzes und Fahrradleihsystems in Hessen;
- für die Förderung alternativer Verkehrskonzepte wie Carsharing, Sammelbusse oder lokaler Straßenbahnnetze;
- für eine Initiative im Bundesrat zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes zur Stärkung kommunaler ÖPNV-Unternehmen und deren Finanzierungsmöglichkeiten.

Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus

Die Globalisierungskritikerin Naomi Klein hat es auf den Punkt gebracht. Ein entscheidender Konflikt unserer Epoche lautet: „Kapitalismus versus Klima“. Es bedeutet nie dagewesene Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen und Millionen von Klimaflüchtlingen. Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind vor allem Arme. Am Beispiel des Unternehmens K + S und dem Dieselskandal zeigt sich, dass Rendite um jeden Preis zulasten von Umweltstandards und am Ende zulasten von Arbeitsplätzen geht. DIE LINKE setzt sich daher konsequent für einen sozialökologischen Umbau ein. Auch aus diesem Grund stellen wir uns gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Wir wehren uns gegen Fracking, die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und den Vorrang für den motorisierten Individualverkehr. Stattdessen wollen wir eine dezentrale Energiewende in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum, eine Verkehrswende mit deutlicher Stärkung des ÖPNV mit dem Ziel des Nulltarifs sowie eine wirksame Bekämpfung des Bahn- und Fluglärms.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für eine dezentrale Energiewende, Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand;
- Für den Ausbau der Schiene und eines schadstoffarmen ÖPNV, Senkung der Fahrpreise mit dem Ziel Nulltarif;
- Für die Reduzierung der Flugbewegungen, ein Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr und die Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene;
- Für die Herabstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz.

Mehr Agrarökologie zum Schutz für Mensch, Tier und Umwelt

Der Art der Landbewirtschaftung kommt bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes eine besondere Rolle zu. Der hohe Industrialisierungsgrad vieler landwirtschaftlicher Betriebe führt unter anderem durch Pflanzenschutzmittelrückstände und Überdüngung, durch Verarmung in Natur und Kultur, durch schlechte Arbeitsbedingungen und Bildung von multiresistenten Keimen zu schwerwiegenden Problemen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für eine gentechnikfreie, bäuerliche Landwirtschaft;
- für naturverbundenen Gartenbau und eine handwerkliche Weiterverarbeitung – so fördern wir eine regionale Wertschöpfung und einen lebendigen ländlichen Raum;
- Um dem Leid in der Massentierhaltung ein Ende zu bereiten, setzen wir uns ein für ein Verbandsklagerecht von Organisationen, die sich um die Rechte und den Schutz der Nutztiere kümmern.

Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land

Inklusion ist ein Menschenrecht. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern.

DIE LINKE tritt ein für Inklusion:

- mit entsprechender personeller und materieller Ausstattung der Einrichtungen;
- mit guten Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte bzw. Beschäftigte in den jeweiligen Einrichtungen.

Für ein friedliches Hessen

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.“, heißt es in Art. 69 Hessische Verfassung. Aufrüstung und Militarisierung machen auch vor Hessen nicht halt. Mehr als hundert Firmen in Hessen stellen Panzer, Zielfernrohre, Gasmasken und andere Rüstungsgüter her. In Hessen stationierte Soldaten sind an weltweiten Kriegseinsätzen beteiligt. DIE LINKE kämpft dafür, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet, die Aufrüstung und Waffenexporte gestoppt und die Militarisierung im Innern, etwa in Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen beendet wird.

DIE LINKE setzt sich ein:

- für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion;
- für die Förderung der Friedensforschung in Hessen;
- für die Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr;
- für die Stärkung der friedlichen Forschung an den Hochschulen und einen Stopp der Forschung, die militärischen Zwecken dient,

- für eine Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren und der Technischen Hilfswerke im Rahmen des nationalen und internationalen Katastrophenschutzes.

Für Investitionen in Hessens Zukunft

Obwohl sich die Steuereinnahmen spürbar erhöht haben, kürzt die Landesregierung unter den selbst gesetzten Vorgaben der „Schuldenbremse“ und der „Schwarzen Null“ die Zukunft der Menschen im Land Hessen. Viele Schulen, Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sind marode. Die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat.

DIE LINKE setzt sich ein:

- für Investitionen in Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie in den sozialen Wohnungsbau;
- für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen und Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung;
- gegen eine Verlagerung der Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich;
- gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums - in jeder Form - und gegen öffentlich-private-Partnerschaften;
- für die Rekommunalisierung vormals kommunaler Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Für ein gerechteres Hessen – UmFAIRteilen!

CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 die sogenannte Schuldenbremse beschlossen. Nun dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und Privatisierung und Kürzung von öffentlichen Leistungen. Trotz der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs bleiben die meisten Kommunen in Hessen deutlich unterfinanziert. DIE LINKE will die Reichen und Großkonzerne deutlich höher besteuern, um notwendige öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Wir kämpfen für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer und eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Reform der Erbschaftssteuer, mit dem Ziel einer höheren Besteuerung großer Erbschaften;
- Für die Einstellung von weiteren Betriebsprüfern, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. Kein Schritt in die richtige Richtung wird an der LINKEN scheitern. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit Partnern, mit denen es möglich ist, einen echten Politikwechsel durchzusetzen und Hessen sozialer und gerechter zu machen. Aber nur allzu oft haben

Parteien nach der Wahl das Gegenteil von dem gemacht, was sie vor der Wahl versprochen haben. Eine Regierungsbeteiligung allein – das zeigt nicht zuletzt die Politik der SPD im Bund und die von Bündnis90/ Die Grünen in Wiesbaden – bedeutet noch keinen Politikwechsel. Mehr noch, SPD und Grüne haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie im Kern dieselbe unsoziale Politik wie FDP und CDU machen. DIE LINKE dagegen wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Sozialabbau, Privatisierungen, Abschiebungen oder Arbeitsplatzabbau betreibt. Wir werden jeder Verbesserung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zustimmen und jede Verschlechterung entschieden bekämpfen. DIE LINKE streitet für einen grundsätzlichen Politikwechsel – innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Gemeinsam mit vielen Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit streikenden Belegschaften, Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger*innen-, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen, Flüchtlingshelfer*innen, kritischen Intellektuellen und vielen mehr arbeiten wir weiter an der Bildung eines Lagers der Solidarität, um die Voraussetzungen für eine grundsätzliche Wende für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen.

Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophe: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und die Natur statt des Strebens nach Profit im Mittelpunkt stehen.

Ändern wir Hessen sowie die bundesweite und internationale Politik – es wird höchste Zeit!

2. Gute Arbeit und solidarisches Wirtschaften

Von Arbeit muss man leben können

Von Arbeit muss man leben können! Das gilt leider für immer weniger Menschen. Auch in Hessen arbeiten viele Menschen im Niedriglohnbereich und sind arm trotz Arbeit. Der gesetzliche Mindestlohn ist zu niedrig und bietet keinen ausreichenden Schutz vor Erwerbsarmut. Viele Menschen können trotz Vollzeitstelle nicht mehr von ihrem Gehalt leben und sind gezwungen „aufzustocken“. Dieses „Aufstocken“, also die Subventionierung der Niedriglöhne, wird durch die Allgemeinheit finanziert. Zu den oft schlechten Löhnen kommen zunehmend unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, denn neue Jobs sind oft befristet oder werden in der Leiharbeit geschaffen. Gerade junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kennen das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gar nicht mehr.

Die „Generation Praktikum“ ist gezwungen, unbezahlte Praktika zu absolvieren und in unsicheren Jobs ohne verlässliche Zukunftsperspektive zu arbeiten. Was Unternehmen gerne als „Flexibilisierung“ bezeichnen, bedeutet für viele Beschäftigte und ihre Familien ein Leben ohne jede Planungssicherheit.

Die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre, insbesondere Hartz I-IV, haben zur Vernichtung zigtausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze geführt, über Jahre hinweg für sinkende Reallöhne gesorgt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet. Das darf nicht so bleiben. Scheinbar niedrige Erwerbslosenzahlen in Hessen können über diese Probleme nicht hinwegtäuschen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und dürfen auch im Alter nicht in die Armut abrutschen.

514 DIE LINKE will:

515

516 • **Lohndumping verhindern – Mindestlohn erhöhen**

517 DIE LINKE will den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben und
518 fordert eine jährliche Anpassung an die Produktivitätsentwicklung. Solange dies nicht
519 durchgesetzt ist, wollen wir in Hessen mit einem Landesmindestlohngesetz dafür sorgen,
520 dass im öffentlichen Dienst, in landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften sowie bei
521 Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben oder Wirtschaftsförderung
522 durch das Land Hessen erhalten, ein Mindestlohn von 12 Euro gilt.

523

524 • **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Verbot der Leiharbeit**

525 Immer mehr Menschen sind bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Sie haben weniger Rechte,
526 kaum Sicherheiten und ein niedrigeres Gehalt als die Stammbeslegschaften. Viele
527 Unternehmen gründen eigene Zeitarbeitsfirmen und lagern einen Teil ihrer Beschäftigten
528 dahin aus – zu schlechteren Bedingungen. DIE LINKE will ein Verbot der Leiharbeit
529 durchsetzen. Als erster Schritt zur Eindämmung der Leiharbeit ist die vollständige
530 Rücknahme von Hartz I nötig. Wir wollen die betriebliche Mitbestimmung auf die
531 Leiharbeit ausweiten. Um sie für ihre Flexibilität zu entschädigen, müssen
532 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter 10 Prozent mehr Lohn als die Stammbeslegschaft
533 bekommen. Auch das Ausufern von Werkverträgen und deren Missbrauch müssen
534 bekämpft werden.

535 • **Ausländische Abschlüsse anerkennen**

536 Durch die Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse werden viele
537 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ihrer Qualifikation entsprechend entlohnt.
538 Das wollen wir durch eine verbesserte und unkompliziertere Anerkennung ausländischer
539 Schul- und Berufsabschlüsse und bessere Angebote zur Nachqualifikation ändern.

540

541 • **Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen**

542 Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist,
543 verdienen Frauen im Durchschnitt noch immer 20 Prozent weniger als ihre männlichen
544 Kollegen. Sie sind auf dem Arbeitsmarkt immer noch mehrfach benachteiligt. Wir wollen
545 das nicht länger hinnehmen und setzen uns für eine Politik ein, die Arbeitszeit gerechter
546 verteilt, soziale Arbeit wertschätzt und Arbeit von Frauen besser bezahlt. Viele
547 berufstätige Frauen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Arbeitsplatzvernichtung
548 sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen viele Frauen in ungeschützte, niedrig
549 entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für alleinerziehende Mütter.
550 Wir setzen uns ein für eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35
551 Stunden pro Woche als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich.
552 Wir wollen ein verbessertes Gleichstellungsgesetz in Hessen durchsetzen. In Behörden
553 und in der Landesverwaltung wollen wir dafür sorgen, dass Benachteiligungen abgebaut
554 werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

555 • **Nachhaltiges Landesvergabegesetz**

556 Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber der Privatwirtschaft. Die staatliche
557 Auftragsvergabe hat aufgrund ihres Umfangs erheblichen Einfluss auf das
558 Wirtschaftsleben und kann Maßstäbe setzen. Diesen Einfluss wollen wir nutzen, um
559 tarifliche Standards und Umweltschutz in der Wirtschaft durchzusetzen. Unternehmen, die
560 Dumpinglöhne zahlen oder Umweltstandards missachten, dürfen keine öffentlichen
561 Aufträge erhalten. Das von Schwarzgrün eingeführte Vergabegesetz bleibt leider zahnlos,
562 es sieht keine systematische Kontrolle vor und bleibt in weiten Teilen *freiwillig*. DIE LINKE
563 setzt sich für die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes ein, das Betriebe, die

564 öffentliche Aufträge erhalten wollen, auf die Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreue),
565 mindestens aber 12 Euro pro Stunde, sowie auf Engagement bei der Ausbildung und auf
566 die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards *verpflichtet*. Lohndumping und ein
567 Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt kann so wirksam verhindert
568 werden.

569
570 • **Verkürzung der Ladenöffnungszeiten – Reduzierung der Sonntagsarbeit**

571 Die weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze
572 im Einzelhandel geführt noch die Zahl der regulären Vollzeitarbeitsplätze erhöht.
573 Stattdessen helfen längere Ladenöffnungszeiten Handelskonzernen dabei, kleinere
574 Geschäfte zu verdrängen. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung in ländlichen
575 Regionen und Randlagen der Städte. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten hat
576 negative Folgen für die Arbeitssituation der etwa 200.000 Beschäftigten im hessischen
577 Einzelhandel. Da im Einzelhandel überwiegend Frauen arbeiten, sind diese durch die
578 ungünstigen Arbeitszeiten besonders stark betroffen. Die Landesregierung hat zudem
579 durch den Erlass der Bedarfsgewerbeverordnung die Sonntagsarbeit ausgeweitet. DIE
580 LINKE will Ladenöffnungszeiten wieder im Sinne der Beschäftigten im Einzelhandel und
581 Sonntagsarbeit auf das notwendige Maß reduzieren.

582
583 • **Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern – Arbeitszeitverkürzung durchsetzen**

584 Arbeit darf nicht krank machen, deshalb brauchen wir einen Arbeits- und
585 Gesundheitsschutz, der stärker die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigt sowie
586 wirksame Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitsschutzes. Die Fortschritte durch die
587 Digitalisierung müssen im Sinne der Beschäftigten genutzt werden, um eine bessere
588 Verteilung von Arbeit und kürzere Arbeitszeiten zu erreichen, sie dürfen nicht zu einer
589 weiteren Verdichtung und völligen Entgrenzung von Arbeit führen. Wir setzen uns ein für
590 eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35 Stunden pro Woche als
591 neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich.

592 • **Öffentlich geförderte und tariflich entlohnte Beschäftigung schaffen**

593 Wir wollen mehr öffentliche geförderte, sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte
594 Beschäftigungsverhältnisse schaffen, um Langzeiterwerbslosigkeit zu verringern. Dazu
595 sollen die Mittel von Gemeinden, Bundesagentur für Arbeit und Europäischen Sozialfonds
596 für ALG II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen gebündelt werden. Ergänzt durch
597 einen ausreichenden Zuschuss aus Landesmitteln werden Kommunen und Landkreisen in
598 die Lage versetzt, sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, die andere
599 Arbeitsplätze weder verdrängen noch ersetzen.

600
601 • **Nachhaltige Investitionen für zusätzliche Arbeitsplätze**

602 Wir wollen durch Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde Euro jährlich auch
603 zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen. Mit dem Programm soll die Infrastruktur
604 verbessert, Schulen, Krankenhäuser und Sportstätten saniert, der öffentliche Nahverkehr
605 ausgebaut und ein Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz geleistet werden. Diese
606 Maßnahmen reduzieren die Erwerbslosigkeit und steigern die Lebensqualität der
607 Menschen.

608
609
610 **Öffentlich ist wesentlich: Den öffentlichen Sektor stärken**

611
612 Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft in Deutschland ist in den letzten
613 Jahrzehnten dramatisch gesunken. Kürzungspolitik, Stellenabbau, zunehmendes Outsourcing
614 und Privatisierungen sind die Ursachen dafür. Erfahrungen mit Privatisierungen zeigen

615 allerorts, dass sich die Versprechen, Dienstleistungen würden besser und billiger, nicht
616 erfüllen. Im Gegenteil, Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots
617 und meist auch zu höheren Preisen.

618 DIE LINKE will stattdessen den sinnvollen Ausbau eines demokratisch strukturierten
619 öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsangebote sowie die
620 Gerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss
621 qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden.

622 Alle Landesregierungen der letzten Jahre haben einen Konfrontationskurs gegen die
623 Beschäftigten in der Landesverwaltung gefahren: Personalabbau, der Ausstieg aus der
624 Tarifgemeinschaft der Länder, Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie
625 Nullrunden und eine hohe Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten. Damit muss
626 endlich Schluss sein! Wir wollen einen gut ausgestatteten öffentlichen Dienst und eine
627 angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten.

628 DIE LINKE will:

629
630 • **Privatisierungen stoppen**

631 Die Privatisierungspolitik richtet sich gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. DIE
632 LINKE lehnt die Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben und im Bereich der öffentlichen
633 Daseinsvorsorge grundsätzlich ab. Jede Privatisierung, auch die Überführung in private
634 Rechtsform (z. B. GmbH oder gGmbH) bedeutet auch einen Abbau von Demokratie, weil
635 demokratisch gewählte Parlamente keinen Einfluss mehr auf die Tätigkeit der
636 privatisierten Einrichtung haben. Auch sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften
637 (ÖPP) sind Teil der Privatisierungsbestrebungen und gehen zu Lasten der öffentlichen
638 Hand. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand und unter
639 demokratische Kontrolle.

640
641 • **Rekommunalisierungen fördern**

642 Auch auf kommunaler Ebene gab es in den letzten Jahrzehnten eine Privatisierungswelle.
643 DIE LINKE will die Kompetenzstelle PPP (Public-Private-Partnership) in der Staatskanzlei
644 auflösen und durch eine „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“ ersetzen, die die
645 Kommunen fachlich und rechtlich unterstützt, kommunale Infrastruktur wieder in die
646 öffentliche Hand zu überführen.

647
648 • **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL)**

649 Unter Roland Koch wurden tarifliche Standards durch Austritt aus der Tarifgemeinschaft
650 der Länder verschlechtert. Schwarzgrün hat diese Fehlentscheidung nicht korrigiert. DIE
651 LINKE fordert, den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder.

652
653 • **Öffentlichen Dienst ausbauen**

654 DIE LINKE will den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungen ausbauen. Um
655 Schulen und andere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge besser auszustatten, müssen
656 rund 16.000 Stellen im öffentlichen Dienst eingerichtet werden. Zudem muss die
657 Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst deutlich erhöht werden. Die Einführung von
658 „Beschäftigten zweiter Klasse“ wie bei angelernten Hilfskräften im Schuldienst und als
659 sogenannte Wachpolizei, lehnt DIE LINKE ab.

660
661 • **Arbeitszeiterhöhung im Öffentlichen Dienst zurücknehmen**

662 Die Koch-Regierung hat die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten ohne Lohnausgleich
663 von 38,5 auf 42 Stunden erhöht. Auch wenn Schwarzgrün die Arbeitszeit der Beamten
664 wieder um eine Stunde auf 41 Stunden reduziert hat, liegt das immer noch über dem in
665 der Hessischen Verfassung vorgesehenen Maximum des Acht-Stunden-Tages und führt

dazu, dass in vielen Bereichen, insbesondere in Schulen und bei der Polizei, die Arbeitsbelastung das Maß des Zumutbaren überschritten hat. Viele wechseln deshalb in Teilzeit und nehmen Einkommensverluste hin, um diese Belastung zu verringern. DIE LINKE fordert, die Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten zurückzunehmen.

- **Öffentlichen Dienst demokratisieren**

Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte wurden von den CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre massiv beschnitten. DIE LINKE setzt sich für eine vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte im Hessischen Personalvertretungsgesetz ein.

Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient

Landes- und Bundesregierung verfolgen eine, einseitig auf Export orientierte, Strategie in der Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse dieser Strategie waren sinkende Reallöhne, Ansteigen der Armut und Schwächung der Binnenkonjunktur. Normalarbeitsverhältnisse, von denen Beschäftigte den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien auskömmlich sichern können, werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt. International sind durch die rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie dramatische Ungleichgewichte entstanden, die in der sogenannten Euro-Krise sichtbar wurden. DIE LINKE will keine marktkonforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Die Landespolitik muss aktiv eingreifen, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten und zu sichern, um Unternehmen auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu verpflichten und um zukunftsfähige Konzepte insbesondere für die Industrie zu entwickeln.

- **Demokratisierung der Wirtschaft**

Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften fördern und den Einfluss der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben verstärken. Deshalb setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, damit Kommunen - wie in allen anderen Bundesländern auch - wieder das volle Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu betätigen.

- **Betriebliche Mitbestimmung ausbauen**

Um die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten zu stärken und die Gründung von Betriebsräten zu unterstützen, wollen wir eine Hessische Arbeitnehmerkammer einrichten, die Beschäftigte bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt, allgemeine Rechtsberatung und politische Bildungsveranstaltungen anbietet und dem Landtag einen jährlichen Bericht zur Lage der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer Familien vorlegt.

- **Aktive Industriepolitik und Konversionsprogramme entwickeln**

Hessen hat einen hohen Anteil industrieller Arbeitsplätze. Allerdings stehen weite Teile der Industrie, und ganz besonders die Automobilindustrie vor einem Umbruch und einem tiefgreifenden Strukturwandel. Bereits in den vergangenen Jahren sind viele Industriearbeitsplätze in Hessen verloren gegangen, zulasten der Beschäftigten und ganzer Regionen. Dabei bieten insbesondere die Energie- und Verkehrswende große Chancen, um industrielle Arbeitsplätze zu erhalten und langfristig zu sichern. Wir wollen, dass die Landesregierung daran mitwirkt, Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau zu entwickeln und diese umzusetzen. Für die Rüstungsindustrie müssen Konversionsprogramme aufgelegt werden, damit durch die Arbeit und den Materialeinsatz Produkte hergestellt werden, die ausschließlich der friedlichen Nutzung dienen.

716
717 • **Nachhaltige Kaliförderung in Hessen**

718 Die Einleitung der Abwässer in Werra und Weser sowie ihre Versenkung in den
719 Untergrund versalzen Flüsse und Böden und gefährden das Grund- und Trinkwasser. Wir
720 sind überzeugt: Laugenentsorgung und Energiewende können gewinnbringend für
721 Umwelt, Arbeitsplätze und die Kaliindustrie verbunden werden. Eine nachhaltige
722 Kaliproduktion würde die kurzfristigen Gewinne des K+S Konzerns schmälern, aber
723 Umweltschäden verringern, Rohstoffe schützen und Arbeitsplätze auch in der Zukunft
724 sichern. Wir wollen flüssige Abwässer eindampfen, in der Lauge und dem Haldenmaterial
725 enthaltene Wertstoffe zusätzlich gewinnen, feste Reste und die auf Halden geschütteten
726 Abfälle der letzten Jahrzehnte wieder in die Hohlräume unter Tage verbringen. Eine
727 Oberweserpipeline mit Stapelbecken wäre überflüssig. Zudem wollen wir eine Senkung
728 des Kalidüngerverbrauchs durch den Umstieg auf ökologischen Landbau erreichen. Auf
729 Bundesebene fordern wir die Novellierung des Bundesberggesetzes und die Änderung des
730 Wasserrechts, so dass salzhaltige Abwässer in die Liste umweltgefährdender Stoffe
731 aufgenommen werden.

732
733 • **Finanzplatz Frankfurt**

734 Am Finanzplatz Frankfurt arbeiten etwa 70.000 Menschen. Durch die Finanzkrise,
735 Umstrukturierungen und Personalabbauprogramme der Banken sind viele Arbeitsplätze
736 gefährdet. Bisher ergreift die Landesregierung keine geeigneten Maßnahmen dagegen.
737 Das „Finanzplatzkabinett“ will den Finanzplatz Frankfurt durch die Ansiedelung neuer
738 Banken infolge des Brexits nur immer weiter vergrößern statt ihm Schranken aufzuweisen.
739 Wer aber Arbeitsplätze sichern, Finanzblasen vermeiden und die nächste Finanzkrise
740 verhindern will, muss dafür eintreten, dass die Finanzmärkte reguliert,
741 Hochrisikogeschäfte verboten und die Tätigkeiten der Banken auf den Kernbereich
742 beschränkt werden.

743
744 • **Wirtschaftsförderung neu ausrichten**

745 Die Wirtschaftsförderung des Landes muss neu ausgerichtet und stärker sozialen Zielen
746 und dem Erhalt von Arbeitsplätzen verpflichtet werden. Bei Insolvenzen und
747 Massenentlassungen muss die Landesregierung aktiv eingreifen. Den Einsatz öffentlicher
748 Gelder zum Erhalt von Arbeitsplätzen verbindet DIE LINKE dabei mit der Eigentumsfrage.
749 Es ist nicht einzusehen, weshalb öffentliche Gelder zur Absicherung privater Profite
750 eingesetzt werden sollten. Die Förderrichtlinien der Wirtschafts- und Infrastrukturbank
751 Hessen (WI-Bank) sollen überarbeitet werden. Unternehmen, die Lohndumping betreiben
752 oder Umweltstandards unterlaufen, dürfen keine öffentliche Förderung bekommen. Die
753 monetäre und nicht-monetäre Wirtschaftsförderung in Hessen wollen wir wieder
754 zusammenführen.

755 • **Kleine und mittelständische Unternehmen fördern**

756 Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften
757 fördern und stärken. Aufträge der öffentlichen Hand wollen wir nach einem Vergabegesetz
758 erteilen, das die Aufteilung der Aufträge in Teillose vorschreibt, die KMU leisten können.
759 Die Energiewende birgt große Chancen für das Handwerk in Hessen, wenn sie endlich
760 konsequent vorangetrieben und gefördert wird. Gleiches gilt für die Reparatur- und
761 Modernisierungsoffensive, die wir vorschlagen, um Energie- und Ressourcenverbrauch
762 von Haushalten, Behörden und Unternehmen zu verringern.

763
764 • **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

765 DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu
766 wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und

767 ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie
768 Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollen vom Land
769 unterstützt werden. Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur einschließlich Bildungs-
770 und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen Personenverkehrs
771 spielen hier eine wichtige Rolle. So können Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen
772 sowie Verkehrswege reduziert werden.

773
774 • **Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität**

775 In der Bundesrepublik Deutschland sind laut der Statistik des Bundeskriminalamtes nur
776 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7 Prozent
777 entfallen rund 60 Prozent des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen
778 Schadens. Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen
779 Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften,
780 Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die
781 notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle
782 Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen
783 Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren
784 Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über
785 Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz.

786
787 • **Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen**

788 Die in öffentlich-rechtlicher Gewährsträgerschaft geführten Sparkassen dienen
789 insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit
790 Bankdienstleistungen. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, mit Krediten an
791 ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe zur regionalen Mittelstandsförderung
792 beizutragen. Anders als private Banken sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir wollen
793 die Gemeinwohlorientierung stärken. Die letzten Novellierungen des Sparkassengesetzes,
794 die gegen den erklärten Willen der Sparkassen, Städte und Gemeinden sowie der
795 Beschäftigten durchgedrückt wurden, müssen revidiert werden. DIE LINKE lehnt eine
796 Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab. Wir wollen den Einfluss der
797 Kommunen auf die Sparkassen erhalten. Darüber hinaus ist gesetzlich festzuschreiben,
798 dass die Dispozinsen bei Sparkassen maximal 5 Prozent über dem EZB-Leitzins liegen
799 dürfen. Derzeit werden nicht einmal 10 Prozent der von den Sparkassen erwirtschafteten
800 Gewinne an ihre Träger, die Kommunen, ausgeschüttet, obwohl die Haushaltslage in
801 vielen hessischen Kommunen angespannt ist. Das wollen wir ändern.

802
803
804
805 **3. Bezahlbare Wohnungen für alle**

806 Wohnen ist ein Menschenrecht. In den Ballungszentren, Universitätsstädten und kleineren
807 Städten Hessens fehlt es aber an bezahlbarem Wohnraum. Die Mietpreise explodieren. Vor
808 allem dort, wo Wohnungen knapp sind, sind Haushalte oftmals gezwungen, 50 bis 60 Prozent
809 ihres verfügbaren Einkommens für Miete und Nebenkosten aufzuwenden. Die Städte
810 verändern sich: Die attraktiven Innenstädte sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten.
811 Menschen mit geringem Einkommen, Studierende, Rentnerinnen und Rentner werden
812 verdrängt. Überhöhte Mieten und steigende Nebenkosten überfordern auch Menschen mit
813 mittlerem Einkommen. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert
814 viele Menschen. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass immer mehr Menschen im
815 ländlichen Raum gezwungen sind, abzuwandern, weil sie dort keine Arbeit finden. Leerstand
816 in ländlichen Kommunen steht Wohnungsnot im Rhein-Main-Gebiet, in den Groß- und
817

Universitätsstädten gegenüber. Die Städte wachsen auf Kosten der Menschen, die dort leben. Jetzt rächt sich, dass sich der Staat aus der Verantwortung für die Wohnungsversorgung zurückgezogen hat. Innerhalb von etwas mehr als 25 Jahren hat sich die Zahl an Sozialwohnungen in Hessen von 205.000 auf inzwischen knapp über 90.000 deutlich mehr als halbiert. Seit 2015 fielen über 19.000 Sozialwohnungen aus der Bindung. Obwohl die schwarzgrüne Landesregierung große Aktivitäten vorzugeben scheint, entstehen jedes Jahr weniger als 1.000 neue Sozialwohnungen in Hessen, die mit Landesmitteln errichtet werden. Derzeit suchen fast 45.000 berechnigte Mieter_innen eine Sozialwohnung. Die Zahl der Haushalte, die trotz Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum auf den privaten Wohnungsmarkt ausweichen muss, liegt noch wesentlich höher. Selbst nach Angaben der Landesregierung fehlen bis 2040 rund eine halbe Million Wohnungen. Auch die Wohnungssituation für Studierende in Hessen ist seit langem unzumutbar. Für über 240.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal jede oder jeder 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz. Vielfach haben Finanzinvestoren den Wohnungsmarkt als renditeträchtigen Bereich identifiziert, um in „Betongold“ zu investieren. In der Folge werden hochpreisige Luxuswohnungen gebaut, die sich nur wenige Menschen leisten können. DIE LINKE betrachtet die Versorgung breiterer Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum als öffentliche Aufgabe und fordert eine aktive Wohnungspolitik des Landes, des Bundes und der Gemeinden. In der Auseinandersetzung um Wohnraum stellen wir stets die grundsätzliche Frage „Wem gehört die Stadt?“ Und wem gehören Grund und Boden? Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen.

DIE LINKE will:

- **Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau**

Den Bau von mindestens 10.000 neuen Sozialwohnungen jährlich schwerpunktmäßig in den Ballungsräumen und Universitätsstädten realisieren. Ein wesentliches Augenmerk muss dabei auf der Schaffung barrierefreier und altersgerechter Wohnungen liegen.

- **Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften stärken**

Um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu entgegnen, kommt öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften eine Schlüsselrolle zu. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften zu verhindern. Im Gegenteil, wir wollen sie als wichtige Instrumente zum Bau bezahlbarer Wohnungen und für eine aktive Stadtentwicklung stärken und weiterentwickeln. Die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt muss vom Land in Absprache mit den Kommunen stärker für den Bau von bezahlbaren Wohnungen genutzt werden. DIE LINKE fordert ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Barrierefreiheit berücksichtigt und alternative sowie genossenschaftliche Modelle mit einbezieht. Geförderte Wohnungen sind allen Berechtigten, unabhängig von ihrer Herkunft, zugänglich zu machen. Auch Arbeitslosigkeit und Verschuldung dürfen kein Ausschlussgrund sein. Besondere Bedürfnisse von Familien mit Kindern sowie von älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen müssen berücksichtigt werden. Die Landesregierung muss darauf hinwirken, dass Wohnungen im öffentlichen Besitz nicht zwangsgeräumt werden.

- **Recht auf Wohnen – Leerstand bekämpfen**

Im Bereich der Wohnungsversorgung gilt es, das grundgesetzliche Prinzip der Sozialverpflichtung des Eigentums durchzusetzen. Auch das Sozialstaatsgebot der Hessischen Verfassung sollte durch das Recht auf Wohnen weiterentwickelt werden.

Wir wollen die gesetzlichen Möglichkeiten erweitern, um spekulativen Leerstand unter öffentliche Verwaltung zu stellen oder zu enteignen. Bei Haus- und Wohnungsbesetzungen müssen sich die öffentlichen Stellen im Dialog mit den Betroffenen bemühen, eine sinnvolle legale Nutzung der Räume zu ermöglichen. DIE LINKE wird sich konsequent dafür einsetzen, dass Flächen des Landes Hessen für den sozialen Wohnungsbau und alternative und genossenschaftliche Modelle preisgünstig zur Verfügung gestellt werden. Um die Umwandlung von Wohnungen in profitabler vermietbare Büros zu unterbinden, wollen wir das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum wiedereinführen.

- **Steigende Nebenkosten begrenzen – Stromsperren verbieten**

Neben dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist auch das Phänomen der „zweiten Miete“, d.h. der steigenden Nebenkosten ein gravierendes Problem. Die energetische Sanierung von Wohnungen ist zu begrüßen. Notwendige energetische Sanierungen dürfen nicht zum Anstieg der Warmmieten führen. Land und Kommunen müssen als Miteigentümer öffentlicher Versorgungsbetriebe auf eine verantwortungsbewusste Preisgestaltung hinwirken. Zudem muss sichergestellt werden, dass Energieunternehmen bei Zahlungsunfähigkeit von Kundinnen oder Kunden nicht Strom, Wasser oder Gas abschalten. DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur ein. Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch wird mit Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. DIE LINKE will ein Konzept zur sozialen Begleitung von Gebäudesanierungen und die Abschaffung der Möglichkeit, solche Investitionen komplett auf die Mieterinnen und Mieter umzulegen.

- **Förderung studentischen Wohnraums**

Studentenwerke und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wie die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt müssen schnell finanziell in die Lage versetzt werden, allen Studierenden, die einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen wollen, geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Durch einmalige Zuschüsse für alle durch Neu- oder Umbau zur Verfügung gestellten Wohnungen für Studierende wollen wir das Angebot jährlich um 2.000 Wohneinheiten steigern. Die Zeit, in denen sich Studierende zu völlig überhöhten Preisen am freien Wohnungsmarkt versorgen oder in Notunterkünften leben, muss in Hessen der Vergangenheit angehören.

- **Für eine wirksame Mietpreisbremse**

Um Mietwucher zu verhindern und überhöhte Mieten zu unterbinden, werden wir auf alle Kommunen einwirken, einen verbindlichen Mietspiegel zu erstellen. Das Ziel hessischer Wohnungspolitik muss es sein, dass kein Haushalt mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für Miete und Mietnebenkosten aufwenden muss. Auf der Bundesebene setzen wir uns für eine wirksame Mietpreisbremse ein.

- **Mieterbeiräte durchsetzen und Initiativen unterstützen**

Wir wollen die Bildung von Mieterbeiräten mit Kontrollrechten gegenüber Management und Verwaltung ermöglichen und gesellschaftliche Initiativen für bezahlbares Wohnen, wie etwa die „Recht auf Stadt“ – Bewegung unterstützen

4. Soziale Gerechtigkeit und gute Gesundheitsversorgung

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert leben können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der tatsächlich alle Menschen gleiche Rechte und gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Gütern haben.

Armut bekämpfen

Hessen ist ein reiches Land. Gleichzeitig gibt es große Armut: 900.000 Menschen in Hessen sind armutsgefährdet, über 18 Prozent Kinder und Jugendliche leben in Armut. Besonders Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind von Armut betroffen. Viele Erwerbstätige verdienen nicht genügend Geld, um ihre Familie zu ernähren, sie müssen ergänzende Leistungen beantragen. Die Hartz-Gesetze führen dazu, dass Menschen Angst haben müssen, bei Arbeitsplatzverlust in Armut zu fallen. Wer von Transferleistungen betroffen ist, muss befürchten, in den Jobcentern und den Agenturen für Arbeit drangsaliert und sanktioniert werden. Vielen älteren Menschen reicht ihre Rente nicht. Sie müssen zum Sozialamt, verdienen sich etwas dazu, sammeln Pfandflaschen und kommen kaum über die Runden. Bei Pflegebedürftigkeit müssen oft das Sozialamt oder Angehörige einspringen. Die schwarzgrüne Landesregierung hat diese Probleme nicht abgemildert, im Gegenteil: Die Armut ist in den letzten Jahren sogar noch gestiegen – trotz guter Haushalts- und Konjunkturlage. Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich werden nicht angemessen bezahlt, haben oft nicht akzeptable Arbeitsbedingungen und erfahren zu wenig gesellschaftliche Wertschätzung. Ehrenamtliche Arbeit wird oft ausgenutzt, um die Lücken im sozialen Netz nicht zu groß werden zu lassen. Die Existenz von Tafeln und Kleiderkammern beispielsweise ist für viele Menschen mittlerweile notwendig zum Überleben. Dabei ist genug für alle da, wir kämpfen für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

DIE LINKE will:

- **Bedarfsorientierte Mindestsicherung statt Hartz IV**

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Hartz IV durch eine sanktionsfreie bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzt wird, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert: Hartz IV muss weg!

- **Grundversorgung garantieren**

Die Grundversorgung mit notwendigen Gütern wie Bildung, Mobilität, Gesundheit, Wohnen soll für alle Menschen kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung stehen, damit alle mobil sein können, eine angemessene Wohnung haben, niemandem Strom und Heizung abgestellt wird und jeder Mensch sein Recht auf Bildung realisieren kann.

- **Kosten der Unterkunft erhöhen – Zwangsumzüge verhindern**

Für Menschen, die von Transferleistungen betroffen sind, muss eine bedarfsgerechte Finanzierung der Miete erfolgen. Die sogenannten Kosten der Unterkunft (KdU) sind entsprechend anzupassen. Zwangsumzüge wollen wir verhindern.

- **Soziale Arbeit angemessen bezahlen und absichern**

Die Landesregierung hat für gute Rahmenbedingungen bei der Schwangerenberatung, Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung, der Drogenberatung, der Gemeinwesenarbeit, der Jugendarbeit, der Altenhilfe, in der Beschäftigungsförderung, der Eingliederungshilfe, usw. zu sorgen. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz der

Fachberatungsstellen gegen sexuelle und andere Gewalt. Frauenhäuser brauchen einen besseren Personalschlüssel.

Landesaktionsplan gegen Kinderarmut

Ganz besonders die Armut bei Kindern und Jugendlichen ist eine Schande für ein reiches Land. Mehr als 18 Prozent aller Kinder und Jugendlichen sind in Hessen armutsgefährdet. Die Zahlen steigen, ganz besonders in Mittel- und Nordhessen. Armut von Kindern und Jugendlichen äußert sich nicht nur in materieller Hinsicht, die Folgen sind eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, Benachteiligungen bei der Bildung und in der gesundheitlichen Entwicklung.

DIE LINKE hat die Landesregierung aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut zu entwickeln. Dieser müsste folgende Elemente enthalten:

- **Ganztagschulen ausbauen**

Die Kindertagesstätten sollen gebührenfrei und personell gut ausgestattet werden. Die Betreuungszeiten müssen eine Vollzeitberufstätigkeit möglich machen.

- **Kostenfreies Mittagessen in den Bildungseinrichtungen**

Alle Kinder brauchen ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen in Kitas und Schulen. Mit leerem Bauch lernt es sich nicht gut. Auch Ausflüge, Bastelmaterial, Lernmittel müssen kostenfrei zur Verfügung stehen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

- **Mehr bezahlbare Wohnungen**

Mehr bezahlbare Wohnungen sind in Hessen dringend erforderlich. Diese müssen barrierefrei und kindgerecht ausgestattet werden. Kinder brauchen einen ruhigen Ort zum Lernen und Platz zum Spielen.

- **Kinderrechte und Jugendarbeit stärken**

Kinder haben Rechte, sie sollen in ihrem Lebensumfeld mitsprechen können, sie brauchen aber auch professionelle Ansprechpartner*innen in schwierigen Lebenssituationen.

- **Perspektiven bieten – mehr öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen**

Eltern in Sozialleistungsbezug brauchen wirksame Unterstützung, um eine existenzsichernde Beschäftigung zu erhalten, die mit der Kinderbetreuung vereinbar ist. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor kann dies unterstützen.

- **Kindergrundsicherung einführen**

Auf Bundesebene muss sich das Land Hessen für eine eigenständige Kindergrundsicherung einsetzen. Für jedes Kind muss mindestens das Existenzminimum vorhanden sein.

Gesundheit darf keine Ware sein

Eine gute Gesundheitsversorgung ist für alle Menschen lebensnotwendig. Sie muss für jeden und jede gleichermaßen zur Verfügung stehen – unabhängig von Wohnort und Geldbeutel. Wir

wollen keine Zwei-Klassen-Medizin. Die Gesundheitsversorgung muss den privaten Profitinteressen entzogen werden. Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung mit Kliniken, mit Ärztinnen und Ärzten, Hebammen, Pflegekräften, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Apotheken. Alle Beschäftigten im Gesundheitswesen sollen für ihre gute Arbeit angemessen bezahlt werden. Für private Gewinne hingegen sind die Krankenversicherungsbeiträge nicht da.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden viele vormals kommunale Krankenhäuser privatisiert. Das hat vielerorts zu einer schlechteren Patientenversorgung, mehr Druck auf die Beschäftigte und Personalabbau geführt. Mit der Privatisierung des Universitätsklinikum Gießen und Marburg hat die CDU-Landesregierung nicht nur den Beschäftigten, sondern auch hunderttausenden Patienten geschadet. Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand, sie muss demokratisch kontrolliert und ausreichend finanziert werden, das ist der beste Garant für eine gute Versorgung für alle.

Das Land Hessen ist verantwortlich für die Krankenhäuser und muss genügend Geld für Investitionen zur Verfügung stellen. Für eine gute Versorgung im Krankenhaus ist mehr Personal erforderlich. Das dient der Gesundheit der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten. Die Pflegekräfte müssen dringend entlastet werden.

DIE LINKE will:

- **Kommunale Kliniken erhalten statt privatisieren**

Wir wollen kommunale Kliniken erhalten und den Rückkauf dort fördern, wo bereits privatisiert wurde. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und nicht in die Hände von Aktiengesellschaften.

- **Investitionsprogramm für Krankenhäuser auflegen**

Krankenhäuser benötigen jährlich einen Betrag von etwa acht bis zehn Prozent ihres Umsatzes für Investitionen. Hierfür ist die Landesregierung zuständig. Da sie dieser Verantwortung nicht nachkommt, wird meist zulasten der Personalkosten investiert. In der nächsten Wahlperiode sind Investitionsmittel von etwa 1,2 Milliarden Euro im Landeshaushalt bereitzustellen.

- **Personalmindeststandards einführen**

In allen Kliniken müssen Personalmindeststandards festgelegt werden. Keine Pflegekraft darf nachts alleine auf einer Station oder in einem Wohnbereich arbeiten müssen. In der Langzeitpflege müssen die Standards verbessert werden. Dies ist notwendig, um mehr Pflegekräfte zu gewinnen.

- **Würdevolle Behandlung psychisch kranker Menschen**

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ stellt Schutz und Würde des Menschen in den Mittelpunkt. Krankenhausaufenthalte und die Unterbringung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sind durch eine gute Struktur ambulanter Maßnahmen soweit wie möglich zu vermeiden. Die sozialpsychiatrischen Dienste müssen ausgebaut werden und dafür sorgen, dass 24-Stunden-Krisendienste zur Verfügung stehen. In der Klinik ist eine gute Ausstattung mit qualifiziertem Personal erforderlich, so dass die Pflege und Behandlung über tragfähige Beziehungen erfolgen kann. DIE LINKE lehnt die Anwendung von Zwang und Gewalt ab. Das Psychisch-Kranken-Hilfegesetz und das Maßregelvollzugsgesetz müssen in Übereinstimmung mit der UN-Behindertenrechtskonvention und der Verfassung gebracht werden. Die Erfahrungen

der Psychiatriereformbewegung sollen in Gesetz und Praxis aufgenommen und Psychiatrieerfahrene einbezogen werden.

- **Flächendeckende Versorgung mit Hebammen**

Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen muss sichergestellt werden.

Hebammen brauchen bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung, bei der Geburt soll eine Eins-zu-Eins-Betreuung gegeben sein. Allen Eltern soll bereits bei der Geburt Unterstützung angeboten werden. Für Eltern, die Bedarf haben, soll es genügend Familienhebammen, Beratungs-, Fortbildungs- und Unterstützungsangebote geben.

- **Flächendeckende Versorgung mit Ärzten – auch im ländlichen Raum**

Allgemein- und kinderärztliche Praxen müssen für alle Menschen gut und schnell erreichbar sein, dafür müssen genügend Ärztinnen und Ärzte und Therapeutinnen und Therapeuten ausgebildet werden. Ärztliche Bereitschaftsdienste müssen außerhalb der Sprechzeiten qualifiziert und gut erreichbar sein. Die psychotherapeutische Versorgung muss verbessert werden und Angebote mit interkultureller Kompetenz müssen vorhanden sein.

- **Aufwertung der Pflegeberufe durch gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen**

Wir brauchen mehr ausgebildete Pflegekräfte. Dies wird nur mit einer Aufwertung der Berufe und mit besseren Arbeitsbedingungen sowie besserer Bezahlung, gerade in der Altenpflege, möglich sein. Die Umstellung in der Pflegeausbildung muss von Seiten des Landes so gestaltet werden, dass die Altenpflegeschulen genügend Unterstützung erfahren und der Personalmangel gerade in der Altenpflege bekämpft wird.

Jugendpolitik

Jugendliche brauchen Freiräume, sie müssen eigene Entscheidungen treffen können und sie brauchen abgesicherte Rechte. In den letzten Jahren wurden viele Angebote für Jugendliche gekürzt und gestrichen. Die Kommunen haben oft zuerst an Jugendzentren und Jugendtreffs, an Orts- und Stadtteilbibliotheken, Schwimmbädern und Musikschulen gespart, um auf den Haushaltskonsolidierungsdruck zu reagieren. Jugendliche brauchen ausreichend Freizeitangebote und Orte, an denen sie sich treffen können. Das gilt insbesondere für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, die sich privat organisierte Angebote oft nicht leisten können.

DIE LINKE will:

- **Jugendzentren erhalten – Freiräume schaffen**

Wir wollen Jugendzentren erhalten und Freizeitangebote ausbauen. Jugendzentren brauchen qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal, Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagoge*innen. Zudem wollen wir den Einsatz von Streetworker*innen verstärken.

- **Finanzierung der Jugendverbände verbessern**

Die Finanzierung der Jugendverbände wollen wir auf eine verlässliche Basis stellen, indem ein Mindestbetrag gesetzlich festgelegt wird, der nicht unterschritten werden darf.

1123
1124 • **Kulturelle Bildung fördern**

1125 Wir wollen die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern und erreichen,
1126 dass Jugendliche unter 18 Jahren freien Eintritt in die staatlichen Museen und Theater
1127 erhalten.

1128
1129 • **Politische und gesellschaftliche Beteiligung ermöglichen**

1130 Jugendliche sollen vor Ort, in den Schulen, über Vereine an politischen
1131 Entscheidungen beteiligt werden, das Wahlalter soll auf 16 Jahre herabgesetzt
1132 werden.

1133
1134 • **Rechte von Jugendlichen garantieren**

1135 Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sollen in Jugendhilfeverfahren und bei
1136 Trennungen gewahrt sein. Sie brauchen einen Beistand und eine Ombudsstelle, an die
1137 sie sich wenden können, um Unterstützung zu bekommen und damit ihre Interessen
1138 besser durchgesetzt werden können.

1139
1140
1141 **Selbstbestimmt und in Würde altern**

1142
1143 Es ist schön, dass immer mehr Menschen immer älter werden. Gleichzeitig wird auch Armut
1144 für zunehmend mehr ältere Menschen zu einem gravierenden Problem. Die Renten sind in
1145 vielen Fällen nicht ausreichend, so dass Seniorinnen und Senioren bis ins hohe Alter arbeiten
1146 oder sogar Flaschen sammeln müssen. Und dies, obwohl sie jahrzehntelang in die
1147 Rentenversicherung eingezahlt haben. „Reformen“, wie die Rente mit 67, haben letztendlich
1148 nur zur Kürzung der Ansprüche geführt.

1149
1150 Ältere Menschen sollen selbstverständlich an allen gesellschaftlichen Prozessen teilhaben
1151 können. Barrierefreiheit ist in allen Bereichen erforderlich. Wir brauchen vor Ort öffentliche
1152 und kostenfrei zugängliche Begegnungsräume, einen gut ausgebauten und barrierefreien
1153 ÖPNV, sowie auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten zugeschnittene Sportangebote
1154 und gute Strukturen für ehrenamtliches Engagement.

1155
1156 DIE LINKE will:

1157
1158 • **Barrierefreiheit herstellen**

1159 Barrierefreiheit muss bei allen baulichen Maßnahmen erforderlich sein und geprüft
1160 werden. Der öffentliche Raum muss für alle barrierefrei zugänglich sein.

1161
1162 • **Unterstützung gewährleisten**

1163 Seniorinnen und Senioren sollen Hilfen zur Verfügung gestellt werden, um in der
1164 bekannten Umgebung leben zu können. Dazu gehört die Förderung von Senioren- und
1165 altersübergreifenden Wohngemeinschaften, Hilfen bei dem Erhalt der Wohnung und
1166 bei der Suche nach geeignetem Wohnraum.

1167
1168 • **Pflegeinfrastruktur verbessern**

1169 Flächendeckend müssen Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur vorhanden sein, auch
1170 Angebote für Menschen mit dementiellen Erkrankungen und zur Entlastung von
1171 pflegenden Angehörigen.

1173
1174 • **Mehr Personal in der Pflege**

1175 Wir wollen für genügend Pflegekräfte zu sorgen, indem der Beruf attraktiver gemacht
1176 wird, ein besserer Personalschlüssel eingeführt und die Ausbildung besser finanziert
1177 wird.

1178
1179 • **„Grauen Pflegemarkt“ im Interesse der Pflegenden und Betroffenen regeln**

1180 Der so genannte „graue Pflegemarkt“, in dem ausländische, vorwiegend
1181 osteuropäische, Pflegekräfte tätig sind, muss reguliert werden, um Ausbeutung und
1182 das Ausnutzen von Notlagen zu unterbinden.

1183
1184 • **Anhebung des Rentenniveaus**

1185 Wir werden uns auf Bundesebene für eine Anhebung des Rentenniveaus auf
1186 53 Prozent und eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro einsetzen.

1187
1188
1189 **Für eine andere Sucht- und Drogenpolitik**

1190
1191 Bundesweit sterben jährlich über 200.000 Menschen an den Folgen von Alkohol und Tabak.
1192 Über 30.000 Menschen gelten als spielsüchtig. Auch die Onlinesucht nimmt kontinuierlich zu.
1193 Der Besitz von Cannabis wird mit teils drastischen Strafen verfolgt, obwohl dessen Konsum
1194 weit weniger süchtig machend ist als andere Drogen und nicht tödlich ist. Selbst zu
1195 notwendigen medizinischen Zwecken ist Cannabis immer noch kaum erhältlich. Wir wollen
1196 grundsätzliche Veränderungen bei der bisherigen Drogenpolitik und Sucht-Prävention. In
1197 vielen Ländern und in über 20 US-Staaten kann Cannabis zu medizinischen, kommerziellen
1198 oder privaten Zwecken angebaut oder konsumiert werden. Im Zentrum eines besseren
1199 Umgangs mit Sucht und Drogen muss Suchtprävention und Hilfe statt Kriminalisierung, sowie
1200 die Bekämpfung des Schwarzmarktes stehen.

1201
1202 DIE LINKE will:

1203
1204 • **Prävention und Aufklärung verbessern**

1205 Die Prävention und Aufklärung über alle Suchtgefahren sowie Hilfsangebote für
1206 Betroffene von Sucht und Drogenmissbrauch müssen deutlich verbessert und
1207 ausgebaut werden. Ausstiegsorientierte und konsumakzeptierende Hilfen sind nötig,
1208 wie Drug-Checking, Drogensubstitution, Gesundheitshilfen für Drogenkranke,
1209 Druckräume mit hygienischen Bedingungen sowie Beratung für Betroffene und ihre
1210 Familien.

1211
1212 • **Legalisierung von Cannabis**

1213 Wir treten ein für die Legalisierung und Regulierung statt Kriminalisierung von
1214 Cannabis und den straffreien Gebrauch zu medizinischen und privaten Zwecken.
1215 Wissenschaftlich nachvollziehbare Grenzwerte für Cannabisgebrauch im
1216 Straßenverkehr und eine flächendeckende Versorgung mit Substituten bzw.
1217 Diamorphin sind notwendig.

1218
1219
1220
1221 **Universitätsklinikum Gießen-Marburg zurück zum Land**

1222
1223 Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) war ein Fehler. Die
1224 damalige Landesregierung hat das Klinikum 2006 weit unter Wert an eine private

1225 Aktiengesellschaft, die Rhön-AG, verkauft. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch
1226 feierte das Projekt als „Leuchtturm“. Als Teil des Rhön-Konzerns ist das UKGM zum Spielball
1227 auf den Finanzmärkten verkommen. Mehrfach scheiterten Versuche des
1228 Gesundheitskonzerns Fresenius, die komplette Rhön-AG und das UKGM zu übernehmen.
1229 Gleichzeitig haben sich die Bedingungen für die medizinische Versorgung der Patientinnen
1230 und Patienten, für die Beschäftigten sowie für Forschung und Lehre spürbar verschlechtert.
1231 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen an ihre Grenzen gehen, um eine vernünftige
1232 Patientenversorgung zu ermöglichen.

1233 DIE LINKE will:

1234

1235 • **Die Rückführung des UKGM in Landeseigentum**

1236 Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg muss in Landeseigentum zurückgeführt
1237 werden. Dies ist eine notwendige Bedingung dafür, um eine gute Patientenversorgung,
1238 gute Arbeitsbedingungen und die Freiheit von Forschung und Lehre zu garantieren.
1239 Dafür gilt es alle vertragsrechtlichen und politischen Optionen zu nutzen, um das
1240 UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Bis dahin ist die Erfüllung der
1241 vertraglichen Verpflichtungen seitens der Rhön-AG sicherzustellen.

1242

1243 • **Personalmindeststandards einführen**

1244 Für alle Krankenhäuser sollen per Gesetz verbindliche quantitative und qualitative
1245 Personalmindeststandards eingeführt werden, um die Beschäftigten vor Überlastung
1246 zu schützen und eine gute Patientenversorgung zu gewährleisten.

1247

1248

1249

1250 **5. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle**

1251

1252 Bildung ist ein Menschenrecht! Daher muss der Zugang zu Bildung allen Menschen in
1253 gleichem Maße offenstehen. Leider hängt auch in Hessen der sogenannte „Bildungserfolg“,
1254 also die erreichten Bildungsabschlüsse, noch immer von der sozialen und finanziellen
1255 Herkunft ab. Das darf nicht sein! Zu guter und gerechter Bildung zählt aber noch mehr. Wir
1256 fordern daher ein Lernumfeld, in dem sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die
1257 Lehrkräfte und die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich lernen,
1258 lehren, fördern und arbeiten können.

1259 DIE LINKE will eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform. Alle fördern und kein
1260 Kind „sitzen lassen“ muss an die Stelle von Auslese treten. Zudem will DIE LINKE die
1261 Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern verbessern, Schulgebäude und
1262 Sportstätten gründlich und bedarfsorientiert sanieren, echte Lernmittelfreiheit herstellen und
1263 die Schule inklusiv und integrativ gestalten.

1264

1265 Dabei darf nicht vergessen werden: Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in
1266 gesellschaftlicher Verantwortung und bei umfassender und bedarfsorientierter staatlicher
1267 Förderung gewährleistet werden. Bildung ist keine Ware! Die LINKE wendet sich daher gegen
1268 alle Formen von Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens. Wir wenden uns
1269 gegen die Bemühungen der Landesregierung, sich dadurch immer weiter aus der
1270 Verantwortung zu stehlen. Kitas, Schulen und Hochschulen sollen sich nicht wie
1271 Unternehmen verhalten müssen. Pädagogik soll im Vordergrund stehen, nicht
1272 ‚Effektivitätskennziffern‘, die in zentralen Vergleichstests erhoben werden und die
1273 Bildungseinrichtungen durch ‚Rankings‘ in Konkurrenz zueinander setzen.

1274
1275 Bildung muss umfassend und bedarfsgerecht finanziert werden. Das hessische
1276 Bildungswesen ist im internationalen Vergleich stark unterfinanziert. Das wollen wir ändern.

1277
1278 **Beitragsfreie hochwertige Kindertagesbetreuung garantieren**

1279
1280 Kinder lernen voneinander: Sie lernen solidarisch miteinander umzugehen und setzen sich mit
1281 ihrer Umwelt auseinander. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und
1282 haben Spaß. Eltern wollen, dass ihre Kinder gut versorgt sind. Dafür brauchen sie alle gut
1283 ausgestattete Kindertageseinrichtungen.

1284
1285 Leider herrscht in Hessen noch immer ein Mangel an Kita-Plätzen, der dringend behoben
1286 werden muss. Die schwarzgrüne Landesregierung hat die Eltern bei den Kita-Gebühren
1287 entlastet – abgeschafft sind sie noch lange nicht. Für die Betreuung von Kindern unter drei
1288 Jahren fallen weiterhin Gebühren an, das können in einigen Städten bis zu 700 Euro monatlich
1289 sein, was eine erhebliche finanzielle Belastung für Familien darstellt. Zudem hat die
1290 Landesregierung die Betreuung nur sechs Stunden täglich gebührenfrei gestellt – und das
1291 geht auch noch zulasten der Kommunen, die auf einem Teil der Kosten sitzenbleiben. Bereits
1292 durch das Kinderförderungsgesetz (KiföG) der Landesregierung wurde die Finanzierung der
1293 Kitas verschlechtert, worunter insbesondere Kitas im ländlichen Raum leiden.

1294 Gute Kitas brauchen mehr gut ausgebildetes und gut bezahltes Personal. Erzieherinnen und
1295 Erzieher sind einer enormen Arbeits- und Gesundheitsbelastung ausgesetzt. Die
1296 Gruppengrößen sind zu groß, die Arbeitsbedingungen oft belastend. Erzieherinnen und
1297 Erzieher durchlaufen eine lange Ausbildung und tragen eine hohe Verantwortung, werden
1298 aber noch immer nicht ausreichend bezahlt. Viele Beschäftigte – häufig in Teilzeit – kommen
1299 kaum über die Runden und sind von Altersarmut bedroht. Auch das wollen wir ändern.

1300
1301 DIE LINKE will:

1302
1303 • **Gebührenfreie Bildung von Anfang an: Vollständige Abschaffung der Kita-Gebühren**
1304 Der Besuch von Kitas muss gebührenfrei und damit für alle Kinder zugänglich sein.
1305 Deshalb wollen wir die Kita-Gebühren vollständig abschaffen, auch für die unter
1306 Dreijährigen und für die volle Betreuungsdauer statt nur stundenweise. Den Kommunen
1307 müssen die wegfallenden Einnahmen vom Land vollständig erstattet werden, sie dürfen
1308 nicht auf den Kosten sitzenbleiben.

1309
1310 • **Mehr Kita-Plätze schaffen, um jedem Kind einen Betreuungsplatz zu garantieren**
1311 Für die Betreuung und Bildung für Kinder unter drei Jahren wollen wir mehr Kitas schaffen
1312 – flächendeckend, ausreichend und in öffentlicher Trägerschaft. Der Rechtsanspruch auf
1313 einen Betreuungsplatz muss ohne Abstriche verwirklicht werden. Die Übergänge vom
1314 Elternhaus zu Kita und Schule sollen fließend gestaltet werden. Tageseltern können in
1315 besonderen Situationen Abhilfe schaffen, sollen aber nicht die Regel sein. Der hessische
1316 Bildungsplan für Kinder von 0-10 Jahren bietet eine gute Grundlage, die sich allerdings nur
1317 mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

1318
1319 • **Verschlechterungen durch das KiföG zurücknehmen**
1320 Durch das Kinderförderungsgesetz KiföG wurde die Finanzierung der Kitas verändert, was
1321 zu viel Kritik und Protesten geführt hat. Statt der bisherigen Gruppenfinanzierung erfolgte
1322 eine Finanzierung pro Kind. Damit wurde ein bürokratisches Monstrum geschaffen, das
1323 Träger, Jugendämter, Leitungen und Erzieherinnen und Erzieher von der eigentlichen
1324 Arbeit abhält. Es geht auch zulasten von Kitas im ländlichen Raum, die finanzielle

Einbußen erleiden, wenn die Anmeldezahlen kurzfristig zurückgehen und Gruppen nicht voll belegt sind. Diese Verschlechterungen müssen zurückgenommen werden.

- **Qualität und Arbeitsbedingungen verbessern durch mehr Personal und Kostenübernahme durch das Land**

Um eine ganzheitliche und individuelle Förderung aller Kinder zu erreichen, ist mehr qualifiziertes Personal in den Kitas nötig. DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal drei Kindern im Alter bis drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal acht Kindern ab drei Jahren. Freistellung für Leitungskräfte und die mittelbare pädagogische Arbeit sind darüber hinaus genauso notwendig wie für Ausfallzeiten bei Fortbildung, Krankheit und Urlaub. Diese finanziellen Mittel sind in den Kommunen aber nicht vorhanden, deshalb muss das Land die Kosten der Kindertagesbetreuung weitestgehend tragen.

- **Erzieher_innenberuf aufwerten und Gesundheitsschutz verbessern**

Wir wollen, dass Erzieherinnen und Erzieher endlich eine angemessene gesellschaftliche Wertschätzung erfahren - auch durch deutlich höhere Gehälter, wie es zehntausende Beschäftigte im Rahmen des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst gefordert haben. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Kitas muss verbessert und Belastungen so weit wie möglich reduziert werden.

- **Mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden!**

Um dem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern entgegenzuwirken, muss mehr für die Ausbildung getan werden. Wir wollen die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern mittelfristig auf Hochschulniveau anheben und die Bezahlung entsprechend anpassen, wobei Erzieherinnen und Erzieher mit bisheriger Ausbildung nicht schlechter gestellt werden dürfen.

Schule vom Kind aus denken

Frontalunterricht, Nachsitzen und pures Auswendiglernen sind längst überholte Unterrichtskonzepte. Die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen hört nicht mit dem Betreten des Klassenzimmers auf. Daher sind auch die Lernvergleichsstudien wenig aussagekräftig. Doch leider verharrt das Bildungswesen in Hessen nach wie vor in Stagnation. Individuelle Förderung gehört als vorderstes Prinzip in die Klassenzimmer.

Die Realität ist heute leider aber oft eine andere. Das Problem fehlender Chancengleichheit im Bildungssystem Deutschlands ist nicht neu. In Deutschland hängt der Zugang zu Bildung noch immer stark von der Herkunft ab: Kinder aus armen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund werden durch das mehrgliedrige Schulsystem benachteiligt. In Hessen kommen auf einen „Schulaufstieg“ noch immer über acht „Schulabstiege“.

Es ist eine Belastung für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen bereits nach der vierten Klasse, wenn Kinder erst zehn Jahre alt sind, die Entscheidung für die weiterführende Schule treffen zu müssen. Auch der Hessische Grundschulverband erklärt, dass Pädagog*innen nach der vierten Klasse keine zuverlässigen Bildungsprognosen stellen können. In diesem Alter ist noch gar nicht absehbar, wie sich ein Kind entwickelt. Trotzdem wird eine Vorfestlegung für das weitere Leben getroffen, obwohl alle modernen pädagogischen Konzepte das längere gemeinsame Lernen propagieren. Aus unserer Sicht wäre das bis Klasse zehn.

1376 Jahrelang wurde von zurückgehenden Schüler*innenzahlen gesprochen, der sogenannten
1377 „demographischen Rendite“. Der Fortbestand kleiner Schulen wurde in Frage gestellt,
1378 vereinzelt auch Schulstandorte geschlossen. Die Prognosen erwiesen sich als falsch, die
1379 Zahlen steigen, mit der Folge, dass die Schulen vielerorts aus allen Nähten platzen, die
1380 Klassen zu groß sind und es einen zunehmenden Lehrermangel gibt. Zudem ist der bauliche
1381 Zustand vieler Schulen katastrophal: Putz bröckelt von der Decke, in Klassenzimmern ist es
1382 zu beengt, Schulkantinen sind zu klein oder gar nicht vorhanden, die Schultoiletten
1383 unzumutbar. Viele Schulgebäude und Turnhallen sind marode, weil Sanierungen über
1384 Jahrzehnte hinweg verschleppt wurden. Allein in der Stadt Frankfurt wird der
1385 Sanierungsbedarf auf etwa 900 Millionen Euro geschätzt.

1386

1387 Der Ausbau der Ganztagschulen kommt nicht voran. Stattdessen hat die Landesregierung
1388 den „Pakt für den Nachmittag“ aufgelegt, ein Flickwerk, das von Land, Kommunen und durch
1389 Elternbeiträge finanziert wird, und weder den pädagogischen noch den räumlichen
1390 Ansprüchen gerecht wird.

1391

1392 Die Schulen haben weitere Aufgaben erhalten, wie die Inklusion und die Beschulung von
1393 Flüchtlingskindern, ohne dass ihnen im ausreichenden Maß Mittel dafür zur Verfügung
1394 gestellt wurden.

1395

1396 Die Schulzeitverkürzung G8 war ein Fehler, unter dem viele Jahrgänge von Schülerinnen und
1397 Schülern zu leiden hatten. Glücklicherweise ist dieser bildungspolitische Irrtum an den
1398 meisten Gymnasien mittlerweile korrigiert. Die Landesregierung hat sich dabei aber aus der
1399 Verantwortung gestohlen und das Problem einfach an die Schulen delegiert, die in zeit- und
1400 ressourcenraubenden und oft strittigen Prozessen nach Lösungen suchen mussten.

1401

1402 Wir wollen einen neuen Aufbruch in der Schulpolitik und grundlegende Verbesserungen für
1403 die Schulen und die dort Beschäftigten erreichen statt ein Weiter-so und Mangelverwaltung.
1404 Das geht nicht von heute auf morgen, und es wird Geld kosten. Wir können aber von anderen
1405 Ländern, wie z.B. Finnland lernen, wie Bildung besser geht und sich finanzieren lässt, wenn es
1406 politisch gewollt ist.

1407

1408 Schulen müssen die finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung erhalten, die sie für
1409 diesen Prozess brauchen. Dazu müssen die Bildungsausgaben deutlich erhöht werden. Das
1410 geht mit einer sozial gerechten Steuerreform. Das unsinnige Kooperationsverbot, das die
1411 Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben der Länder verbietet, muss abgeschafft werden.

1412

1413 Große Reformprojekte, die über einen langen Zeitraum tragfähig sein sollen, können nicht von
1414 oben verordnet werden. Es bedarf einer gesellschaftlichen Mehrheit, die ein solches Projekt
1415 trägt. Neue Konzepte müssen ihre Überlegenheit in der Praxis beweisen. Dafür brauchen
1416 Schulen den Freiraum, neue Wege auszuprobieren und von ihren eigenen Erfahrungen
1417 auszugehen. Längst gibt es erfolgreiche Ganztagschulen oder Schulen, die gemeinsamen
1418 Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen anbieten.

1419

1419 An diese Erfahrungen können wir anknüpfen. Die Politik muss ein klares Ziel und einen klaren
1420 Zeitrahmen abstecken. Und zwar in sanierten, inklusiv ausgestatteten Schulgebäuden mit
1421 Lehrer*innen und pädagogischen Fachkräften, die Hand in Hand arbeiten.

1422

1423

DIE LINKE will:

- **Eine neue Schulstruktur: Mehrgliedriges Schulsystem überwinden**

Wir wollen das vielfach gegliederte, auf Auslese ausgerichtete Schulsystem überwinden. An seine Stelle soll in Hessen als einzige Regelschule die Schule für alle treten – genauso wie in allen Ländern, die in internationalen Bildungsvergleichen Spitzenplätze belegen. Diese Schule umfasst die Primarstufe und die Sekundarstufe I (Klassen 1-10) und ermöglicht alle schulischen Abschlüsse in zehn Jahren Vollzeitschulpflicht. Sie integriert Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, Flüchtlings- und Migrationshintergrund und fördert sie individuell. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse bestehen ausreichende Möglichkeiten zur weiteren Bildung: Erwerb der Hochschulreife, Zugang zu fachspezifischen Hochschulen, anspruchsvolle berufliche Ausbildung, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen.

- **Ausbau von Ganztagsschulen statt „Pakt für den Nachmittag“**

Wir wollen den Ausbau von echten, rhythmisiert arbeitenden Ganztagsschulen voranbringen. Sie macht den „Pakt für den Nachmittag“ überflüssig, der eine Mogelpackung ist und zudem die Ausfinanzierung auf die Kommunen und Eltern abwälzt. Dazu gehört ein kostenloses Mittagessen ebenso wie eine lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, der themenübergreifenden Projektarbeit und dem Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung.

- **Inklusion umsetzen**

Wir wollen die UN-Menschenrechtskonvention umsetzen und jedem Kind den Platz an einer Regelschule garantieren. Inklusion geht nicht zum Nulltarif, Kinder mit Beeinträchtigungen müssen betreut und gefördert werden. Der Unterricht bei inklusiver Beschulung soll in Doppelbesetzung stattfinden. Auch hierzu müssen Lehrkräfte und sozialpädagogisches Fachpersonal qualifiziert und an die Schulen gebracht werden. Die Räumlichkeiten sind entsprechend auszustatten.

- **Mehr Lehrerstellen schaffen**

Für mehr Ganztagsschulen, Inklusion und kleinere Klassen wollen wir 3.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. So wollen wir dem drohenden Lehrermangel entgegenwirken und den zunehmenden Einsatz von nicht qualifiziertem Personal zurückdrängen. Ungelernte Kräfte oder Studierende können Lehrkräfte nicht ersetzen.

Den Schulalltag nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gestalten

Individuelles Lernen ist nur in kleinen Gruppen möglich. Die Klassen- und Gruppenstärke sollte 25 und in der Primarstufe 20 Schülerinnen und Schüler nicht übersteigen. In inklusiv arbeitenden Schulen ist diese Lerngruppenstärke bereits zu hoch: 16 Schüler*innen wären angemessen. Schule muss ein Lebensraum sein, in dem sich Schüler*innen wohlfühlen. Wir wollen Kooperationen mit Vereinen weiterentwickeln und damit Angebote schaffen, auch für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nicht das Geld für private Förderung haben. Das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) wollen wir ausweiten.

- **Echte Lernmittelfreiheit durchsetzen und kostenfreie Schülerbeförderung**

DIE LINKE will ein neues Lernmittelfreiheitsgesetz, das seinen Namen auch verdient. Zuzahlungen zu Büchern, Kopien und anderen Materialien wollen wir abschaffen. Und natürlich darf auch der Weg in die Bildungseinrichtung nichts kosten – daher fordert DIE

- 1475 LINKE ein kostenfreies Schülerticket für alle hessischen Schülerinnen und Schüler,
1476 unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Schule.
1477
- 1478 • **Sanierungsstau auflösen – Schulgebäude in Stand setzen**
1479 Um den teils desaströsen baulichen Zuständen von Schulgebäuden zu verändern, wollen
1480 wir ein Landesprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro auflegen, mit dem die
1481 Kommunen beim Ausbau und der Sanierung maroder Schulen unterstützt werden. Das
1482 Kommunale Investitionsprogramm ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die
1483 räumlichen Voraussetzungen der Schulen müssen den Erfordernissen einer
1484 Ganztagschule angepasst werden und Mensen gebaut und erweitert werden.
1485
- 1486 • **Keine Schulschließungen: Kleine Schulen im ländlichen Raum erhalten**
1487 Kurze Beine – kurze Wege: Schülerinnen und Schülern, insbesondere in den unteren
1488 Jahrgangsstufen, ist nicht zuzumuten, dass sie täglich lange Wege zurücklegen müssen,
1489 um in die Schule zu kommen. Wir wollen eine gute und wohnortnahe Versorgung mit
1490 Grundschulen und eine gute Erreichbarkeit weiterführender Schulen. Wir wollen kleine
1491 Schulen im ländlichen Raum erhalten. Schulschließungen lehnen wir ab, sie bedeuten für
1492 Schülerinnen und Schüler noch längere Wege und weitere Verschlechterungen für den
1493 ländlichen Raum.
1494
- 1495 • **Schulsozialarbeit ausweiten**
1496 Schülerinnen und Schüler, die in ihrem häuslichen oder persönlichen Umfeld Probleme
1497 haben, benötigen sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. Dafür ist eine
1498 flächendeckende Schulsozialarbeit selbstverständlich. Der schulpsychologische Dienst
1499 muss ausgebaut werden. Auf die positiven Erfahrungen mit Schulkrankenschwestern und
1500 –pflegern wollen wir aufbauen und auf mehr Schulen ausweiten.
1501
- 1502 • **Sprachliche und kulturelle Vielfalt fördern durch herkunftssprachlichen Unterricht**
1503 Sprachliche und kulturelle Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine Bereicherung. Wir wollen
1504 den mehrsprachig und in verschiedenen Kulturen aufwachsenden Kindern gerecht werden
1505 und allen Kindern einen zusätzlichen herkunftssprachlichen Unterricht anbieten.
- 1506 • **Schulische Seiteneinsteiger*innen besser fördern**
1507 Die Rahmenbedingungen der Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne
1508 Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren Altersgrenzen
1509 müssen beseitigt, Klassengrößen wieder gesenkt, Lehrer*innen entlastet und bessere
1510 Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Wir wollen ein Programm „Deutsch als
1511 Zweitsprache“ (DaZ) auflegen und mehr DaZ-Lehrer*innen einstellen.
1512
- 1513 • **Pädagogen ausbilden, motivieren, anerkennen**
1514 Wir wollen die pädagogische Ausbildung reformieren und eine Verzahnung von
1515 theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik
1516 und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung. Inklusion, Integration,
1517 Heterogenität, Ganztag, Digitalisierung – all dies muss endlich Berücksichtigung in der
1518 Lehrer*innenbildung finden. Wenn Schule vom Kind ausgehend gedacht wird, müssen die
1519 unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder schon in der Ausbildung berücksichtigt werden.
1520 Wir wollen eine gemeinsame Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer
1521 Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen. Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich
1522 absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrer*innenausbildung
1523 haben. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des
1524 Landes, das Perspektiven und Chancen im hessischen Schulwesen bietet.
1525 Unterrichtsausfall und Lehrerkraftmangel gefährden Bildungsqualität ebenso wie die

1526 schlechten Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Die stetig gestiegene
1527 Unterrichtsverpflichtung muss wieder reduziert werden und Weiterbildungsangebote
1528 ausgebaut werden.
1529

1530 • **Aufwertung des Grundschulberufs: A13 für alle!**

1531 Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer verdienen nach wie vor weniger als ihre
1532 Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen. Das ist ungerecht und ihrer Leistung
1533 nicht angemessen. Wir wollen den Beruf der Grundschullehrkräfte aufwerten und wie
1534 andere Lehrkräfte nach Besoldungsstufe A13 bezahlen.
1535

1536 • **Schulen demokratisieren**

1537 Junge Menschen müssen mit ihren Ideen und Meinungen ernst genommen werden,
1538 deshalb wollen wir für die Schulkonferenz umgestalten und eine Drittelparität von
1539 Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften inklusive Schulleiterinnen und Schulleitern sowie
1540 Eltern einführen. Schule kann nur in einem guten Miteinander aller Beteiligten
1541 funktionieren.
1542

1543 • **Schüler*innenvertretungen stärken**

1544 Schüler*innenvertretungen sollen sich mit allen die Schülerinnen und Schüler
1545 interessierenden Fragen befassen können. Sie erhalten Räumlichkeiten und einen festen
1546 Etat. Schülerinnen und Schüler sollen im Unterricht über die Auswahl von Stoffen und
1547 Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer
1548 schulischer Angebote mitentscheiden können.
1549

1550 • **Schule ohne Rassismus**

1551 In den Schulen sollen alle Formen von Rassismus thematisiert werden, um Kinder und
1552 Jugendliche immun gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu machen. Dazu gehört den
1553 Unterrichtsstoff und alle Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende, ausgrenzende
1554 Haltungen zu überprüfen und den eurozentrierten Blickwinkel zu beseitigen. In
1555 interkulturellen Projekten lernen Kinder und Jugendliche, dass Menschen aus allen
1556 Ländern und Kulturen wichtige Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet haben.

1557 • **Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auflösen**

1558 Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen. Die bestehende
1559 Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr wollen
1560 wir aufheben.
1561

1562
1563 **Berufsausbildung verbessern – Ausbildungsplätze schaffen**

1564
1565 Jahr für Jahr finden hunderte hessische Schulabgängerinnen und Schulabgänger keinen
1566 betrieblichen Ausbildungsplatz. Andere lassen sich aus Not in Berufen ausbilden, die sie nicht
1567 ausüben wollen. Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte,
1568 tariflich bezahlte Arbeit drohen lebenslange Armut und dauerhafte Arbeit im
1569 Niedriglohnbereich.
1570

1571 DIE LINKE setzt sich für eine Reform der Berufsausbildung ein. Auch die Berufsausbildung soll
1572 der persönlichen Entwicklung und der freien Entfaltung des Individuums dienen. Dazu gehört
1573 es, das Recht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern. Eine berufliche Orientierung muss
1574 ohne Druck und jenseits vorgegebener Bildungsschranken möglich sein.
1575
1576

DIE LINKE will:

- **Mehr Ausbildungsplätze beim Land**

DIE LINKE will, dass das Land Hessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird. Darüber hinaus treten wir für eine landesweite Initiative zur Schaffung zusätzlicher und qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze ein.

- **Ausbildungsplatzumlage einführen und Ausbildungsverbünde fördern**

Betriebe müssen in angemessenem Ausmaß (7 Prozent der Belegschaft) Ausbildungsplätze schaffen oder sich an gemeinsamen Ausbildungsverbünden beteiligen. Diese Verbünde müssen wieder stärker gefördert werden. Um nicht ausbildende Betriebe zur Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer Ausbildungsumlage starten. Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Ausbildungsvergütungen müssen eine selbstständige, elternunabhängige Lebensgestaltung ermöglichen. Auf Bundesebene soll sich das Land Hessen dafür einsetzen, eine Mindestausbildungsvergütung gesetzlich zu verankern.

- **Berufsschulen stärken**

Berufliche Schulen müssen zügig ausgebaut und mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass alle Berufsschülerinnen und -schüler mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden erhalten. Neue Qualifizierungseinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Hilfebedarf sind in enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu schaffen. Schulische Inklusion endet nicht am Rande des Schulhofs, sondern muss auch in anderen Bereichen in gleicher Weise gelten.

Lebenslanges Lernen ermöglichen

In einer sich rasch ändernden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen unabdingbar. DIE LINKE tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegt und dem individuellen Wunsch nach Weiterbildung entsprochen wird. Wir wollen deshalb ein Bildungsfreistellungsgesetz für Hessen, dass die Ausstattung der Bildungseinrichtungen deutlich verbessert und umfassende Angebote ermöglicht. Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im kulturellen und politischen Bereich ist unabdingbar, gewinnt für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist in besonderer Weise für ehrenamtlich Engagierte zu fördern. Der Ausbau der politischen Weiterbildung und die Förderung demokratischen Engagements ist für uns eine wichtige Antwort auf das Erstarken rassistischer und rückwärtsgewandter Kräfte. Für die wissenschaftliche Weiterbildung sind die Hochschulen zunehmend in die Verantwortung zu nehmen, um stärker als bisher, aktuelles Wissen zu vermitteln und die Gesellschaft auf einen insgesamt hohen Bildungsstand zu heben. DIE LINKE will den Erhalt der Volkshochschulen und den umfassenden Ausbau der politischen und kommunalen Präsenz in ganz Hessen erreichen. Für die VHS-Kursleiter*innen sind rechtlich abgesicherte und angemessen honorierte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

DIE LINKE will:

- **Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen**

Notwendig ist der weitere Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen in Hessen sowie die Aufstockung der Mittel für den hessischen Weiterbildungspakt. Die profitorientierte Abhängigkeit der Weiterbildung und Bildungsstätten von Wirtschaftsinteressen wollen wir aufheben.

- **Projekt „Selbstverantwortliche Berufliche Schulen“ beenden**

Das in Hessen laufende Projekt SBS (Selbstverantwortliche Berufliche Schulen) und die Umwandlung beruflicher Schulen in selbständige Rechtsformen lehnen wir ab. Auch Berufsschulen sind und dürfen keine „selbständigen Wirtschaftsbetriebe“ werden.

Wissenschaft und Hochschulen

Die hessischen Hochschulen sind an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Der lang vorhersehbare Studierendenansturm und die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen haben zu einer massiven Verschlechterung der Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen geführt. Überfüllte Hörsäle gehören zum Alltag, Seminare und Vorlesungen werden teilweise in anderen Räumlichkeiten wie Kirchen und in Kinosälen abgehalten.

Zudem herrscht Wohnungsnot unter den Studierenden. Zu Beginn jedes Semesters müssen Notunterkünfte für Studienanfängerinnen und -anfänger geschaffen werden, die zu Beginn ihres Studiums noch keinen Wohnplatz gefunden haben, weil es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Für über 215.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal jede 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz.

Die schwarzgrüne Landesregierung hat es leider unterlassen, im Rahmen des Hessischen Hochschulpakts für eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen zu sorgen. Die viel gepriesene Autonomie an den Hochschulen ist unter diesen Bedingungen in weiten Teilen Makulatur.

Die Mangelverwaltung an den Hochschulen führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigungsverhältnisse sind überwiegend befristet, Zukunftsängste und hohe Personalfuktuation sind die Folgen. Den Ankündigungen der schwarzgrünen Landesregierung, die prekäre Beschäftigung eindämmen zu wollen, sind leider keine Taten gefolgt. Zudem werden immer mehr Lehraufgaben von Lehrkräften für besondere Aufgaben übernommen, deren wissenschaftliche Aufgaben eine eigene Weiterqualifikation nicht vorsehen und zeitlich auch nicht ermöglichen.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft zeigt sich auch an den Hochschulen. Die zunehmende Ausrichtung auf Verwertbarkeit und Wirtschaftsinteressen, zunehmende prekäre Beschäftigung, der Abbau demokratischer Strukturen, Privatisierungstendenzen und der wachsende Einsatz von Drittmitteln prägen die Entwicklung der Hochschullandschaft. Kritische Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Hochschulen werden immer mehr an den Rand gedrängt.

DIE LINKE steht für eine grundsätzlich andere Hochschulpolitik: Statt auf Eliteförderung und Wettbewerb setzen wir auf ein sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem und demokratische Hochschulstrukturen.

DIE LINKE will:

- **Hochschulen finanziell besser ausstatten**

Die Hochschulen sind unterfinanziert, die Mittel pro Studierenden sinken seit Jahren. Das wirkt sich auf die Qualität der Ausbildung aus und führt zu Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen. Lehre und Forschung müssen ausreichend finanziert werden, deshalb muss ein neuer bedarfsdeckender Hochschulpakt verhandelt werden. Wir wollen die Grundfinanzierung stärken, statt die ohnehin knappen Mittel immer stärker in den Bereich der Exzellenzinitiative des Landes und der Eliteförderung umzuverteilen.

- **Demokratisierung der Hochschulen**

Wir wollen eine lebendige demokratische Kultur an den Hochschulen statt einer Verlagerung wichtiger Entscheidungskompetenzen an die Hochschulleitungen und die demokratisch nicht legitimierten Hochschulräte. DIE LINKE will dazu eine viertelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen und tritt für das Recht der ASten ein, sich zu allgemeinpolitischen Fragestellungen zu äußern. Wenn durch den Autonomieprozess Entscheidungskompetenzen vom Ministerium an die Hochschulen verlagert werden, müssen diese auf die demokratisch gewählten Gremien übertragen werden. Die Hochschulräte sollen ausschließlich beratende Funktion haben und so besetzt sein, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen darin wiederfinden.

- **Gebührenfreies Studium**

Die Studierendenbewegung in Hessen hat erreicht, dass die bereits eingeführten Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Studiengebühren vertiefen die sozialen Unterschiede. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein und Studierende dürfen nicht gezwungen werden, sich schon bei der Aufnahme des Studiums hoch zu verschulden. Deshalb dürfen Studiengebühren nicht wieder eingeführt werden. Die Erhebung von Gebühren für Verwaltung und Prüfungen lehnen wir ab.

- **Hochschulzugang erleichtern und Studienfinanzierung reformieren**

Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Berufswahl. Dieses Recht wird aber unterlaufen, wenn immer mehr Hochschulen Zulassungsbeschränkungen erlassen. Wir wollen den Hochschulzugang erleichtern und Bildungsbarrieren abbauen. Dazu gehört auch eine Reform der Studienfinanzierung. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erhöhung und Ausbau des BAföG sowie für eine elternunabhängige Studienfinanzierung ein. Unsoziale Stipendiensysteme wie das so genannte „Deutschlandstipendium“ lehnen wir ab.

- **Bologna-Reform – Master für Alle**

DIE LINKE lehnt die Bologna-Reform in ihrer Grundausrichtung nach wie vor ab. Die Umstellung auf Bachelor und Master hat zu einer Entwertung eines Großteils der Hochschulabschlüsse geführt. Zudem hat der Leistungsdruck an den Hochschulen enorm zugenommen. Volle Stundenpläne und enge Prüfungsrhythmen bedeuten eine enorme Belastung für Studierende, insbesondere, wenn sie nebenher arbeiten müssen. Wir wollen die Regelstudienzeit ausweiten, das Teilzeitstudium ermöglichen und die Prüfungsdichte verringern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass jeder Bachelor-Absolvent ohne weitere Zulassungsbeschränkungen den Zugang zum Master-Studium erhält.

- **Rüstungsforschung beenden – Zivilklauseln einführen**

Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen muss dem Frieden verpflichtet sein, deshalb soll nur zu zivilen Zwecken geforscht werden. Forschungen zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts zu suchen. Sie

1730 stehen auch im Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der Hessischen
1731 Verfassung. Immer mehr Hochschulen führen eine sogenannte Zivilklausel ein, die
1732 Rüstungsforschung verhindern soll. Wir wollen, dass eine solche Klausel auch im
1733 Hessischen Hochschulgesetz festgeschrieben wird. Zudem sollte im
1734 Wissenschaftsministerium eine Kompetenzstelle „Zivilklausel“ eingerichtet werden, die die
1735 Hochschulen in dieser Frage beraten können.
1736

1737 • **Studentischen Wohnraum schaffen und Studentenwerke besser ausstatten**

1738 Die Wohnraumsituation für Studierende ist katastrophal. Wohnraum ist knapp – und viel
1739 zu teuer. Daher muss das Land Hessen handeln: Mit der Schaffung von jährlich 2.000
1740 Wohnplätzen für Studierende wollen wir schrittweise für ausreichend Wohnraum sorgen.
1741 Das Land Hessen hat jahrelang notwendige Investitionen versäumt. Neben guten
1742 Studienbedingungen brauchen Studierende auch eine gute soziale Infrastruktur. Deshalb
1743 müssen die Studierendenwerke finanziell besser ausgestattet werden und brauchen
1744 Planungssicherheit. Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen müssen weiter ausgebaut
1745 werden, um das Studieren mit Kind zu erleichtern.
1746

1747 • **Prekäre Beschäftigung an den Hochschulen zurückdrängen**

1748 Die Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich, insbesondere im Mittelbau,
1749 enorm verschlechtert. Immer mehr Lehre wird von Lehrbeauftragten geleistet, die meist
1750 nur befristet beschäftigt sind. Dies führt nicht nur zu existentieller Unsicherheit; durch die
1751 hohe Lehrbelastung ist es in den allermeisten Fällen auch nicht möglich, die persönliche
1752 akademische Weiterqualifikation zu erlangen. Dies hat zur Folge, dass wissenschaftlicher
1753 Nachwuchs nicht gefördert, sondern blockiert wird. DIE LINKE setzt sich für gute Arbeit an
1754 den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster Linie, dass es mehr unbefristete und nach
1755 der Qualifikation entlohnte Dauerstellen geben muss.
1756

1757 • **Privatisierungstendenzen stoppen**

1758 DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen von Privatisierung im Hochschulbereich wie
1759 beispielsweise durch das Modell der Stiftungsuniversität Frankfurt. Eine Förderung von
1760 privaten gewinnorientierten Hochschulen lehnen wir ab. Hochschulen, wie die European
1761 Business School (EBS), die hohe Studiengebühren erheben und zur sozialen Selektion
1762 beitragen, dürfen nicht durch öffentliche Mittel bezuschusst werden. DIE LINKE hat die
1763 Förderung der EBS aus Steuermitteln als einzige Partei immer konsequent abgelehnt.
1764

1765 • **Forschungsförderung**

1766 Forschung an den Hochschulen muss unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein.
1767 Deshalb lehnen wir die gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von
1768 Drittmitteln ab. Dadurch werden die Freiheit und die Unabhängigkeit der Forschung
1769 gefährdet. Die Zunahme drittmittelfinanzierter Projekte führt dazu, dass kaum noch
1770 unbefristete und dauerhafte Stellen geschaffen werden. DIE LINKE tritt für eine
1771 dauerhafte und verlässliche Forschungsfinanzierung ein, die sich an den Bedürfnissen der
1772 Menschen orientiert.
1773
1774
1775
1776

6. Mehr Demokratie

Mehr Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung

Mitbestimmung ist nur möglich, wenn man über die Hintergründe der Entscheidungen von Politik und Verwaltung umfassend informiert ist. Einer Politik, bei der Entscheidungen mit Lobbyisten in Hinterzimmern getroffen werden, erteilen wir eine klare Absage. Hessen braucht volle Transparenz. Ein modernes Transparenzgesetz, das staatliche Stellen verpflichtet, wichtige amtliche Informationen, wie Gutachten und Verträge, von sich aus zu veröffentlichen, scheiterte bisher an der schwarzgrünen Landesregierung. Wir wollen auch, dass die Menschen durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten. Obwohl die Hessische Verfassung in Artikel 71 das Volksbegehren und den Volksentscheid als wichtigstes Mittel der Gesetzgebung vorsieht, steht Hessen bei direkter Demokratie im Vergleich ganz weit hinten. Die gesetzlichen Hürden wurden von der Regierung so hoch gelegt, dass sie landesweit unmöglich und auf kommunaler Ebene kaum übersprungen werden können. Demokratie darf nicht weiter auf das „Abgeben“ der Wählerstimme beschränkt sein. Gesetzesinitiativen der LINKEN für mehr Demokratie und Mitbestimmung, wurden von der Landesregierung rundweg abgelehnt, obwohl sie in anderen Ländern seit Jahren gute Praxis sind. Solange das so bleibt, wird Politik fast ausschließlich durch Regierungs- und Verwaltungshandeln bestimmt.

DIE LINKE will:

- **Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen**

Ein Transparenzgesetz muss endlich verabschiedet und das Verwaltungshandeln für die Belange der Menschen geöffnet werden. Informationsrechte und Veröffentlichungspflichten bei Entscheidungen, Verkäufen oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen müssen gesetzlich ebenso verbessert werden, wie die Auskunfts- und Kontrollrechte der gewählten Gemeindevertreter*innen.

- **Mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene**

Wir möchten die erfolgreichen bayerischen Regelungen für Bürgerbegehren und Entscheide in Hessen übernehmen und durch Fairness- und Transparenzklauseln anderer Länder verbessern. Weitere erprobte Mitbestimmungsrechte, wie Bürgeranträge und das kommunale Petitionsrecht, sollen endlich auch in hessischen Gemeinden, Städten und Kreisen zur Anwendung kommen.

- **Volksbegehren und Volksentscheide für Hessen**

Wir wollen den Auftrag der Hessischen Verfassung endlich durch gesetzliche Regelungen erfüllen, die Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen, statt verhindern. Die Hürden für Volksentscheide müssen deshalb deutlich gesenkt, die Entscheidung von der Stimmenmehrheit abhängig gemacht und eine freie Unterschriftensammlung mit längeren Fristen eingeführt werden.

Feuerwehr, Rettungsdienste und Zivilschutz stärken

Demokratie lebt von der Beteiligung aller. Ob in Vereinen und Verbänden, bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei den Rettungsdiensten und in der Nachbarschaftshilfe – überall ist freiwilliges

1828 Engagement von Menschen wichtig für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Gerade bei der
1829 Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten hat ehrenamtliches Engagement an vielen Stellen
1830 fehlende staatliche Strukturen kompensiert. Ehrenamtliches Engagement darf jedoch keine
1831 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ersetzen und für öffentliche Aufgaben der
1832 Daseinsvorsorge missbraucht werden.

1833

1834 Die Bedingungen für freiwilliges Engagement müssen so verbessert werden, dass sich alle
1835 Menschen, die hier leben, beteiligen können.

1836

1837 DIE LINKE will:

1838

1839

1840 • **Ehrenamtliche Arbeit unterstützen**

1841 Wir treten ein für die bestmögliche Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der
1842 Einsatzkräfte im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungswesen durch das
1843 Land Hessen. Regionale hauptamtliche Strukturen sind notwendig zur Sicherung der
1844 Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit.

1845

1846 • **Schnelle Hilfe flächendeckend sicherstellen**

1847 Regionale Rettungsleitstellen sollen erhalten und ausgebaut werden, auch zur
1848 Sicherstellung einer Rettungszeit von maximal zehn Minuten bei Unfällen.
1849 Zusammenschlüsse von Feuerwehren dürfen ausschließlich auf freiwilliger Basis
1850 erfolgen.

1851

1852

1853

1854 **Bunt statt braun: Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen**

1855

1856 Die Gefahr von rechts wächst – bundesweit und auch in Hessen. In den letzten Jahren haben
1857 wir eine dramatische Zunahme rechter Gewalt erlebt: eine wachsende Zahl von Angriffen auf
1858 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, die Bedrohung von politisch Aktiven und ein Erstarken
1859 des Rechtsterrorismus. Die Geschichte des NSU hat deutlich gezeigt, dass es auch in Hessen
1860 verfestigte und militante Neonazi-Strukturen gibt, eine Tatsache, auf die viele Menschen
1861 schon lange hingewiesen haben, was durch die Landesregierung aber jahrelang kleingeredet
1862 und verharmlost wurde.

1863

1864 Auf die Sicherheitsbehörden ist leider oft kein Verlass im Kampf gegen rechts, auf den
1865 sogenannten Verfassungsschutz ohnehin nicht. Aber auch in Teilen von Polizei und Justiz –
1866 das hat die Geschichte des NSU und der Umgang mit den Opferfamilien gezeigt – gibt es
1867 institutionellen Rassismus, der dazu führt, dass Hinweisen nicht oder nicht ausreichend
1868 nachgegangen wurde. Eine Lehre daraus muss sein, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte
1869 stärker für rechte und rassistische Gewalt zu sensibilisieren.

1870

1871 Wo Neonazis und faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir, gemeinsam mit
1872 anderen, in breiten überparteilichen Bündnissen den öffentlichen Raum gegen deren
1873 Menschenfeindlichkeit. Dafür suchen wir das Bündnis mit allen Demokratinnen und
1874 Demokraten.

1875

1876 Politische Bildungsarbeit, Aufklärung und gezielte Programme für Aussteigerinnen und
1877 Aussteiger sind wichtige staatliche Maßnahmen und polizeiliche Programme wie IKARUS
1878 reichen nicht aus und erreichen viele nicht, deshalb sind zivilgesellschaftliche Projekte nötig
1879 und zu unterstützen.

1880

1881 Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und alle anderen Formen des Rassismus richten
1882 sich gegen ein friedliches Zusammenleben und verletzen die Würde der betroffenen
1883 Menschen. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten,
1884 Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge zu Sündenböcken machen wollen.
1885 Wir setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein und treten allen Versuchen des
1886 Geschichtsrevisionismus und der Relativierung des Holocausts entschieden entgegen. Orte
1887 der Erinnerung müssen erhalten und gesichert werden.

1888

1889 DIE LINKE will:

1890

1891 • **Konsequenzen aus dem NSU-Komplex ziehen – Bedrohungen ernstnehmen**

1892 Rechte Gewalt und rechter Terror müssen ernstgenommen und wirksam bekämpft
1893 werden. Dazu müssen auch Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus innerhalb von
1894 Behörden getroffen und dort stärker für rechte Gewalt sensibilisiert werden.

1895

1896 • **Projekte zur Demokratieförderung und gegen Rassismus fördern**

1897 Zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte zur Demokratieförderung, Gewaltprävention
1898 und gegen Rassismus sowie Aussteigerprogramme wollen wir stärker fördern, statt sie
1899 mit Instrumenten wie der Extremismusklausel einem Generalverdacht auszusetzen.

1900

1901 • **Lebendige Erinnerungskultur erhalten**

1902 Orte der Erinnerung müssen erhalten werden. An den Schulen sollen die Nazi-Zeit und der
1903 Holocaust nicht nur im Unterricht eine wichtige Rolle spielen, Ziel sollte sein, dass jede
1904 Schülerin und jeder Schüler einmal im Laufe seiner Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte oder
1905 einen anderen Ort der Erinnerung besucht hat, damit sich Jugendliche pädagogisch
1906 betreut und inhaltlich gut aufbereitet, mit den Verbrechen der Nazis auseinandersetzen
1907 können. So können Jugendliche immunisiert werden gegen neofaschistische
1908 Bestrebungen.

1909

1910 • **Breite Bündnisse und gesellschaftliche Mobilisierungen gegen rechts**

1911 Rassismus und die Gefahr von rechts lassen sich nur durch breite zivilgesellschaftliche
1912 Mobilisierungen zurückdrängen, dafür beteiligen wir uns an breiten gesellschaftlichen
1913 Bündnissen, lokal vor Ort und überregional wie bei „Aufstehen gegen Rassismus“.

1914

1915

1916

1917 **Für einen echten Verfassungsschutz: Inlandsgeheimdienst abschaffen!**

1918

1919 Der „Verfassungsschutz“ schützt die Ziele der Verfassung nicht. Im Fall der neofaschistischen
1920 Terrorgruppe NSU, die zehn Morde beging, blieb der „Verfassungsschutz“ nicht nur tatenlos,
1921 er behinderte sogar die Ermittlungen und die Aufklärung und relativierte die Gefahr von
1922 rechts. Statt Konsequenzen aus dem NSU-Komplex zu ziehen, haben CDU und Grüne der
1923 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum NSU-Komplex und der Rolle der hessischen
1924 Behörden im Landtag nicht zugestimmt. Die Angehörigen des Mordopfers warten bis heute
1925 auf Aufklärung.

1926

1927 Der Geheimdienst hat seitdem fast eine Verdoppelung an Personal und Geldmitteln erfahren
1928 und durch Schwarzgrün neue weitreichende Befugnisse erhalten. Mithilfe des Staatstrojaners
1929 darf der Geheimdienst zukünftig nahezu grenzenlos und unkontrolliert sämtliche Bürgerinnen
1930 und Bürger überwachen.

1931 Der Geheimdienst ist weder parlamentarisch noch öffentlich kontrollierbar, weil er selbst

- 1932 darüber entscheidet, welche Informationen dem parlamentarischen Kontrollgremium
 1933 übermittelt werden. Überdies sind die Mitglieder des Kontrollgremiums der Geheimhaltung
 1934 unterworfen, so dass nach erlangten Informationen keine weiteren Schritte eingeleitet
 1935 werden können.
- 1936 DIE LINKE möchte den sogenannten Verfassungsschutz auflösen und stattdessen eine Stelle
 1937 für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie einrichten - ohne nachrichtendienstliche
 1938 Befugnisse. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung
 1939 über neonazistische, menschenfeindliche und andere gegen die Grundsätze der Verfassung
 1940 gerichtete Aktivitäten in Hessen sein.
- 1941
- 1942 DIE LINKE will:
- 1943
- 1944 • **Auflösung des Geheimdienstes**
 1945 Der sogenannte Verfassungsschutz soll aufgelöst und durch eine Stelle für
 1946 Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne nachrichtendienstliche Befugnisse
 1947 ersetzt werden.
 - 1948
 - 1949 • **Konsequenzen aus dem NSU-Komplex ziehen – V-Leute-System beenden**
 1950 Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit müssen wirksam bekämpft werden. Das V-
 1951 Leute-System, über das viel Geld in die rechte Szene geflossen ist, muss endlich beendet
 1952 werden.
 - 1953
 - 1954 • **Grundrechte schützen**
 1955 Bürger-, Datenschutz- und Grundrechte müssen geschützt und Überwachungsgesetze
 1956 gestoppt werden, statt den Geheimdienst immer weiter auszubauen und ihm weitere
 1957 weitreichende Befugnisse zu geben.
 - 1958
 - 1959 • **Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements**
 1960 Wir wollen eine stärkere Förderung von Projekten zur Gewaltprävention, zur
 1961 Demokratieförderung und für Antirassismus, statt einer Schwächung dieser Projekte und
 1962 ihrer Mitarbeiter*innen u.a. durch die sogenannte Extremismusklausel.

1963
 1964

1965 **Datenschutz und Netzpolitik**

1966

1967 Durch neue Medien und verstärkte Nutzung des Internets ergeben sich neue Chancen auf
 1968 freie, unzensurierte Information und Diskussion, aber auch ernste Gefahren für die Freiheit des
 1969 Einzelnen. Die neue Technik ermöglicht Konzernen und Geheimdiensten, aber auch Behörden
 1970 oder Arbeitgebern, die totale Überwachung und die Schaffung des gläsernen Bürgers. Soziale
 1971 Netzwerke und andere Plattformen sind im Besitz privater Konzerne, Unsere Möglichkeiten
 1972 werden so durch ihre Profitinteressen beschränkt. DIE LINKE will die offene Architektur des
 1973 Internets bewahren. Dazu gehört, die Netzneutralität zu sichern.

1974 Die widerrechtliche Erhebung, Speicherung und Verarbeitung persönlicher Daten ist heute
 1975 sehr weit verbreitet. Staatliche Sicherheitsbehörden und private Konzerne sammeln enorme
 1976 Datenmenge über Nutzerinnen und Nutzer. Sie verletzen fortlaufend das Recht jedes
 1977 einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung. Die Landesregierung tut nichts für eine
 1978 Stärkung der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über ihre persönlichen Daten. Unter dem
 1979 Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus werden Telefone, Internetkommunikation,
 1980 Handydaten etc. einer fast vollständigen Überwachung unterzogen.

1981
 1982

1983 DIE LINKE will:

1984

1985 • **Datenschutz verbessern**

1986 Internetnutzerinnen und -nutzer müssen über die Erhebung und Verarbeitung
1987 personenbezogener Daten informiert werden und diesen widersprechen können.

1988 Unternehmen, die gegen Datenschutzaufgaben verstoßen, müssen konsequent
1989 sanktioniert werden. Das grundgesetzlich geschützte Briefgeheimnis muss auch auf die
1990 elektronische Kommunikation angewendet werden. Die Sammlung von persönlichen
1991 Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden darf grundsätzlich nur in
1992 Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig sein.

1993

1994 • **Informationsfreiheitsgesetz durchsetzen**

1995 Wir setzen uns für die Stärkung und erleichterte Durchführung des Auskunftsrechts
1996 gegenüber Behörden und staatlichen Organen durch ein weitgehendes
1997 Informationsfreiheitsgesetz ein.

1998

1999 • **Informationelle Selbstbestimmung stärken**

2000 Alle Bürgerinnen und Bürger sollen ein Anrecht auf kostenlose Auskunft, Korrektur und
2001 gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken
2002 haben.

2003

2004 • **Stärkung der Datenschutzbeauftragten**

2005 Um die Einhaltung des Datenschutzes zu verbessern ist die Stärkung der Rechte von
2006 Datenschutzbeauftragten und ihrer Unabhängigkeit gegenüber Weisungen notwendig.

2007

2008 • **Förderung von Anonymisierungsdiensten**

2009 Wir treten ein für die Förderung von Anonymisierungsdiensten (Ende zu Ende-
2010 Verschlüsselung) im Internet und dafür, dass die Anonymisierung nur nach richterlicher
2011 Anordnung aufgehoben werden darf.

2012

2013 • **Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet**

2014 Die freie Meinungsäußerung muss geschützt werden gegen ausufernde Abmahnungen
2015 und Unterlassungsklagen durch finanzstarke Konzerne und Interessenverbände.

2016

2017 • **Überwachungsgesetze bundes- und europaweit verhindern**

2018 Wir treten dafür ein, dass das Land Hessen Rechtsmittel gegen die EU-Richtlinien zur
2019 Vorratsdatenspeicherung ergreift, und Gesetzesinitiativen in den Bundesrat gegen die
2020 Ausweitung des Überwachungsstaats einbringt.

2021

2022

2023 **Rechtsstaat gut ausstatten und demokratisieren**

2024

2025 Die hessische Justiz leidet unter Personalmangel. Die Schuldenbremse und der mit ihr
2026 verbundene Sparzwang gefährden den Rechtsstaat. Überlange Verfahren sind aufgrund des
2027 Personalmangels keine Seltenheit. Dass die Belastungsgrenze der hessischen Justiz weit
2028 überschritten ist, ist der Landesregierung längst bekannt. Ohne Rücksicht auf die stetig
2029 steigende Belastung durch immer komplexer werdende Verfahren wurde in den letzten Jahren
2030 beim Personal gekürzt. Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwaltschaften leiden unter
2031 einer zu starken Arbeitsbelastung.

Ziel des Strafvollzugs soll es sein, Gefangene in die Lage zu versetzen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Dabei ist es ein kaum aufzulösender Widerspruch, dass das Leben in Freiheit in Gefangenschaft gelernt werden soll. Zu erfolgreicher Resozialisierung gehört auch die Möglichkeit, soziale Bindungen durch Besuche zu stärken. Um Opfern, Tätern und der Gesellschaft besser gerecht zu werden, muss zukünftig mit Straftäter*innen anders umgegangen werden. Hierzu gehören ein verbesserter Täter-Opfer-Ausgleich, Wiedergutmachung und alternative Bewährungsmodelle.

DIE LINKE will:

- Eine konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz. Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sollen ausschließlich durch Richterwahlausschüsse ernannt werden statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizministerinnen und Justizminister. Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einführen.
- Wir wollen Amtsgerichtstandorte erhalten, damit sie für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind. Für schnellere Verfahren wollen wir zusätzliche Rechtspfleger*innen und Richter*innenstellen schaffen.
- Die Prozesskostenhilfe wollen wir ausbauen. Rechtsschutz darf nicht eine Sache des Geldes sein.
- Die Stärkung des Rechtsstaates erfordert eine den Richterinnen und Richtern gleiche Unabhängigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch Abschaffung des Weisungsrechts.
- Rechtsreferendare im Justizdienst bei der Ausbildungsvergütung mindestens mit den Lehramtsreferendar*innen gleichstellen.
- Den Strafvollzug menschenwürdig gestalten und sinnvolle Alternativen entwickeln: Strafgefangene sollen Zugang zum Internet, zu Medien und Informationen haben. Sie dürfen nicht als billige Arbeitskräfte herhalten, sondern einer angemessen bezahlten Beschäftigung nachgehen dürfen. Weiterbildungsangebote und psychosoziale Betreuung wollen wir ausbauen. (Teil-)Privatisierungen von Strafvollzugsanstalten lehnen wir ab. Zudem wollen wir sinnvolle Alternative zum derzeitigen Strafvollzug entwickeln, bei denen Resozialisierung an erster Stelle steht.

Eine bürgernahe Polizei

Die Arbeitssituation bei der hessischen Polizei ist desolat: Viel zu lange Arbeitszeiten, drei Millionen Überstunden, (doppelt so viele wie im Durchschnitt bei den anderen Landespolizeien), Verluste in der Besoldung in den zurückliegenden Jahren und zu wenig Personal kennzeichnen die Arbeitsbedingungen. Es waren die politischen Entscheidungen der CDU-geführten Landesregierungen und der CDU-Innenminister bei Personal und Besoldung in den zurückliegenden Jahren immer wieder einzusparen und die Arbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche hochzusetzen, die dazu geführt haben. Statt mit technischen Überwachungsmaßnahmen wie Kameraüberwachung Scheinsicherheit zu demonstrieren, wären mehr Polizist*innen im Streifendienst in Städten und Gemeinden nötig.

DIE LINKE will:

- Eine umfassende Aufgabenkritik muss die Polizei von sinnlosen Arbeiten befreien. Diese Aufgabenkritik hat die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns zum Maßstab, soll ihr Aufgabengebiet auf die Gefahrenabwehr begrenzen und die Verfügbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen.
- Die Überstunden bei der Polizei sollen reduziert und angemessene Regelungen für Dienst zu ungünstigen Zeiten („DuZ“) gefunden werden.
- Die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen. Wachpolizisten wollen wir abschaffen.
- Die Polizeistrukturen müssen demokratisiert und eine vernünftige Fehlerkultur entwickelt werden.
- Die Einhaltung der Kennzeichnungspflicht von Beamtinnen und Beamten bei Einsätzen wollen wir konsequent durchsetzen, damit Fehlverhalten Einzelner geahndet werden kann.
- Eine unabhängige Beschwerdestelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger sowie Kolleginnen und Kollegen wenden können und die Fehlverhalten von Polizeibeamten untersucht und ahndet.

Hessische Verfassung verteidigen

Die Hessische Verfassung ist die älteste noch gültige Landesverfassung in Deutschland. Sie ist am 1. Dezember 1946 durch eine Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 78 Prozent in Kraft getreten und in vielen wesentlichen Teilen bis heute unverändert geblieben. Unsere Hessische Verfassung ist geprägt von den Schrecken des Faschismus und des Weltkrieges. Sie atmet den Geist antifaschistisch-demokratischer Neuordnung. Nach ihrem Leitgedanken ist es Aufgabe der Wirtschaft des Landes, dem Wohle der ganzen Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfs zu dienen. Dazu fordert sie auch, wirtschaftliche Macht zu beschränken und wichtige Teile der Wirtschaft in öffentliches Eigentum zu überführen. In ihr sind weitgehende soziale Rechte verankert und sie ächtet den Krieg. Die sozialen Grundrechte der Hessischen Verfassung sind zwar in der Sprache ihrer Zeit geschrieben, aber bilden für uns noch immer ein Vorbild.

In der vergangenen Legislaturperiode hat es auf Initiative von CDU, Grüne, SPD und FDP Bestrebungen gegeben, die Hessische Verfassung zu verändern. DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass die sozialistisch geprägte Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht Opfer der Bestrebungen der anderen Parteien wird. Dieses Ziel konnten wir erreichen. Eine Mehrheit im hessischen Landtag hat entschieden, dass die hessische Bevölkerung über eine Reihe von Änderungen im Rahmen einer Volksabstimmung entscheiden sollen. DIE LINKE bedauert, dass der Großteil der zur Abstimmung vorliegenden Änderungen sich lediglich in Symbolpolitik erschöpft. Wir hatten gefordert, den sozialen Charakter der Verfassung durch ein Recht auf Wohnen weiterzuentwickeln. Diesen Vorschlag haben die anderen Parteien abgelehnt.

DIE LINKE will:

- Die sozialen und demokratischen Leitgedanken der Verfassung müssen Realität in Hessen werden. Nicht die Verfassung muss an die Realität angepasst werden, sondern das politische Handeln muss der Leitidee der Verfassung folgen.
- Um die Hessische Verfassung stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, tritt DIE LINKE dafür ein, neben weiteren bundesweiten Feiertagen den Verfassungstag am 1. Dezember zu einem staatlichen Feiertag in Hessen zu machen.

7. Gleichberechtigte Partizipation und Flüchtlinge schützen

Gleichberechtigte Partizipation ermöglichen!

Hessen ist ein vielfältiges Land, Menschen mit fast 200 verschiedenen Nationalitäten leben hier. Fast 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Hessens hat Eltern oder Großeltern, die nicht aus Deutschland stammen. Diese kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung.

DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in Hessen lebenden Menschen ein. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde und in einem Land leben, auch gemeinsam die Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

Hessen braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Migrantinnen und Migranten eröffnet und jeder Form der Ausgrenzung entgegentritt, damit alle Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft teilhaben können.

DIE LINKE will:

- **Gleichberechtigte Partizipation von Eingewanderten ermöglichen**

Alle dauerhaft hier lebenden Menschen müssen an den Wahlen ihrer Gemeindevertretung, zum Hessischen Landtag und zum Bundestag teilnehmen können. Kommunale Strukturen und Netzwerke, die bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützen, müssen ebenso gestärkt werden wie Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus wollen wir die kommunalen Ausländerbeiräte weiterentwickeln und Mitwirkungsmöglichkeiten ihres Dachverbandes agah auf Landesebene ausbauen.

- **Diskriminierungen entschieden entgegenreten**

Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen schaffen. Ein Rechtshilfefonds soll eingerichtet werden, damit Betroffene ihre Rechte auch durchsetzen können. Um bestehende Lücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz zu schließen, wollen wir ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz einführen.

- **Bildungsbenachteiligungen aktiv entgegenwirken**

Die Chancengleichheit muss durch frühkindliche Bildungsangebote, gute schulische Förderung und gezielte Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Wir wollen die monokulturelle und monolinguale Bildungstradition überwinden. Schulen müssen besser auf sprachlich vielfältige Schulklassen und eine Schülerinnen- und Schülerschaft mit zahlreichen Migrationsbiographien ausgerichtet werden.

- **Herkunftssprachen fördern und aufwerten**

Der herkunftssprachliche Schulunterricht muss aufgewertet und als gleichwertiges Schulfach angeboten werden. Den Unterricht durch Konsultslehrkräfte wollen wir

beenden. Migrationsbedingte Mehrsprachigkeit muss als gesellschaftliche und individuelle Ressource anerkannt und gefördert werden.

- **Hürden für Migrant_innen beim Zugang zum Arbeitsmarkt abbauen**

Ausländische Berufsqualifikationen müssen leichter anerkannt und ein ausreichendes Angebot für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen geschaffen werden. Wir wollen wirksame Strategien gegen die Diskriminierung bei Auswahlprozessen entwickeln und die Öffentlichkeit besser für bestehende Benachteiligungen sensibilisieren.

- **Landesverwaltung interkulturell öffnen**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung müssen sich interkulturell weiterbilden können, zugleich ist der Anteil an Bediensteten mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Die Behördenkultur muss den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft Rechnung tragen. Wir wollen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in Hessen gleichberechtigt und ungehindert öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.

- **Besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen und Pflege**

Gebührenfreie Dolmetscherdienste, die Übersetzung relevanter Schriftstücke und interkulturelle Fortbildungsangebote für das Gesundheitspersonal sollen zum chancengleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung beitragen. Eingewanderte Seniorinnen und Senioren brauchen eine kultursensible Altenpflege. Auch Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sollen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können, ohne ihre Abschiebung zu riskieren.

- **Freie Religionsausübung für alle Religionen sicherstellen**

Verbote von Sakralbauten sowie von religiös motivierter Bekleidung und eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage lehnen wir ab. Wir streben einen Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler an. Soweit bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen angeboten wird, muss diese Möglichkeit für alle Religionsgemeinschaften bestehen. Der weit verbreiteten Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens stellen wir uns entschieden entgegen.

- **Mehr reguläre Migrationsmöglichkeiten schaffen**

Der Familiennachzug muss erleichtert und die diskriminierenden Sprachtests abgeschafft werden. Das Recht auf Einwanderung darf nicht nur Hochqualifizierten vorbehalten sein. Eine Einwanderungspolitik, die sich ausschließlich an den Interessen der deutschen Wirtschaft oder demographischen Entwicklungen orientiert, lehnen wir ab. Für uns stehen die Rechte und Belange der Migrantinnen und Migranten im Vordergrund.

Flüchtlinge schützen

Das europäische Asylsystem hat versagt. Flüchtlingen wird eine legale und sichere Einreise verweigert, weshalb sie zu lebensgefährlichen Fluchtwegen gezwungen sind. Zehntausende Menschen haben diese rücksichtslose Abschottungspolitik bereits mit dem Leben bezahlt.

DIE LINKE setzt sich für einen grundlegenden Kurswechsel in der europäischen und deutschen Asylpolitik ein: Statt Abschreckung von Geflüchteten und Aufrüstung an den EU-

2235 Außengrenzen wollen wir eine an Menschenrechten orientierten Aufnahmepolitik, die
 2236 Menschen Perspektiven bietet.
 2237
 2238 Menschen in Not müssen legal und sicher einreisen können und unter menschenwürdigen
 2239 Bedingungen aufgenommen werden. Eine solche Asylpolitik muss begleitet werden von einer
 2240 Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft.
 2241
 2242 DIE LINKE will:
 2243
 2244 • **Sichere Einreise ermöglichen**
 2245 Wir wollen rechtliche Spielräume des Landes nutzen, um Menschen in Not eine legale
 2246 und sichere Einreise zu ermöglichen. Kommunen, die mehr Asylsuchende aufnehmen
 2247 möchten, sollen bei der direkten Aufnahme aus dem Ausland unterstützt werden.
 2248
 2249 • **Familiennachzug ermöglichen**
 2250 Das hessische Syrien-Aufnahmeprogramm muss wiederbelebt und auf andere Länder
 2251 ausgeweitet werden, um den Familiennachzug zu Geflüchteten in Hessen zu
 2252 erleichtern. Flüchtlinge und insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
 2253 dürfen nicht dauerhaft von ihren Familien getrennt leben müssen.
 2254
 2255 • **Flüchtlinge menschenwürdig und dezentral unterbringen**
 2256 Die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften muss beendet
 2257 werden und stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen vorangebracht
 2258 werden. Wir wollen menschenwürdige Mindeststandards für bestehende
 2259 Gemeinschaftsunterkünfte einführen und für deren Einhaltung durch regelmäßige
 2260 Kontrollen sorgen. Kranke, Schwangere, Menschen mit Behinderungen und andere
 2261 Flüchtlinge mit besonderem Schutzbedarf müssen angemessen versorgt und
 2262 untergebracht werden. Wohnsitzauflagen und Residenzpflicht lehnen wir ab und
 2263 wollen sie wieder abschaffen.
 2264
 2265 • **Gesundheitsversorgung sicherstellen**
 2266 Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang von Flüchtlingen zur
 2267 Gesundheitsversorgung durchsetzen und die Gesundheitskarte einführen.
 2268
 2269 • **Angebot für Deutschkurse ausweiten**
 2270 Allen Geflüchteten sollen gebührenfreie Deutsch-Sprachkurse unabhängig von ihrem
 2271 Aufenthaltsstatus und ihrer „Bleibeperspektive“ angeboten werden.
 2272
 2273 • **Zugang zu Bildung verbessern**
 2274 Die Rahmenbedingungen für Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne
 2275 Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren Altersgrenzen
 2276 müssen beseitigt, Klassengrößen gesenkt, Lehrer*innen entlastet und bessere
 2277 Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Kinder brauchen auch in den
 2278 Erstaufnahmeeinrichtungen Zugang zu schulischer Bildung.
 2279
 2280 • **Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt gewährleisten**
 2281 Der Zugang von Geflüchteten zum Arbeitsmarkt soll vom ersten Tag an und
 2282 unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland gewährleistet sein. Zudem
 2283 wollen wir ein Bleiberecht für Flüchtlinge in der Ausbildung.
 2284

2285
2286 • **Beratung und Betreuung verbessern**

2287 Die Asylverfahrensberatung für Asylsuchende in der Erstaufnahmeeinrichtung und
2288 ihren Außenstellen soll ausgebaut und ein Rechtshilfefonds eingerichtet werden.
2289 Zudem wollen wir unabhängige Flüchtlingsberatung, Ehrenamtskoordination und die
2290 psychosoziale Versorgung verbessern.
2291

2292 • **Bleiberechtsregelungen durchsetzen und Abschiebungen verhindern**

2293 Wir wollen eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete
2294 und Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus durchsetzen. Abschiebungen –
2295 insbesondere in Kriegsgebiete – lehnen wir ab. Die Abschiebehäft wollen wir
2296 abschaffen und das gerade errichtete Abschiebegefängnis in Darmstadt schließen.
2297 Stattdessen wollen wir in eine menschenwürdige Aufnahmestruktur investieren.
2298

2299 **8. Verkehrswende für Hessen**
2300
2301

2302 **Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen – Verkehr sozial und ökologisch gestalten**
2303

2304 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Verkehr
2305 verursacht aber auch erhebliche Umweltbelastungen. Feinstäube, Treibhausgase und
2306 Verkehrslärm führen zu Gesundheitsschäden. Verkehr macht einen großen Teil des
2307 Energieverbrauchs in Hessen aus. Bislang ist es nicht gelungen, den Treibhausgasausstoß des
2308 Verkehrs in Hessen gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Ein Drittel des
2309 klimaschädlichen Treibhausgasausstoßes in Hessen stammt aus dem Verkehr. Seit Jahren
2310 steigen der Individualverkehr und mit ihm die Emissionen in Hessen. Um den Klimawandel
2311 aufzuhalten, brauchen wir eine Verkehrswende.

2312 Der ÖPNV ist zum Stiefkind der Verkehrspolitik geworden. Während der Ausbau des Straßen-
2313 und Luftverkehrs massiv vorangetrieben wird, ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV)
2314 chronisch unterfinanziert. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel werden auf vielen regionalen
2315 Bahnstrecken die Zugtaktung gestreckt, wichtige Verkehrsprojekte verschoben und
2316 Bahnstrecken stillgelegt.

2317 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellt nicht nur die ressourcenschonendste
2318 Verkehrsart dar, er ist Arbeitgeber für Tausende Menschen in Hessen. Gerade diese
2319 Menschen haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie die Politik der
2320 Landesregierung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Der
2321 Versuch, im hessischen ÖPNV zwangsweise Ausschreibungen vorzuschreiben und so auf dem
2322 „hessischen Weg“ die Liberalisierung voranzutreiben, hat keines der versprochenen Ziele
2323 erreicht. Im Gegenteil: Er hat zu deutlichen Lohnsenkungen geführt und zu einem
2324 Massensterben mittelständischer Verkehrsunternehmen. Der Einfluss internationaler
2325 Konzerne, die ihre Monopolstellung mittlerweile ausnutzen, um drastische Preissteigerungen
2326 durchzusetzen, ist gewachsen. Das ÖPNV-Angebot stagniert derweil und die Fahrpreise
2327 befinden sich im bundesweiten Vergleich an der Spitze.

2328 DIE LINKE will:
2329

2330 • **Bezahlbare und flächendeckende Mobilität für Alle**

2331 DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Mobilitätsgarantie erhalten,
2332 um auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dafür brauchen wir
2333 ein flächendeckendes, gut getaktetes und bezahlbares ÖPNV-Angebot. Wir wollen in einem
2334 ersten Schritt Preise deutlich senken und streben perspektivisch den Nulltarif im ÖPNV an.

- 2335 Neue solidarische Finanzierungsmodelle könnten beispielsweise eine Umlagefinanzierung
2336 durch Gewerbe und Arbeitgeber und/oder ein Bürgerticket darstellen, das preislich
2337 deutlich unter den heutigen Monatskarten liegen müsste sowie einer stärkeren
2338 Bezuschussung aus Steuermitteln.
2339
- 2340 • **Stärkung des ÖPNV: Angebot deutlich ausbauen**
2341 Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderung
2342 des Bundes, vor allem die Regionalisierungsmittel, erhalten und dynamisch erhöht wird.
2343 Das Land Hessen muss, wie andere Bundesländer auch, in ausreichendem Maße eigene
2344 Landesmittel für die Förderung des ÖPNV bereitstellen. Die Kapazitäten müssen,
2345 insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, erhöht werden, z.B. durch den Bau eines
2346 Straßenbahnnetzes in Wiesbaden mit Verbindung nach Mainz. Das Angebot muss
2347 insbesondere auf dem Land deutlich ausgebaut werden, um auch dort eine attraktive
2348 Alternative zum eigenen Auto darzustellen.
2349
 - 2350 • **Bahnhöfe sanieren und Barrierefreiheit schaffen**
2351 Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein
2352 ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich. Viele Bahnhöfe in
2353 Hessen sind in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites
2354 Modernisierungskonzept für Bahnhöfe. Zentraler Bestandteil davon muss die
2355 Barrierefreiheit sein.
2356
 - 2357 • **Gute Arbeit und Arbeitsbedingungen**
2358 Wir wollen eine bessere Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung
2359 im ÖPNV. Lohndumping muss bekämpft werden. Beschäftigte müssen ausreichende
2360 Erholungszeiten zugestanden werden, Warte- und Wendezeiten dürfen nicht als
2361 Pausenzeit angerechnet werden.
2362
 - 2363 • **Integrierte Verkehrskonzepte entwickeln**
2364 Wir wollen integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichteren Umstieg im Berufs- und
2365 Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote entwickeln. Radverkehr,
2366 motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen optimal
2367 miteinander vernetzt werden. DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung des stationären
2368 Carsharings durch finanzielle Förderung, Beratung und Bereitstellung von Flächen ein.
2369
 - 2370 • **Verkehr und Verkehrsbelastung reduzieren**
2371 Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen Lkw-Transporte und motorisierter
2372 Individualverkehr zu. Für die kommenden Jahre sehen die Prognosen Steigerungen im
2373 hohen zweistelligen Bereich voraus. Im Transportwesen ist die Hauptursache dafür in den
2374 Warenströmen von Roh-, Halb- und Fertigprodukten zu sehen. Die Verlagerung des
2375 Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht ausreichend. Auch
2376 die Raumordnungsplanung muss so geändert werden, dass lärmintensive
2377 Fernverkehrstrassen nicht durch Wohngebiete geführt werden. Durch Förderung
2378 regionaler Wirtschaftskreisläufe können unsinnige bzw. vermeidbare Transportfahrten
2379 vermieden und Verkehr reduziert werden. Die Innenstädte müssen gestärkt werden statt
2380 immer mehr Einkaufsmöglichkeiten auf die „grüne Wiese“ zu verlegen. Nachtfahrverbote
2381 für Lkw auf Landstraßen sind ein Mittel, um die Lärmbelastung für Anwohnerinnen und
2382 Anwohner wirksam zu reduzieren.
2383
 - 2384 • **Bahnstrecken gezielt ausbauen**
2385 Um mehr Güter auf der Schiene transportieren und mehr Menschen bewegen zu können,
2386 ist die Ertüchtigung bestehender und der Ausbau neuer Bahnstrecken notwendig. Über

2387 die bereits im Bau befindlichen oder in der Planung weit fortgeschrittenen Strecken
2388 hinaus (nordmainische S-Bahnverbindung Frankfurt – Hanau, Westtangente, Rhein-
2389 Main/Rhein-Neckar- Bahn) müssen ergänzende Strecken im Rhein-Main-Gebiet (z.B. S-
2390 Bahnring Frankfurt, Stadtbahn Wiesbaden), zur Entlastung des Rheintals, in Mittelhessen
2391 (weiterer Ausbau der Main-Weserbahn) und Nordhessen (RegioTram Kassel) jetzt
2392 diskutiert und geplant werden. Stillgelegte Strecken, wie z.B. die Verbindung Darmstadt –
2393 Groß-Zimmern – Dieburg oder Baunatal – Schauenburg, wollen wir wieder in Betrieb
2394 nehmen.

2395

2396 • **Bahnlärm bekämpfen**

2397 Die Anwohnerinnen und Anwohner der Bahnstrecke durch das Rheintal müssen besser
2398 vor Lärm geschützt werden. Zur Minderung des Lärms will DIE LINKE für den Güterverkehr
2399 verbesserte Schallabsorption, Einsatz von Flüsterbremsen, eine Höchstgeschwindigkeit
2400 von 80 km/h und ein Nachtfahrverbot. Mittelfristig muss eine alternative Streckenführung
2401 geplant werden, um die Anwohner_innen zu entlasten, das UNESCO-Welterbe Oberes
2402 Mittelrheintal zu schützen und den Tourismus zu fördern.

2403

2404 • **Kein weiterer Ausbau von Autobahnen und Tempolimit**

2405 DIE LINKE lehnt den weiteren Ausbau von Autobahnen in Hessen ab. Zudem wollen wir
2406 eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h für Pkw auf allen hessischen Autobahnen.

2407

2408 • **Elektromobilität gezielt fördern**

2409 Die Elektromobilität wollen wir vor allem im öffentlichen Verkehr fördern. Zuschüsse für E-
2410 Autos sind sinnvoll für Handwerker, soziale Dienste und Taxen, die viel im städtischen
2411 Raum unterwegs sind.

2412

2413 • **Radverkehr fördern**

2414 DIE LINKE will den Erhalt und Ausbau des Radwegenetzes in Hessen und Projekte zur
2415 Ausweitung des Radverkehrs wie z.B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-
2416 Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV. Fahrradleihsysteme sollten in die Verkehrsverbünde
2417 integriert werden. Zudem sollen Fahrradkurse für Erwachsene besser gefördert werden.

2418

2419

2420 **Luftverkehr sinnvoll planen – Gesundheit vor Profite**

2421

2422 Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht auch krank. Das belegt die
2423 Lärmwirkungsforschung eindeutig. Der Lärm durch den Frankfurter Flughafen ist für viele
2424 Menschen unerträglich. Hinzu kommen Umweltgifte wie Kohlenmonoxid, Stickoxide,
2425 Schwefeloxide und (Ultra-) Feinstaub im Bereich der Einflugschneisen, deren Auswirkungen
2426 auf die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner nicht einmal belastbar untersucht und
2427 somit ungeklärt sind. Das Land Hessen als Miteigentümerin des Flughafens trägt auch die
2428 Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung.

2429

2430 Unbestritten hat der Flughafen Rhein-Main für die Region eine große wirtschaftliche
2431 Bedeutung. DIE LINKE ist nicht gegen den Flughafen. An der Seite der Bürgerinitiativen und
2432 gemeinsam mit vielen Menschen kämpft DIE LINKE gegen das ungebremste Wachstum des
2433 Luftverkehrs und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen.

2434

2435 Beim Ausbau des Frankfurter Flughafens hantierten die Ausbaubefürworter mit falschen
2436 Zahlen und Prognosen. Jahrelang wurde von den Ausbauparteien CDU, SPD und FDP sowie
2437 dem Flughafenbetreiber Fraport behauptet, ohne den Ausbau des Flughafens komme es zu
2438 bedrohlichen Kapazitätsengpässen und der Flughafen sei dann nicht mehr konkurrenzfähig.

2439 Nun wird in Frankfurt den so genannten Billigfliegern der rote Teppich ausgerollt und ein
2440 unsäglicher Unterbietungswettbewerb befeuert. Schlecht bezahlte Jobs, Leiharbeit und
2441 andere Formen prekärer Beschäftigung greifen am Flughafen immer weiter um sich.
2442 Ein uneingeschränktes Wachstum des Flughafens erzeugt nicht automatisch mehr
2443 gesellschaftlichen Wohlstand, sondern kann diesen auch zerstören. Dieser Punkt ist für den
2444 Frankfurter Flughafen erreicht. Die Versuche von Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir,
2445 mit so genannten Lärmpausen und einer freiwilligen Lärmobergrenze Abhilfe bei der
2446 Lärmbelastung zu schaffen, sind allesamt gescheitert. Die Lärmobergrenze begrenzt nicht den
2447 Fluglärm, sondern erlaubt, dass es sogar noch deutlich lauter wird. Auch der Bau von
2448 Terminal 3 wurde nicht verhindert.

2449
2450 Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber den
2451 gesundheits- und klimaschädlichen Flugverkehr zu vermindern, wollen wir ein integriertes
2452 Verkehrskonzept zwischen Schiene und Flugverkehr auf deutscher und europäischer Ebene.
2453 Flughäfen müssen zusammenarbeiten, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten
2454 aufzubauen und Umweltbelastungen zu vergrößern.
2455 Große Teile des innereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene und die meisten
2456 Frachtflüge auf andere Verkehrsträger verlagert werden. Über die Hälfte aller Passagierflüge
2457 am Frankfurter Flughafen sind Kurzstreckenflüge. 16 Prozent aller Flüge könnten sofort durch
2458 Bahnfahrten von maximal 4 Stunden ersetzt werden.

2459
2460 Der vom Land Hessen gebaute Flughafen Kassel-Calden ist ein Millionengrab, dass die
2461 Steuerzahler*innen teuer zu stehen kommt. Bisher sind über 300 Millionen Euro in den
2462 Ausbau und den Betrieb des Flughafens geflossen. Die niedrige Zahl der Flugbewegungen
2463 zeigt, dass dieser Flughafen nicht gebraucht wird. DIE LINKE fordert deshalb den Flughafen
2464 zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen und die öffentlichen Mittel für den Betrieb für eine
2465 geeignetere Wirtschaftsförderung in Nordhessen zu nutzen.

2466 DIE LINKE will:

- 2467
- 2468 • ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr;
 - 2469 • die Verlagerung möglichst vieler Kurzstreckenflüge (mindestens ein Viertel aller Flüge) auf
2470 den Zugverkehr.
 - 2471 • eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr und die Schließung der
2472 Nordwestlandebahn; Stopp des Baus von Terminal 3;
 - 2473 • die vollständige Entschädigung der Anwohner dort, wo es nicht leiser werden kann; der
2474 Flughafenbetreiber muss sämtliche Kosten tragen, die Kostenübernahme darf nicht
2475 verjähren;
 - 2476 • unverzüglich eine wissenschaftlich fundierte und qualifizierte Untersuchung der
2477 Auswirkungen von Schadstoff- und Feinstaubemissionen des Flugverkehrs auf die
2478 Gesundheit der Bevölkerung in den Anwohnergemeinden des Frankfurter Flughafens;
 - 2479 • Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und
2480 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden;
 - 2481 • Lärminderung und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen stehen
 - 2482 • eine umweltökonomische Gesamtbilanz der gesellschaftlichen Kosten und Nutzen des
2483 Flughafens;
 - 2484 • ein Ende der immer weiteren Verluste durch den Regionalflughafen Kassel-Calden. Das
2485 Geld muss in nachhaltige Projekte in der Region investiert werden. Da er als
2486 Regionalflughafen nicht gebraucht wird, soll Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz
2487 zurückgestuft werden;

2488
2489

2490 Und auf Bundesebene:

2491

2492 • die Nachtruhe muss geschützt werden: keine Aufweichung des § 29b Luftverkehrsgesetz;

2493 • Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs, Einführung einer angemessenen

2494 Kerosinsteuer, Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.

2495 • Einführung der Umsatzsteuer auf internationale Flugtickets

2496 • Reduzierung der Lärmgrenzwerte im Fluglärmschutzgesetz auf 53 dB(A) tags und 45 dB(A)

2497 nachts bei maximal 0,5 fluglärmbedingten Aufwachreaktionen;

2498 • militärische Flugplätze sind beim Lärmschutz den zivilen gleichzustellen.

2499

2500

2501

2502 9. Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

2503

2504 Eine klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit

2505 Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. DIE LINKE

2506 setzt sich konsequent für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die

2507 Energiewende und der Klimaschutz sind keine Fragen des technisch Machbaren, sondern des

2508 politischen Willens.

2509 Um die Klimaschutzziele zu erreichen, zu denen sich Deutschland international verpflichtet

2510 hat, muss der Kohlendioxidausstoß pro erzeugter Kilowattstunde drastisch verringert werden.

2511 Dies kann nur durch eine Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Auf

2512 Landes- wie auf Bundesebene torpedieren CDU und SPD wichtige Projekte wie den Ausbau

2513 der Windkraft oder das Erneuerbare Energiengesetz. Hessen bleibt beim Ausbau der

2514 erneuerbaren Energien weiterhin hinter den übrigen Bundesländern zurück und belegt aktuell

2515 nur Platz 14 im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

2516

2517 DIE LINKE will:

2518

2519 • **Energiewende zügig umsetzen**

2520 Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler

2521 Brennstoffe am Energieverbrauch drastisch gesenkt werden. Eine hundertprozentige

2522 Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2040 ist dies auch

2523 für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Für Hessen liegen die Schwerpunkte

2524 bei der Nutzung von Windenergie, Wasser und Biomasse aus Abfällen.

2525 Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die

2526 Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe

2527 Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue,

2528 zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Ausschreibungspflicht für kleine Investitionsvorhaben

2529 in Erneuerbare-Energie-Projekte muss eingeschränkt werden, in dem die Bagatellgrenzen

2530 deutlich angehoben werden. Kommunale Projekte sollen von Hessenforst durch

2531 pachtfreie Bereitstellung öffentlicher Flächen unterstützt werden. Die Hessische

2532 Bauordnung ist dahingehend zu überarbeiten, dass so genannte Solarsatzungen wieder

2533 möglich werden. Die Dächer von öffentlichen Gebäuden sollen für Solaranlagen genutzt

2534 werden.

2535

2536 • **Kohleausstieg in Hessen - wir müssen nicht auf den Bund warten.**

2537 Hessen kann beim Ausstieg aus der Kohleverstromung vorangehen. Erste Maßnahme

2538 wäre die endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Danach

2539 müssen bis 2025 alle weiteren Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die Konzerne müssen

2540 frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die Beschäftigten sozial

- 2541 abgesichert werden. Ein planmäßiger Ausstieg ist auch deshalb notwendig, damit durch
 2542 weitere gezielte Investitionen in erneuerbare Energien neue Arbeitsplätze geschaffen
 2543 werden.
- 2544 • **Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren**
 2545 Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere
 2546 Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der
 2547 Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als
 2548 wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau
 2549 erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles
 2550 Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der Hessischen Gemeindeordnung
 2551 verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt
 2552 werden. Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir
 2553 fördern und unterstützen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen
 2554 und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks
 2555 beteiligt werden.
- 2556
- 2557 • **Entscheidungsprozesse demokratisieren – Bürgerbeteiligung**
 2558 Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht,
 2559 der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es, auf
 2560 allen Ebenen mehr Demokratie wagen. Damit kann auch die lokale Akzeptanz für den
 2561 Ausbau von Anlagen und Netzen verbessert werden.
- 2562
- 2563 • **Energiepreise deckeln**
 2564 Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. In den letzten Jahren
 2565 sind die Energiekosten für private Haushalte erheblich gestiegen. Um diese Entwicklung
 2566 zu stoppen, fordert DIE LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle.
- 2567
- 2568 • **Stromabschaltungen verhindern**
 2569 DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur bei den Grundversorgern ein. Ein
 2570 Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein
 2571 sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch wird mit
 2572 Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform
 2573 können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. Stromabschaltungen
 2574 müssen der Vergangenheit angehören. Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht!
- 2575
- 2576 • **Energieberatung**
 2577 Flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für alle Privathaushalte angeboten
 2578 werden. Für Haushalte mit niedrigen Einkommen sind ausreichende Hilfen für die
 2579 Anschaffung energiesparender Haushaltgeräte und Heizungen erforderlich.
- 2580
- 2581 • **Energetische Sanierung voranbringen**
 2582 Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein großes Potential zur
 2583 Einsparung von Energie. Die Landesregierung will die energetische Sanierungsquote von
 2584 derzeit 0,75 Prozent auf 2-3 Prozent aller Gebäude in Hessen jährlich erhöhen, stellt aber
 2585 keine Mittel dafür bereit. Das wollen wir ändern. Nach der energetischen Sanierung darf
 2586 die Mieterhöhung nicht höher sein, als die Mieterinnen und Mieter an Heizkosten sparen.
- 2587
- 2588 • **Fracking verbieten**
 2589 Wir fordern ein bundesweites Verbot von Fracking. Der Schutz von Grund- und
 2590 Oberflächengewässern hat oberste Priorität. Fracking ist mit großen, zum Teil

2591 unkalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, vor allem für das
2592 Trinkwasser verbunden.

2593 • **Rückbau des AKW Biblis**

2594 Der Schutz der Bevölkerung muss beim Rückbau des Atomkraftwerks in Biblis an erster
2595 Stelle stehen. Insbesondere das als „Freimessen“ bezeichnete Verfahren, weiterhin
2596 radioaktive Abrissteile als unbedenklich zu erklären und auf Deponien zu lagern oder
2597 sogar wieder zu verwerten, lehnen wir ab. Solange es keine Endlager gibt, muss das
2598 hochradioaktive Material im Zwischenlager in Biblis verbleiben und so sicher wie möglich
2599 gelagert werden.

2600

2601

2602

2603 **10. Umwelt schützen – Agrarwende für Hessen**

2604

2605 Weltweit treffen Umweltzerstörung, Folgen des Klimawandels und Verknappung natürlicher
2606 Ressourcen sozial schlechter gestellte Menschen zuerst und besonders hart. Das gilt auch für
2607 Hessen. DIE LINKE setzt sich für eine lebenswerte Umwelt ein. Dafür müssen unsere
2608 natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und die Ressourcen auf ökologisch verträgliche,
2609 nachhaltige und gerechte Weise genutzt werden. Für einen wirklich guten Umwelt- und
2610 Naturschutz brauchen wir einen sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau mit einer
2611 nachhaltigen Produktion von Gütern und Energie, eine sparsame Verwendung von Rohstoffen,
2612 eine deutlich umweltverträglichere Landwirtschaft sowie die Vermeidung von Verkehr und
2613 einen stärkeren öffentlichen Personennahverkehr.

2614

2615

2616 **Wälder als Rohstoffquelle, Ressourcen und Naturschutz**

2617

2618 Als nachhaltige Rohstoff- und Energiequelle, für den Schutz von Wasser, Luft und Boden
2619 sowie als Lebensraum haben die Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr
2620 Zustand besorgniserregend: Schadstoffbelastungen, Grundwasserabsenkung wie im
2621 Hessischen Ried und Klimawandel setzten den Wäldern erheblich zu. Eine starke
2622 betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus, die ökologische Leistungen der Wälder
2623 und ihre Erholungsfunktion für uns Menschen ignoriert, gefährdet unsere Lebensgrundlagen.
2624 Auch bei steigenden Nutzungsansprüchen – Holz als neue Rohstoffquelle – muss die
2625 Waldwirtschaft nachhaltig bleiben. In der Forstverwaltung in Hessen werden immer noch
2626 Stellen abgebaut und Arbeiten an private Unternehmen vergeben. Die dem Landesbetrieb
2627 Hessen Forst übertragenen gesetzlichen Aufgaben im Bereich des Umweltlernens, sowie
2628 Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes,
2629 können nicht mehr adäquat wahrgenommen werden. Große Investoren dürfen keine
2630 kurzfristigen Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft anstreben.

2631

2632 DIE LINKE will:

2633

- 2634 • flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des
- 2635 ökologischen Waldbaus, der Naturschutz in der Forstwirtschaft muss gestärkt werden
- 2636 • eine starke Forstwissenschaft, die die Anpassung des Waldbaus an den Klimawandel
- 2637 begleitet;
- 2638 • ein besseres Holzrecycling aufbauen. Gebrauchtholz kann mehrfach wiederverwendet
- 2639 werden, bevor es zur Energienutzung verbrannt wird;

- 2640 • das öffentliche Eigentum am Wald erhalten. Die Privatisierung von Staats- und
2641 Kommunalwäldern lehnen wir ab;
2642 • einen massiven Stellenausbau bei Hessen Forst. Die Forstbetriebe müssen wieder mehr
2643 ausbilden;
2644 • Umweltbildung als eine zentrale Aufgabe der Forststellen: Nur wer seine Umwelt kennt,
2645 kann sie auch schützen.
2646
2647

2648 **Schutz der Grund- und Oberflächengewässer**

2649

2650 Bis 2015 hätten nach der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union die Gewässer
2651 einen guten ökologischen Zustand erreicht haben sollen. Dieses Ziel wurde in Hessen
2652 krachend verfehlt. Noch immer werden Flüsse und auch Grundwasser als Müllhalde für die
2653 Kaliindustrie verwendet und zu viele Nährstoffe aus den Klärwerken in die Flüsse eingetragen.
2654 Für Trinkwasserversorgung in Zeiten des Klimawandels müssen die Ressourcen geschützt
2655 werden.
2656

2657 DIE LINKE will:
2658

- 2659 • getrennte Brauchwassersysteme, in denen Trink- von Brauchwasser getrennt genutzt
2660 wird, für Neubaugebiete in Ballungsräumen verbindlich vorschreiben;
- 2661 • die Wasserkraftwerke an den großen Flüssen fischsicher machen;
- 2662 • die Wiedereinführung des Wasserzents, für die Nutzung von Fluss- und Grundwasser
2663 durch die Industrie;
- 2664 • Klärwerke ertüchtigen. Phosphor muss zurückgewonnen werden,
2665 Medikamentenrückstände herausgefiltert und der Energieverbrauch mit effizienter
2666 Technik deutlich gesenkt werden;
- 2667 • die Salzeinleitung in die Werra und das Grundwasser stoppen
2668
2669

2670 **Bodenversiegelung und Flächenverbrauch**

2671

2672 Bodenschutz ist Klimaschutz. Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind
2673 unversiegelte Böden der drittgrößte Speicher für gefährliche Treibhausgase. Auch in Hessen
2674 muss der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und mehr
2675 unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume geschaffen werden. Das gilt im Besonderen
2676 für das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und die Nationalparkflächen.
2677 Das Biosphärenreservat Rhön muss im Sinne der UNESCO Agenda 21 als internationale
2678 Modellregion für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung aufgebaut werden. Eine
2679 militärische Nutzung von Naturschutzgebieten und Biosphärenreservaten ist damit
2680 unvereinbar. Die besonders schützenswerte Kernzone des Biosphärenreservates darf kein
2681 Flickenteppich sein und muss dauerhaft gesichert werden.

2682 DIE LINKE will:
2683

- 2684 • die Neuversiegelung von Böden deutlich verringern. Ab 2030 sollen Neuversiegelungen
2685 nur noch zugelassen werden, wenn sie durch eine mindestens gleich große
2686 Flächenentsiegelung an anderer Stelle (Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsflächen,
2687 Gewerbe- und Siedlungsflächen etc.) einhergehen;
- Das Biosphärenreservat Rhön vollständig einer militärischen Nutzung entziehen.
Umweltgefährdende militärische Altlasten müssen umgehend saniert werden.

Artenvielfalt

Seit Jahrzehnten erleben wir eine Katastrophe. Die Artenvielfalt geht auch in Hessen immer weiter zurück. Erst sterben die Insekten, dann die Vögel. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie werden deutlich verfehlt. Um diesen Prozess umzukehren muss die immer weitere Zerstörung von Lebensräumen gestoppt werden. Dazu brauchen wir v.a. einen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft (siehe unten), der Energiewirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur sowie der industriellen Produktion.

DIE LINKE will:

- die bestehenden Naturschutzgebiete erhalten und ihre Schutzfunktion stärken;
- bestehende Lebensräume in einem Biotopverbund zusammenfügen, um Wanderungen von Arten und damit auch eine Reaktion auf den Klimawandel zu ermöglichen;
- den Umwelt- und Naturschutz als Landesaufgabe mit mehr Personal ausstatten.

Gesunde Nahrungsmittel durch eine ressourcen- und klimaschonende Landwirtschaft

Landwirtschaft gehört zu den Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein, welche regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen schützt und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Eine unsere Lebensgrundlagen zerstörende Landwirtschaft darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Erzeugerpreise garantiert werden. Dazu müssen die in den ländlichen Räumen für alle erbrachten ökologischen Leistungen, wie Grundwasserschutz, Schutz der biologischen Vielfalt und Klimaschutz von der Gemeinschaft honoriert werden.

Ob krebserregend oder nicht - Glyphosat hat in Muttermilch, Nahrungsmitteln, Trinkwasser oder im Boden nichts verloren. Der Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat hat einen großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, entziehen wir zehn Insektenarten die Nahrungsgrundlage. Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn weniger tierische Produkte hergestellt werden, können die Klimaziele erreicht werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Klimakosten, Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

DIE LINKE will:

- öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett transparent machen. Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische sondern auch an soziale Kriterien, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden;
- den Ökolandbau in Hessen besser fördern und ausweiten sowie den Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft reduzieren. Bis 2025 streben wir einen Anteil des Ökolandbaus von 30 Prozent an.

- 2739 • Bauernhöfe statt Agrarfabriken! Die massive Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in
- 2740 Nordhessen unter Schwarz-Grün wollen wir beenden. Sie bedeutet eine Verdreifachung
- 2741 der Mastplätze und damit einen sprunghaften Anstieg von klimaschädlichen
- 2742 Treibhausgasen;
- 2743 • den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft verhindern;
- 2744 • die Nitratbelastung im Grundwasser verringern, indem übermäßige Düngung mit Gülle aus
- 2745 Massentierhaltung verhindert wird;
- 2746 • den Einsatz von Glyphosat und anderen Totalherbiziden verbieten;
- 2747 • die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte konsequent fördern;
- 2748 • Schulessen aus regionalem Anbau;
- 2749 • kein Fleischexport in Länder der sogenannten Dritten Welt;
- 2750 • einen Vorrang für die Produktion von Lebensmitteln vor Biomasseerzeugung zur
- 2751 Energiegewinnung, Agrarrohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau
- 2752 kommen;
- 2753 • ein Importmoratorium für nicht nachhaltig erzeugte Biomasse: Es darf zu keiner
- 2754 Anbaukonkurrenz zwischen Tank und Teller kommen – weder in Hessen noch anderswo;
- 2755 • die soziale Situation der Landwirte schützen, z.B. durch eine Verbesserung der
- 2756 Alterssicherung der Landwirtinnen und Landwirte und mittelfristig deren Einbindung in die
- 2757 gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der
- 2758 großen Agrarkonzerne geschützt werden.

2761 **Tierschutz voranbringen**

2763 Tiere sind in unserer Gesellschaft als „Produktionsfaktor“ der Ausbeutung und Quälerei durch
 2764 Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt
 2765 wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden. Im Gegenteil: Tiere sind generell als fühlende
 2766 Wesen zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu.
 2767 Dies gilt auch für die mehr als 23 Millionen Haustiere, die teilweise unter qualvollen
 2768 Umständen leben, weil kein Gesetz sie schützt. Deshalb unterstützt DIE LINKE die
 2769 Tierschutzorganisationen in ihrer Forderung nach einem „Heimtierschutzgesetz“ sowie nach
 2770 einem Verbandsklagerecht. Industrielle Tiermäster oder Tierexperimentatoren können durch
 2771 alle Instanzen gegen Tierschutzaufgaben der Behörden klagen. Aber niemand kann klagen,
 2772 wenn die Behörden Tierschutzvorschriften nicht in vollem Umfang durchsetzen. Und gerade
 2773 dieses Vollzugsdefizit ist ein dringendes Problem in Hessen.

2775 DIE LINKE will:

- 2777 • Massentierhaltung verbieten– diesbezüglich ist steter Druck auf die Bundesregierung
- 2778 auszuüben;
- 2779 • die Haltung von Tieren muss an deren Bedürfnisse anpassen und nicht die Tiere an ihre
- 2780 industrielle Haltungen;
- 2781 • das Töten von männlichen Eintagsküken in der Legehennenzucht sofort stoppen,
- 2782 Alternativen sind längst entwickelt;
- 2783 • Tiertransporte vermeiden und wo zwingend notwendig verkürzen und stressfrei
- 2784 organisieren;
- 2785 • den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast deutlich reduzieren;
- 2786 • Den Einsatz von Versuchstieren lehnen wir ab. Hier müssen schnell und nachhaltig
- 2787 Alternativen entwickelt werden.

11. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in lebenswerten Kommunen

Lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum

Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Vor allem ländliche Regionen müssen stärker gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht immer mehr Menschen diese Regionen verlassen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE LINKE strukturelle Maßnahmen für ländliche Regionen. Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen bürger*innennah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gefördert, Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote erhalten bleiben. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, der den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

DIE LINKE will:

- Für lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum;
- Für die Ansiedlung von Einrichtungen der öffentlichen Hand im ländlichen Raum;
- Für den Erhalt der Infrastruktur (wie etwa Gesundheitsversorgung, ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, Grundschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder);
- Für den flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau (5G).

Kommunen demokratisch gestalten

Städte und Gemeinden sind unsere Lebensumwelt. Die verfassungsmäßige kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist aber vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat. Unter dem Druck des Landes wurden die Kommunen gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen.

Unsere Städte, Gemeinden und Kreise brauchen stabile Einnahmen und eine bessere Finanzausstattung. Die dringende Reform des kommunalen Finanzausgleichs darf nicht zu einer Konkurrenz um wenig und ständig geringer werdende Mittel werden. Anstatt an der ohnehin zu kurzen Decke zu ziehen und Mittel weiter zu kürzen, muss Kommunen wieder mehr Geld zur Verfügung stehen, damit Schwimmbäder und Bibliotheken erhalten bleiben. Durch Kommunen werden ganz wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge erbracht, für die ein zu geringer Anteil der öffentlichen Mittel zur Verfügung steht.

DIE LINKE will:

- die Re-Kommunalisierung privatisierter Produktions- und Dienstleistungsbereiche, wie z.B. den öffentlichen Personennahverkehr und die Wasser- und Energieversorgung;
- auf Landesebene diesen Prozess der Re-Kommunalisierung nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell zu fördern;
- Streichung der sogenannten „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der Hessischen Gemeindeordnung, die Kommunen daran hindert, sich wirtschaftlich zu betätigen;

- 2841 • Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur (Bibliotheken, Schwimmbäder,
2842 Jugendzentren, Theater, Kinos ...)
2843 • eine Reform der KFA-Neuregelung, um die Kommunen bedarfsgerecht zu finanzieren.
2844

2845 Kommunalpolitik berührt die Menschen unmittelbar. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei
2846 Kommunalwahlen besonders gering. Das ist auch eine Folge zu geringer
2847 Entscheidungskompetenzen der Kommunen und zu wenig direkter Beteiligungsmöglichkeiten
2848 vor Ort. Der Benachteiligung der jungen Generation, von Frauen und insbesondere von
2849 Menschen mit Migrationshintergrund muss auch durch Erhöhung ihres Einflusses in den
2850 kommunalen Körperschaften entgegengewirkt werden. DIE LINKE tritt dafür ein, das
2851 Kommunalwahlrecht allen Menschen ab dem 16. Lebensjahr zu ermöglichen.
2852

2853 DIE LINKE will:

- 2854
- 2855 • die Erweiterung der Rechte von Ortsbeiräten und Ausländer_innen -Vertretungen;
 - 2856 • die Einführung von Informations- und Rechenschaftspflicht der gewählten
2857 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
 - 2858 • den Ausbau direktdemokratischer Elemente in der hessischen Kommunalverfassung
2859 sowie die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Gestaltung der
2860 kommunalen Haushalte durch die Einführung echter Bürgerhaushalte.
2861

2862

2863 **12. Zugang zu Kultur, Medien und Sport für alle**

2864

2865

2866 **Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang**

2867

2868 Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio, Fernsehen und Internet sind die
2869 Massenmedien der Gegenwart. Sie prägen die Kultur und sind eine Voraussetzung für eine
2870 funktionierende Demokratie.

2871 Den klassischen Medien (Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen) sind infolge von immer
2872 stärkere Konkurrenz Ökonomisierung und digitaler Technologie neue Herausforderungen
2873 erwachsen. Fortschreitende Kommerzialisierungstendenzen werden begleitet und geprägt von
2874 den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Finanzinvestoren bemächtigen
2875 sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Pressesektors. Erhöhter Druck zur
2876 Rentabilität zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der
2877 Berichterstattung.
2878

2879 DIE LINKE will:

2880

- 2881 • die Vielfalt der Medien und eine kritische Öffentlichkeit erhalten;
- 2882 • den allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung
2883 muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können;
- 2884 • Mitbestimmung auch durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien;
- 2885 • Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und
2886 • eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung als zentralem Ziel unserer
2887 Medienpolitik.

- 2888 • nicht-kommerzielle und Bürgermedien in ihrer organisatorischen und redaktionellen
2889 Unabhängigkeit bewahren und ihre Förderung durch die Landesmedienanstalt
2890 verbessern.

2891

2892 **Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

2893

2894 Die öffentlich-rechtlichen Sender dürfen keinen finanziellen oder regulatorischen
2895 Beschränkungen unterliegen, die sie daran hindern, ihrem Auftrag gerecht zu werden. Sie
2896 bleiben dennoch aufgefordert, eigene Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. DIE LINKE
2897 spricht sich für ein stabiles Beitragsniveau auf mittlere Sicht aus. Der Nutzen der Sender für
2898 die Demokratie geht aber vor Beitragsstabilität. Zum 1. Januar 2013 wurde das
2899 gerätegebundene Gebührensystem auf einen pauschalen Haushaltsbeitrag umgestellt. Unsere
2900 Kritik von damals hat sich als berechtigt herausgestellt: Es kam zu einer Vielzahl sozialer
2901 Ungerechtigkeiten, die nunmehr dringend beseitigt werden müssen.

2902

2903 DIE LINKE will:

2904

- 2905 • soziale Ausnahmetatbestände bei den Rundfunk- und Fernsehgebühren festzulegen,
- 2906 • einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzustreben.

2907

2908

2909 **Demokratisierung digitaler Kommunikation**

2910

2911 Gleichzeitig muss ein modernisiertes Urheberrecht sowohl Urheber- und Nutzerinteressen als
2912 auch eine von Verwertungsinteressen unbehinderte kulturelle Teilhabe sicherstellen. Hierzu
2913 gehört, dass Marktmonopole (z.B. Amazon im e-book-Vertrieb) begrenzt werden, als auch,
2914 dass zukünftig alle Autor*innen, Musiker*innen oder Komponist*innen an der Nutzung ihrer
2915 Werke verdienen können. DIE LINKE spricht sich ferner nachdrücklich aus für den Aufbau
2916 einer öffentlich-rechtlichen Suchmaschine als leistungsfähige und demokratische Alternative
2917 zu den monopolistischen Anbietern wie z.B. Google.

2918

2919

2920 **Stärkung von Medienkompetenz**

2921

2922 Die Fähigkeit mit den neuen Medien sinnvoll umzugehen ist eine zentrale Bildungsaufgabe.
2923 Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Wirklichkeit und Erfindung zu
2924 unterscheiden, sind Ziele einer modernen Medienpädagogik und schützen auch vor z.B.
2925 Cybermobbing. Die natürlichen Lernorte dafür sind Kindergärten, Horte und Schulen. Die
2926 Vermittlung von Medienkompetenz muss somit zu Ausbildungsinhalten von Erzieherinnen und
2927 Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gehören.

2928

2929

2930 **Kultur für alle**

2931

2932 Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller
2933 Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische
2934 Gesellschaft.

2935 Zum Zugang zu Kunst und Kultur gehören aber auch Fähigkeiten und Kenntnisse, um sich
2936 diese eigenständig und schöpferisch aneignen zu können. Deshalb will DIE LINKE die
2937 kulturelle Bildung ganz besonders für Kinder und Jugendliche ausbauen. Das
2938 Landesprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) soll erweitert werden, bis tatsächlich

2939 jedem Kind das Angebot gemacht werden kann. Der Eintritt in die Landesmuseen muss für
2940 Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende kostenlos sein. Kinder- und Jugendtheater
2941 sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen einmal im Jahr eine Vorstellung besuchen
2942 kann.

2943
2944 DIE LINKE will:

- 2945
- 2946 • eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihrer gesetzlichen
2947 Pflicht nachzukommen, die Kultur zu fördern;
 - 2948 • freie Kulturinitiativen und sozio-kulturelle Zentren noch besser fördern und in ihrer
2949 Selbstverwaltung stärken;
 - 2950 • Bibliotheken und Artotheken erhalten und ausbauen, die Nutzung muss ohne Gebühren
2951 möglich sein;
 - 2952 • Musikschulen, Museen sowie weitere Kultureinrichtungen und –angebote so fördern, dass
2953 sie gebührenfrei oder für alle bezahlbar bleiben;
 - 2954 • Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festlegen;
 - 2955 • eine bundesweite Initiative, um das Künstlersozialversicherungsgesetz, z.B. Krankengeld
2956 und Altersabsicherung zu verbessern.

2957

2958

2959 **Breitensport fördern**

2960

2961 Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen.
2962 Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die Vermittlung
2963 von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness.

2964

2965 Viele Sporthallen, Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den Kommunen das notwendige
2966 Geld fehlt. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen und die Sportvereine
2967 ausreichend finanziell zu unterstützen, damit die notwendigen Investitionen vorgenommen
2968 werden können. Die Sportstätten sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll
2969 saniert werden. Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

2970

2971 Wir fördern und unterstützen vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und
2972 gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den
2973 Schulen stärker unterstützt werden. Der Sportunterricht an den Schulen soll auf mindestens
2974 drei Unterrichtsstunden pro Woche erhöht werden.

2975

2976 DIE LINKE will:

2977

- 2978 • eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Landessportbundes und der
2979 Sportjugend;
- 2980 • bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort, insbesondere bei der
2981 Zusammenarbeit mit den Schulen;
- 2982 • die Sicherstellung eines flächendeckenden Schwimmunterrichts an allen
2983 Grundschulen;
- 2984 • Unterstützung zum weiteren Ausbau von Integrationsprojekten in den Sportvereinen;
- 2985 • ein Sportstättensanierungsprogramm des Landes, mit jährlich mindestens 25 Mio.
2986 Euro;
- 2987 • ein Sonderprogramm des Landes zur Sanierung und zum Betrieb von Frei- und
2988 Hallenbädern, mit jährlich mindestens 25 Mio. Euro.

2989
2990
2991
2992
2993
2994
2995
2996
2997
2998
2999
3000
3001
3002
3003
3004
3005
3006
3007
3008
3009
3010
3011
3012
3013
3014
3015
3016
3017
3018
3019
3020
3021
3022
3023
3024
3025
3026
3027
3028
3029
3030
3031
3032
3033
3034
3035
3036
3037
3038
3039

13. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen - linke Politik von und für Frauen

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich seit fast 60 Jahren garantiert ist, bleibt die Gleichstellung unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Frauen verdienen in Hessen zwischen 2,3 und 23,4 Prozent je nach Wohnort und zwischen 9 und 27,7 Prozent je nach Qualifikation weniger als Männer. In den Familien übernehmen im Durchschnitt immer noch die Frauen den größeren Teil der Haus- und Pflegearbeit. Und Berufe, in denen überproportional viele Frauen arbeiten, sind in der Regel die schlechter bezahlten. Die Führungsetagen sind überwiegend von Männern besetzt. Der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus stößt noch immer auf erbitterten Widerstand von Verteidigern des Patriarchats. Der Niedriglohnsektor wächst, in dem besonders viele Frauen sich abrackern und mit dem Geld kaum über die Runden kommen. Viele werden zwischen Sorgeverpflichtung und eigener Erwerbsarbeit zerrieben. Frauen arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, insbesondere Alleinerziehende. Das führt dazu, dass vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind.

Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft

Wir treten ein für eine strikte Quotierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, sowie für paritätische Gremienbesetzung im Öffentlichen Dienst, in der Politik, der Wissenschaft, den landeseigenen Unternehmen und der privaten Wirtschaft. Wir geben keine Ruhe, bevor nicht alle politischen Mandate und öffentlichen Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Öffentliche Aufträge, die vom Land Hessen, den Landkreisen und Kommunen vergeben werden, sind mit der Auflage an Unternehmen und Betriebe zu verknüpfen, Frauen diskriminierende Strukturen abzubauen. Alle Vorhaben und Beschlüsse von Politik und Verwaltung sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen zu überprüfen.

DIE LINKE will:

- eine quotierte Besetzung von Ämtern und Mandaten in allen Bereichen. Hierzu gehört ein Parité-Gesetz, das – wie in verschiedenen Ländern bereits üblich – die Parteien verpflichtet, ihre Wahllisten und Wahlkreise geschlechterparitätisch aufzustellen.
- mehr Rechte der Kommunalen Frauenbeauftragten und der Frauenbeauftragten nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz.
- die Erweiterung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes auf Gesellschaften und GmbHs und bei der Vergabe öffentlicher Leistungen/Aufgaben an private Unternehmen und Träger sowie auf alle Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst

Für die Überwindung patriarchaler Strukturen

DIE LINKE will:

- Equal Pay: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit in allen Beschäftigungsbereichen.

- ein neues Normalarbeitsverhältnis mit einer verkürzten, familiengerechten Wochenarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich.
- Erziehungs- und Pflegearbeit müssen gesellschaftlich anerkannt und bei der Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Nur dadurch wird eine Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorge-Arbeit mit dem Ziel einer gerechten Verteilung innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern möglich.
- Das erreichen wir durch die Sanktionierung von Unternehmen, die Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit schlechter bezahlen als ihre männlichen Kollegen und die Frauen keinen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen ermöglichen.
- die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Rückkehr zur Vollzeitarbeit für Teilzeitbeschäftigte, damit Familienphasen nicht zur Sackgasse werden.
- die Förderung des Einstiegs von Frauen in traditionell typische "Männerberufen" und von Männern in "Frauenberufen".
- die Aufwertung der sogenannten Care-Berufe. Die Landesregierung hat hier unmittelbaren Einfluss, denn die finanzielle Ausstattung der Kommunen bestimmt darüber, ob Erzieherinnen und Soziale Dienste gut bezahlt werden können.
- gute Kinderbetreuung und Ganztagschulen, denn nur so können Frauen und Männer ihrer Erwerbsarbeit konzentriert nachkommen.

Mutter werden – oder nicht

Politische, gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, dass Frauen frei und selbst entscheiden können, ob sie Mutter werden möchten oder nicht.

Dazu gehört für DIE LINKE:

- die Übernahme der Kosten für Verhütung durch die Krankenkasse;
- ein leichter Zugang zur Schwangerenkonfliktberatung. Die Mittel hierfür müssen erhöht werden.
- die Entscheidung wo und wie eine Entbindung stattfindet muss bei der Frau liegen. Diese Wahlfreiheit gibt es aber in Hessen längst nicht mehr. Durch eine Gesundheitspolitik nach Kassenlage, sind unzählige Kreißsäle geschlossen worden und niedergelassene Hebammen haben aufgegeben wegen zu hoher Kosten für die Versicherungen. Hier wollen wir gegensteuern.
- Stärkung von frauengesundheitlichen Ansätzen und gendersensible Ausgestaltung medizinischer Forschung, Lehre und Behandlung, um Komplikationen und Schäden zu vermeiden.

Sexismus die rote Karte zeigen

Voraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft ist es, alltägliche sexistische Diskriminierungen, Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormte Bilder und Vorbilder zu rück zu drängen. In der Realität werden wir in Bildung, Werbung, Berufsalltag oder im öffentlichen Raum mit traditionellen Rollenbildern konfrontiert, die unser gesellschaftliches Zusammensein maßgeblich beeinflussen. Wir wollen die einschränkende Dominanz dieser Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für die individuelle Entfaltung schaffen.

3091 DIE LINKE will:

3092

- 3093 • Sexistische Rollenbilder in Bildung und Erziehung aufbrechen;
- 3094 • Lehr- und Lernmaterialien entsprechend überarbeiten und anpassen;
- 3095 • Lehr- und Erziehungskräfte entsprechend ausbilden;
- 3096 • Sexistische Werbung zurückdrängen.

3097

3098

3099 **Frauen vor Gewalt schützen**

3100

3101 Frauen erleben Sexismus zu Hause, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit – bis hin zu
3102 sexueller Belästigung oder Gewalt. Noch immer unterliegen viele Frauen und Mädchen
3103 patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen und erleben Zwang und Gewalt – das
3104 Spektrum reicht von verbalen Äußerungen über körperliche Gewalt bis hin zu Vergewaltigung
3105 und Mord. Schutz vor Diskriminierung und Gewalt, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben
3106 sowie eine eigene Existenzsicherung müssen gewährleistet werden.

3107

3108 DIE LINKE will:

3109

- 3110 • die Ausstattung für die hessischen Frauenhäuser muss weiterhin verbessert werden.
- 3111 • den Ausbau der Hilfsangebote für Gewaltopfer, Einrichtung einer landesweiten
3112 Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung, damit für Vergewaltigungsopfer eine
3113 gute medizinische Betreuung gewährleistet ist und eine belastende
3114 Doppeluntersuchung vermieden werden kann.
- 3115 • mehr sozialen Wohnungsbau, damit keine Frau einen Tag länger in gewalttätigen
3116 Beziehungen und auch nicht in Frauenhäusern bleiben muss, nur weil es keine
3117 Wohnungen gibt.
- 3118 • die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe und die Einführung des
3119 eigenständigen Aufenthaltsrechts für Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe,
3120 Zwangsheirat, Genitalverstümmelung oder Menschenhandel sind, wie es die Istanbul-
3121 Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von
3122 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) vorsieht. Wir fordern das Land Hessen
3123 dazu auf, seine sich aus der Konvention ergebenden Pflichten zu erfüllen.
- 3124 • die in der Prostitution Tätigen müssen geschützt und gestärkt werden. Es bedarf der
3125 Finanzierung der Ausstiegsberatung und –unterstützung.
- 3126 • bereits in Kindertagesstätten und Schule emanzipatorische Prozesse und
3127 Gewaltprävention durch Angebote zu antisexistischer Erziehung, Konfliktlösung und
3128 Kommunikation fördern.
- 3129 • die Förderung von Frauen-Selbstbehauptung und –Selbstverteidigung. Wer sich
3130 wehren kann wird nicht zum leichten Opfer.

3131

3132

3133 **Frauenräume unterstützen**

3134

3135 Zur Förderung der Gleichberechtigung muss Frauen- und Gleichstellungspolitik weiterhin ein
3136 eigenständiger Politikbereich bleiben, mit entsprechenden personellen, materiellen und
3137 finanziellen Ressourcen. Gerade selbstverwaltete Frauenprojekte bieten vielseitige Angebote
3138 und sind als Orte der Selbstorganisation und des Erfahrungsaustausches von Frauen
3139 unverzichtbar. Sie arbeiten hochprofessionell und verfügen über eine gut vernetzte
3140 Infrastruktur.

3141

DIE LINKE will:

- Frauenhäuser finanziell ausreichend ausstatten und Planungssicherheit gewähren. Spezifisch an den Lebenslagen von Mädchen ausgerichtete pädagogische Angebote, die sie bei der Entwicklung von Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein gegen Rollenklischees unterstützten, gilt es besonders zu fördern.
- Spezielle Unterstützung von geflüchteten Frauen und ihren Kindern: Das bedeutet, dass ihnen umgehend Wohnungen zugewiesen werden und weibliche Ansprechpartner in ihrer Herkunftssprache zur Verfügung gestellt werden müssen, besonders dann, wenn sie traumatisiert sind.

14. Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. In den letzten Jahren wurden einige Fortschritte erkämpft, aber die vollständige Gleichberechtigung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie – sind leider noch nicht erreicht. Während mit der so genannten „Ehe für alle“ ein wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen getan wurde, ist insbesondere die Situation für Menschen mit uneindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen (Intersexualität) oder bei denen biologische und soziale Geschlechtsmerkmalen nicht übereinstimmen (Transsexualität) noch immer dramatisch.

DIE LINKE will:

- **Gleichberechtigung aller Lebensweisen**

Wir fordern, die gesetzliche Realität der gesellschaftlichen Realität anzupassen. Wir wenden uns gegen jegliche Diskriminierung, sei es privat, in der Schule, Universität, Ausbildungsstätte oder am Arbeitsplatz. Wir unterstützen alle Schritte, die dabei helfen, die staatliche und gesellschaftliche Norm der Zweigeschlechtlichkeit zu überwinden. Keine Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft gegenüber der Ehe. Wir fordern nach der Öffnung der Ehe auch die Öffnung der Elternschaft. Für das Kindeswohl ist es wichtig, elterliche Fürsorge zu erfahren. Das Geschlecht der Elternteile ist hierfür unerheblich. Derzeit ist es insbesondere bei lesbischen Paaren so, dass im Gegensatz zu heterosexuellen Paaren im Falle der Geburt von Kindern nicht die Ehepartnerin automatisch als zweites Elternteil angenommen wird. Die Sukzessivadoption, d.h. dass Lesben und Schwule in eingetragenen Partnerschaften das Adoptivkind ihrer Partnerin oder ihres Partners ebenfalls adoptieren dürfen, ist zu wenig. Wir fordern das vollständige Adoptionsrecht für homosexuelle Paare!

- **Gleichberechtigung verschiedener Beziehungsformen voranbringen**

Die Gleichberechtigung der Lebensweisen ist mit einer Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft noch nicht erreicht. Sie ist durch ein System der Wahlverwandtschaften zu ergänzen. Hierbei sollen nicht nur monogame Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jegliche Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Dies kann eine mehr als zwei Personen umfassende Beziehung meinen. Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Aufwendungen fällig, wenn Angehörige

(nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden müssen oder sich Kinder in einer Wahlverwandtschaft befinden. Alle Formen von Lebensweisen, die die körperliche und geistige Unversehrtheit von Menschen nicht beeinträchtigen oder verletzen, verdienen gesellschaftliche Akzeptanz und gesetzliche Gleichstellung.

- **Gewaltprävention und Hilfe für Gewaltopfer**

Noch immer sind queere Menschen überproportional von Übergriffen und Gewalttaten betroffen. Dies betrifft sowohl das private bzw. familiäre Umfeld als auch den öffentlichen Raum. Homo- und transfeindliche Übergriffe nehmen seit dem Aufschwung von Rechtspopulismus und anderen extremistischen Gruppen sogar zu. Fast alle queeren Jugendlichen haben bereits Diskriminierung erfahren. Die Selbstmordrate bei queeren Jugendlichen ist um einiges höher als die der restlichen Peer-Group. Hier kommt dem Staat eine Schutzrolle zu. DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung und Finanzierung von Präventionsprojekten, Organisationen, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen, und Beratungsstellen ein. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss dementsprechend geahndet und stärker verfolgt werden als bisher.

Inter- und Transsexualität

Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken, dass Frauen, Männer, Menschen mit Transhintergrund und Menschen mit Interhintergrund gleich zu behandeln und rechtlich gleich sind, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Weg frei, das Geschlecht aus allen rechtlichen Normen zu streichen. Jede dahingehende staatliche Aufzeichnung aus allen Verwaltungsdokumenten sollte gestrichen werden. Begutachtungspflicht, Therapiezwang und gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden. Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden. Wir unterstützen Menschen mit Transhintergrund in ihrem Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.

DIE LINKE will:

- **Medizinisch nicht notwendige Operationen nur mit Einwilligung der Betroffenen**
Medizinisch nicht notwendige Operationen an Menschen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese Menschen selbst einwilligungsfähig sind und ihre Zustimmung selbst gegeben haben. Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden.
- **Für Beratungs- und Aufklärungszentren**
Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen Entschädigungsfonds für Menschen, denen durch geschlechtsangleichende Zwangsoperationen erhebliches Leid widerfahren ist.
- **Schutz vor Diskriminierung**
Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation, sexuellen Identität und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das

Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.

- **Bewusstseinswandel verstärken**

Die Urteilsurteile gegen und die Verfolgung im Nationalsozialismus von Menschen mit Transhintergrund und Interhintergrund müssen aufgearbeitet werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und gewürdigt, wertgeschätzt und entschädigt werden. Wir wollen mit Angeboten und Maßnahmen einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein anstoßen. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten ganzheitlich abbilden, statt Klischees und alte Rollenmuster zu bedienen.

15. Hessen muss inklusiv werden

Menschen sind nicht behindert und sie haben auch keine Behinderung, sondern sie werden behindert. Erst durch die Wechselwirkung von Barrieren und individueller Beeinträchtigung kann man von Behinderung sprechen. Selbstbestimmt zu leben bedeutet, nicht durch umweltbedingte Barrieren an einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert zu werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat, erfordert einen Abbau dieser Barrieren. Die Gesellschaft hat sich den Menschen anzupassen – nicht umgekehrt!

Eine barrierefreie Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen, Älteren oder auch Menschen mit Lernbehinderung besser, ihre Rechte zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern.

DIE LINKE will:

- **Beteiligung und gleiche Rechte durchsetzen**

„Nichts über uns ohne uns“ heißt eine Forderung der selbstbestimmten Behindertenbewegung. DIE LINKE will gemeinsam mit den Menschen mit Beeinträchtigungen und ihren Verbänden die Grundlagen dafür schaffen und verbessern. Wir fordern die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen auf Landes- und kommunaler Ebene. Gesetze und Verordnungen müssen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft werden. Ein verbindlicher Aktionsplan für Hessen ohne Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen und ausreichendem Personal muss erarbeitet und verwirklicht werden. Solche Aktionspläne braucht es auch in den Städten und Gemeinden. Wir fordern öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, um auf allen Ebenen das Verständnis für Menschen mit Beeinträchtigungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen. Die Stellung des Landesbehindertenbeauftragten, des Landesbehindertenbeirates und der Behindertenvertretungen in den kommunalen Parlamenten wollen wir durch eine entsprechende Änderung der Gemeinde- und

- 3295 Kreisordnung stärken. Das Wahlrecht muss für alle gelten, auch für Menschen unter
3296 vollständiger Betreuung.
3297
- 3298 • **Mobilität garantieren**
3299 Unsere Lebensumgebung ist zu einem großen Teil menschengemacht: Straßen,
3300 Wohnhäuser, Fabriken, öffentliche Einrichtungen. Überall entscheiden teilweise banale
3301 Details wie die Höhe der Bordsteine und die Konstruktionsweise von Türen über die
3302 Bewegungsfreiheit und Teilhabemöglichkeit vieler Menschen. Wir wollen, dass die
3303 Bedürfnisse aller Menschen beim Bauen berücksichtigt werden. Die Gestaltung
3304 öffentlicher Räume muss in jeder Hinsicht die Bedürfnisse von Menschen mit
3305 Inklusionsbedarf berücksichtigen, zum Beispiel auch Ruhe- und Rückzugsräume.
3306 Zusätzlich wollen wir Orientierungshilfen wie z.B. Blindenleitsysteme bereitstellen,
3307 hierzu muss in jedem Planungsschritt auf die Kompetenzen von betroffenen Verbänden
3308 zurückgegriffen werden. Die Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs wollen wir bis
3309 2022 barrierefrei umbauen.
3310
- 3311 • **Barrieren bei Arbeit und Bildung abbauen**
3312 Die Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein
3313 Ende haben. Dazu müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet werden. Auch im
3314 Arbeitsleben sollen Menschen mit Beeinträchtigungen als vollwertig anerkannt und
3315 entsprechend entlohnt werden. Um die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu
3316 bewältigen, benötigen wir zudem mehr Menschen mit bestimmten
3317 inklusionsbezogenen Kompetenzen. Für die Verwirklichung des Rechts auf Inklusion in
3318 Kitas und Schulen muss der Finanzierungsvorbehalte aufgehoben und die notwendigen
3319 Mittel und Stellen bereitgestellt werden. Teilhabeleistungen sollen einkommens- und
3320 vermögensunabhängig sein. Das betrifft etwa ein anrechnungsfreies Teilhabegeld. Den
3321 Zugang zu einem Hochschulstudium wollen wir fördern und finanziell absichern.
3322 Nachteilsausgleiche besonders an höheren Lehrstätten müssen erweitert werden. Das
3323 Budget für Arbeit wollen wir als Instrument für die reguläre Beschäftigung von
3324 Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nutzen. Schrittweise wollen
3325 wir eine tarifliche Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf
3326 Außenarbeitsplätzen, einführen. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe mit
3327 einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit
3328 Integrationsabteilungen vergeben werden. Dafür wollen wir das Vergabegesetz ändern.
3329 Für Gebärdensprachdolmetschen soll ein Studiengang an den Hochschulen in Hessen
3330 angeboten werden. Zusätzlich soll sich das Land Hessen für die Schaffung einer
3331 Berufsausbildung im Bereich Gebärdensprachdolmetschen und für die Schaffung einer
3332 Ausbildung „Übersetzer*in leichte Sprache“ und „Prüfer*in leichte Sprache“ einsetzen.
3333 Das Land soll sich für die politische Forderung des DBSV nach Kostenübernahme
3334 starkmachen oder übernimmt diese selbst. Derzeit ist für Menschen, die aufgrund von
3335 Krankheit oder Unfall ihre Sehfähigkeit einbüßen, keine Anschlussrehabilitation
3336 vorgesehen und dies muss sich schnell ändern.
3337
- 3338 • **Gesundheitsversorgung und Betreuung verbessern**
3339 Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung.
3340 Arztbesuche dürfen nicht an unzugänglichen beziehungsweise nicht barrierefreien
3341 Praxen scheitern. Daher wollen wir den barrierefreien Umbau festlegen und hierfür
3342 Fördermittel bereitstellen. Im eigenen Zuhause zu leben ist ein menschliches
3343 Grundbedürfnis. Das wollen wir mit einem Ausbau entsprechender
3344 Unterstützungsleistungen für alle Menschen ermöglichen. Wer in stationären
3345 Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür und Gewalt. Menschen mit
3346 Beeinträchtigungen sollen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort

zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Sie sollen nicht verpflichtet sein, in besonderen Wohnformen zu leben. Dafür wollen wir einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage fördern und die erforderlichen Hilfsmittel bedarfsgerecht bereitstellen. Die Betroffenen sollen das Recht haben, ihre Pflegekräfte selbst zu wählen.

- **Barrierefreier Zugang zu Information**

Der Zugang zu Information und Kommunikation muss barrierefrei sein, damit die Inklusion gelingen kann. Wir wollen den Weg nicht nur ebnen, sondern auch durch Wegweiser übersichtlicher gestalten. Und wer hätte einen besseren Blick auf die Problemlagen als selbst Betroffene? Wir wollen Hilfsangebote, in denen Betroffene mitarbeiten, besonders fördern und ausbauen. Auch Verwaltungen müssen barrierefrei arbeiten – vom Formular bis zum Gebäude.

16. Frieden, Europa und Internationales

Friedliches Hessen: Hessen gegen Krieg

DIE LINKE ist eine Antikriegspartei und versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Als einzige der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien steht sie konsequent zu dem Bekenntnis in Art. 69 der Hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Vom hessischen Boden geht auch dadurch Krieg aus, dass hier Waffen zur Lieferung in alle Welt hergestellt werden, durch die Nutzung der hessischen Infrastruktur für US- und NATO-Einsätze, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr, CIA-Flüge, Waffenhandel, usw. Dem setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen.

DIE LINKE will:

- **Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie auflegen**

Wir wollen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird, damit die dort Beschäftigten ihre Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern an diesen Arbeitsplätzen auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben.

- **Bildung ohne Bundeswehr**

Wir wollen verhindern, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen für Kriegseinsätze werben dürfen – als Alternative zu fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem Hessentag und das Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“.

- **Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr aufheben**

Wir wollen die Aufhebung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr, welche Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen unterstützt und vereinfacht.

3397 • **Rüstungsforschung verhindern – Zivilklauseln verankern**

3398 An hessischen Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit
3399 dem Wohl der Menschen dient (Zivilklausel). Forschungen zur Entwicklung neuer
3400 Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts verloren. Sie
3401 stehen in Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der Hessischen Verfassung.

3403 • **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland**

3404 Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die im benachbarten
3405 Rheinland-Pfalz stationiert sind.

3407 • **Keine Kriegsvorbereitungen in Hessen dulden**

3408 In Wiesbaden muss das Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa geschlossen
3409 werden. Der Ausbau der militärischen Einrichtungen muss beendet und der Militärflughafen
3410 geschlossen werden. Auch die Ausweitung der Geheimdienstzentren in Hessen muss
3411 endlich gestoppt werden.

3414 **Für ein soziales und friedliches Europa**

3415
3416 Die Differenzen in der EU nehmen zu. Der Ruf nach einer Neugründung eines gemeinsamen,
3417 grenzenlosen Europas wächst. Auch die soziale Ungleichheit in Europa wächst ungebremsst.
3418 Millionen sind erwerbslos, und auch Beschäftigte werden durch die drohende Arbeitslosigkeit, mit
3419 sozialer Unsicherheit konfrontiert.

3420
3421 Während die neoliberalen Rahmenbedingungen der EU und die aus Deutschland forcierte
3422 Austeritätspolitik die soziale Krise vertiefen, hat die EU bei sozialen Rechten wenig zu bieten. Das
3423 zeigt auch die in Göteborg vereinbarte "Europäische Säule sozialer Rechte", die diesen Zustand
3424 nicht verändern wird. Denn trotz der blumigen Worte sucht man wirkliche soziale Rechte darin
3425 vergeblich. Diese "Soziale Säule" wird im besten Fall als Feigenblatt für die auch durch die EU
3426 vorangetriebene unsoziale Politik dienen. Schlimmer noch: Die losen Absichtserklärungen für eine
3427 sozialere Politik drohen ein neoliberales Leitbild für die Sozialpolitik der EU-Mitgliedstaaten zu
3428 etablieren.

3429
3430 Statt die Menschen vor den Härten der kapitalistischen Wirtschaft zu schützen, sollen sie nur noch
3431 besser auf diese vorbereitet werden - das ist gesellschaftsschädigend, unsozial und inakzeptabel.
3432 Dabei ist längst klar: Wenn die EU keine ernsthafte soziale Wende entwickelt, dann ist sie bedroht
3433 und droht auseinanderzubrechen. Ein anderes, ein demokratisches, sozial gerechtes Europa wollen
3434 wir international und gleichberechtigt neu entwickeln.

3435
3436 Die schwarzgrüne Landesregierung versteht unter europäischer Politik primär, im
3437 Standortwettbewerb um die besten Bedingungen für global agierende Unternehmen und Banken
3438 bestmögliche Bedingungen zu schaffen und den „Finanzplatz Frankfurt“ zu stärken. Sie hat sich in
3439 den letzten Jahren vor allem darauf konzentriert, Banken nach Frankfurt zu locken oder vom Brexit
3440 durch die Ansiedlung von EU-Institutionen zu profitieren. Die Fraport-AG, teilweise im
3441 Landesbesitz, profitiert durch den Ankauf griechischer Flughäfen von der durch die deutsche
3442 Regierung erzwungenen Privatisierung in Griechenland. Diese Politik ist nicht europafreundlich,
3443 sondern befördert die Spaltungstendenzen in Europa.

DIE LINKE will:

- **Solidarisches Europa**

Ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Europas Zukunft liegt in mehr Demokratie und Ausgleich, statt weniger. Wir wollen die europäischen Institutionen demokratisieren und die undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Mehr soziale Gerechtigkeit ist bei entschlossener Bekämpfung der Steuerflucht von Superreichen in ganz Europa möglich.

- **Friedliches Europa**

Wir lehnen die zunehmende Militarisierung der EU ab und fordern die Auflösung der ‚battlegroups‘, der Verteidigungsagentur, die Beendigung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation PESCO) und die Abschaffung der Aufrüstungsverpflichtung. Stattdessen muss die EU ihre ausschließlich zivilen Konfliktlösungskapazitäten stärken und ihre Ausgaben in diesem Bereich, sowie der Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. Wir fordern ein Europa der Abrüstung, der Entmilitarisierung und der kooperativen und solidarischen Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik mit einer parlamentarischen Kontrolle.

- **Offene Grenzen für Menschen in Not statt Abschottung**

Statt die „Festung Europa“ durch Kriegsführung, Rüstungsexporte und das menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa endlich eine friedliche und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen finden.

- **Grenzüberschreitende Kontakte verbessern**

Wir wollen grenzüberschreitende Kontakte verbessern und unterstützen. Die Zusammenarbeit der Regionen sollte gefördert werden. Die politischen Gespräche und gemeinsamen Aktionen von Bürger*innen, Parteien, NGOs in den unterschiedlichen Regionen und durch Städtepartnerschaften sollen helfen, die Menschen und Bevölkerungen zu verbinden, soziale Proteste, den Kampf für Frieden und Menschenrechte und zur Überwindung sprachlicher Barrieren zu fördern.

- **Demokratische Kräfte in Bursa und der Türkei unterstützen**

Wir haben es begrüßt, dass das Land Hessen eine Partnerschaft mit der Region Bursa (Türkei) eingegangen ist. Aus dieser Zusammenarbeit erwächst aber auch die Verantwortung, das Erdogan-Regime in die Schranken zu weisen, sich gegen die Kriminalisierung der demokratischen Opposition zu wehren und für die Freilassung der gefangenen Regime-Kritiker einzusetzen. Das Land Hessen muss sich unmissverständlich auf die Seite der Demokratie stellen und die staatliche Willkür thematisieren.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

In Hessen sind zahlreiche Organisationen tätig, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des Südens, aber auch in den Staaten Osteuropas und Zentralasiens, einsetzen. Nicht-Regierungsorganisationen bieten Schulen ihre Zusammenarbeit an und vermitteln Kenntnisse über die Zusammenhänge der Globalisierung und damit einhergehender Probleme, den Klimawandel und die grassierende Verarmung ganzer Regionen. Die Entwicklungszusammenarbeit ist chronisch unterfinanziert. Gerade Menschen, die zu uns aus Kriegs- und Krisengebieten, die fliehen und geflohen sind, können authentisch über die

Lage in vielen Teilen der Welt berichten. Ihre Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung sollten eine größere Öffentlichkeit erhalten.

Das international angestrebte Ziel, die Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, verfehlt die Bundesrepublik jedes Jahr aufs Neue. Auch der Beitrag Hessens ist zu niedrig, weil die CDU-geführten Landesregierungen massiv gekürzt haben.

DIE LINKE will:

- **Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit**

Wir wollen eine Verdopplung der im Haushalt eingestellten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit.

- **Eine Entwicklungszusammenarbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen**

Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes darf nicht der Außenwirtschaftsförderung und Wirtschaftsinteressen hessischer Unternehmen untergeordnet werden, sondern muss unabhängig davon finanziert und gefördert werden.

17. Für Investitionen in Hessens Zukunft

Obwohl sich die Steuereinnahmen spürbar erhöht haben, kürzt die Landesregierung unter den selbst gesetzten Vorgaben der „Schuldenbremse“ und der „Schwarzen Null“ die Zukunft der Menschen im Land Hessen. Viele Schulen, Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sind marode. Die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat.

DIE LINKE kämpft für ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm, um unsere öffentliche Infrastruktur, unsere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen auch für kommende Generationen nachhaltig zu erhalten und auszubauen. Damit wollen wir auch dringend benötigte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich schaffen.

DIE LINKE will:

- **Schulgebäude sanieren**

Es herrscht ein gravierender Sanierungsstau in hessischen Schulen. Schlecht ausgestattete oder gar baufällige Schulen sind eine schwere Hypothek für die Zukunft der jungen Generation. Für ein sozial gerechtes Bildungswesen ist es unerlässlich, die dringend notwendige Sanierung anzugehen und es sind die baulichen Voraussetzungen für neue Aufgaben zu schaffen, wie etwa Ganztagsunterricht, modernen Fachunterricht in gut ausgestatteten Räumen und für Maßnahmen, die die Inklusion von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen erlauben.

- **Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau**

Das Land muss die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen für alle als zentrale öffentliche Aufgabe begreifen. Wir wollen eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau. Private Marktteilnehmer haben hier völlig versagt.

3548

3549

- **Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen**

3550

Seit Jahren kommt das Land seiner Verpflichtung nicht nach, die Mittel für Investitionen in öffentliche Krankenhäuser zu finanzieren. Das wollen wir ändern.

3551

3552

3553

- **Öffentliche Verkehrsangebote ausbauen**

3554

Statt immer mehr Straßen zu bauen und damit noch mehr Autoverkehr hervorzurufen, muss in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investiert werden. Die Verkehrswende ist wichtig für jene Menschen, die sich kein Auto leisten können, für unser aller Gesundheit und für die Abwendung einer Klimakatastrophe.

3555

3556

3557

3558

3559

- **Finanzlage der Kommunen stärken**

3560

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden muss deutlich verbessert werden. Derzeit droht die kommunale Selbstverwaltung wegen des verordneten Sparzwangs und immer weiterer Kürzungsaufgaben des Landes geschädigt zu werden. Es darf keine Verlagerung von Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich geben.

3561

3562

3563

3564

3565

3566

- **Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und keine ÖPP-Projekte**

3567

Die Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie öffentlich-private-Partnerschaften lehnen wir ab. Ehemals kommunale Einrichtungen, die in den vergangenen Jahren an private Betreiber verkauft wurden, sollen wieder in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden (Rekommunalisierung). Damit soll die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge für alle Menschen gestärkt werden.

3568

3569

3570

3571

3572

Breitbandausbau voranbringen

3574

3575

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Die Nutzung digitaler Netze und Medien erfordert den flächendeckenden Breitbandausbau. Der Netzzugang muss für alle Menschen möglich und finanzierbar sein. Die Städte und Gemeinden in Hessen sollen auf öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Einrichtungen kostenlosen Netzzugang möglich machen.

3576

3577

3578

3579

3580

3581

3582

DIE LINKE will:

3584

3585

- Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum;
- Eine ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen;
- Einen barrierefreien Zugang zum Internet für alle.

3586

3587

3588

3589

3590

18. Umfairteilen: Für eine sozial gerechte Steuerpolitik

3591

3592

DIE LINKE erinnert an die Grundlagen der Hessischen Verfassung: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen

3593

3594

3595

3596 gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor
3597 Ausbeutung zu schützen.“ (Art.38)
3598 Unsere landespolitischen Forderungen sind finanzierbar, wenn endlich die
3599 Steuersenkungspolitik beendet wird, die hohe Einkommen, große Vermögen und Konzerne
3600 zunehmend entlastet hat. Außerdem muss die den Bundesländern zustehende
3601 Vermögensteuer wieder erhoben werden, die es weltweit in allen Länder gibt, nur nicht in
3602 Deutschland. Die Verbesserung des Landeshaushalts kann nicht durch das Kürzen
3603 öffentlicher Leistungen, sondern nur durch die Erhöhung der Einnahmen sinnvoll und wirksam
3604 stattfinden.

3605
3606 Gleichzeitig wollen wir den Verzicht auf kostspielige, ökologisch und ökonomisch fragwürdige
3607 Projekte, wie etwa den Betrieb des Regionalflughafens Kassel-Calden.

3608
3609 Zusätzliche und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu
3610 Entlastungen bei den Sozialausgaben. Zusätzliche Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere
3611 Forderungen zur Steigerung der Einkommen der Beschäftigten (insbesondere Mindestlöhne,
3612 ein Tariftreuegesetz, welches seinen Namen verdient und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen)
3613 durchgesetzt werden.

3614
3615 CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 die sogenannte Schuldenbremse
3616 beschlossen. Nun dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und
3617 Privatisierung und Kürzung von öffentlichen Leistungen. Kürzungshaushalte auf Kosten der
3618 Bevölkerung lehnen wir ab. Die Einnahmeseite muss weiter verbessert werden. Dazu bieten
3619 sich weitere Möglichkeiten in der Zuständigkeit der Hessischen Landespolitik: Die Deutsche
3620 Steuergewerkschaft geht davon aus, dass jeder Betriebsprüfer etwa 1,6 Millionen Euro an
3621 nachzuzahlenden geschuldeten Steuern für die Allgemeinheit bringt. DIE LINKE will aus
3622 Gründen der Steuergerechtigkeit und zur Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und
3623 Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen
3624 (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung intensivieren. Ziel muss es sein, die
3625 Steuerverwaltung in die Lage zu versetzen gerade am Banken und Finanzplatz handlungsfähig
3626 zu sein, gerade Großbetriebe in Hessen müssen regelmäßig geprüft werden.
3627 Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich. Immer wieder wird
3628 Steuerhinterziehung durch den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs erfolgreich bekämpft.
3629 Wir wollen, dass auch der Ankauf von Steuer-CDs als Mittel der Verfolgung von
3630 Steuerkriminalität von Hessen betrieben wird.

3631
3632 DIE LINKE will eine Bestandsaufnahme der bisherigen Privatisierungsprojekte und echte
3633 Wirtschaftlichkeitsvergleiche, um zu prüfen, inwieweit die teuren Sale-and-Lease-Back-, PPP-
3634 und ähnliche Projekte wieder rückgängig gemacht und so die Staatsausgaben gesenkt
3635 werden können.

3636
3637 DIE LINKE will:

- 3638
- 3639 • eine sozial gerechte Steuerpolitik auch auf Bundesebene;
 - 3640 • eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als
 - 3641 Millionärssteuer;
 - 3642 • eine Reform der Erbschaftssteuer und Erhebung einer Börsenumsatzsteuer;
 - 3643 • die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer, um die
 - 3644 Finanzsituation der Kommunen zu verbessern.
- 3645
3646
3647

19. LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag

Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Hessischen Landtag vertreten. In dieser Zeit haben wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften, Initiativen und außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht.

Das zeigt, dass Druck von links auch aus der Opposition heraus Wirkung entfalten kann.

- Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben.
- DIE LINKE hat gemeinsam mit DGB, Mieterbund und Mieterinneninitiativen erreicht, dass die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt nicht privatisiert wurde.
- Viele Forderungen, die DIE LINKE als erste in den Landtag eingebracht hat, wurden, zumindest teilweise, umgesetzt – auch auf Druck von Initiativen und Gewerkschaften.
- Ohne den Druck der LINKEN wäre kein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden, der die Rolle hessischer Behörden und Politiker im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex beleuchtet hat.
- Ohne DIE LINKE wäre die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter nicht aufgeklärt worden. Erst durch uns wurde diese Aufarbeitung nach mehr als 60 Jahre in Gang gesetzt.
- DIE LINKE hat sich immer konsequent gegen die Verschärfung des Asylrechts und gegen Abschiebungen eingesetzt. Durch unsere Arbeit im Petitionsausschuss und in Solidaritätskomitees konnten wir einzelne Abschiebungen verhindern und Bleiberechtsregelungen erwirken.
- DIE LINKE hat die Forderungen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Verbänden in den Landtag eingebracht und betriebliche Kämpfe im Landtag zum Thema gemacht.
- DIE LINKE hat Missstände benannt und öffentlich gemacht, kritische Fragen gestellt und politische Alternativen aufgezeigt.
- DIE LINKE hat konsequent Menschen gestärkt und unterstützt, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenssituation wehren und dagegen kämpfen, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird.

Dieses Engagement wollen wir gestärkt fortsetzen. Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist auch ein Signal für eine andere Politik im Bund und in den Kommunen.

DIE LINKE ist in Hessen flächendeckend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten aktiv, mit kommunalen Fraktionen und den vielen aktiven Mitgliedern vor Ort. Nie zuvor hatte DIE LINKE in Hessen so viele Mitglieder wie heute.

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und gegen den Rechtsruck. Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist eine Unterstützung für alle diejenigen Kräfte, die sich für einen grundsätzlichen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.